

Courier

Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikations-Organ des Zentral-Verbandes der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags.
Ginzel-Abonnement pro Quartal, franko geg. franko 1 M.
Der Courier ist in die Postleitungsliste eingetragen.

Redaktion und Exped.: Berlin S. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 950.
Geöffnet: 9—1 Uhr Vorm., 8—7 Uhr Nachm. Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgefordert.
Anfragen und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 2.

Berlin, den 15. Januar 1905.

9. Jahrg.

Verbandskollegen!

Auf Grund der §§ 20 und 21 des Verbandsstatuts berufen wir die

vierte General-Versammlung

des Verbandes auf den
9. Mai 1905 und folgende Tage
nach

Frankfurt a. M.

ins Gewerkschaftshaus, Am Schwimmbad 8/10, ein.

Tages-Ordnung:

1. Berichte:
 - a) Geschäfts- und Kostenbericht des Vorstandes.
 - b) Bericht der Revisoren.
 - c) Bericht des Ausschusses.
 - d) Bericht der Redaktion und Preskommision.
 - e) Bericht von 4. internationalen Transportarbeiter-Kongress.
2. Wahl der Delegierten zum 5. internationalen Transportarbeiter-Kongress und zum 5. Gewerkschaftskongress.
3. Die Tarif-Verhandlungen mit den Konsum- u. Produktiv-Genossenschaften.
4. Die verschiedenen Formen des Arbeitsvertrages.
5. Der gegenwärtige Stand der Erhebungen im Transportgewerbe.
6. Anträge:
 - a) zum Statut;
 - b) verschiedene Anträge.
7. Wahl der Verbandsleitung und Beschlussfassung über Ort und Zeit der nächsten General-Versammlung.

Anträge zur General-Versammlung müssen laut § 21, Abs. 2 des Statuts mindestens 8 Wochen vor der Versammlung an uns eingesandt werden, später einlaufende Anträge können nicht berücksichtigt werden. Die Bekanntgabe der rechtzeitig eingesandten Anträge erfolgt innerhalb der im Statut vorgesehenen Frist.

Die Bekanntgabe der Wahlkreis-Einteilung erfolgt nach Eingang der Mitgliederfragebögen (Abrechnungen) vom 4. Quartal 1904, spätestens jedoch am 26. Februar 1905.

Wir ersuchen nunmehr die Verbandskollegen allerorts, zur bevorstehenden General-Versammlung Stellung zu nehmen und event. Anträge rechtzeitig an uns einzusenden.

Mit kollegialem Gruß

Der Zentral-Vorstand.

Im Auftrage: Oswald Schumann.

Forderungen der Wissenschaft

find die Forderungen der „begehrlichen“ Arbeiter auf mehr, auf höheren Lohn. Wenn die arbeitende Klasse sich heute höhere Lösteine zu erkämpfen sucht, so tut sie dies eigentlich weniger im eigenen als vielmehr im Interesse der Kulturmenschheit. Sie will dadurch die drohende physische und damit auch zugleich psychische Degeneration der arbeitenden, beschäftigten Massen verhindern und dem Wohle der ganzen Kulturmenschheit dienen. Es liegt, genau betrachtet, eigentlich im eminentesten Interesse der herrschenden Klassen, dafür zu sorgen, daß die Werte und

Schäfe und Rüttelsleiter schaffenden Proletarier nicht nach und nach zu Grunde gehen, daß ihre Nachkommen nicht minderleistungsfähig werden und das Kapitalisten nicht solche Menschenmassen an Profit und Gewinn schaffen können. Das sollte man wenigstens meinen. Der heutige Bourgeois und Kapitalist rechnet aber nicht mit morgen, mit der Zukunft, es gilt und genügt ihm das beschränkte heute, die Gegenwart. Komme, was kommen mag, Sonnenchein, Wetterblitz, heute ist heut. Den heutigen Unternehmer, als Kapitalisten, kümmert nicht die Zukunft, nicht die Kinder und Kindeskinder, und so würde er der lateinischen Totengräber seiner eigenen Klafe, aus seinen Beigaben nach Elbwirbel, seinen Ulfen nach sich ständig mehrenden Millionen nicht seitens der lebenden Menschheit einen fröhlichen Blügel angelegt würde. Die Masse der Kapitalisten und insbesondere ihr gewöhnlicher Durchschnitt sieht nicht über die eigene Nase hinaus, und deswegen treibt sie mit den höchsten Kulturgütern, mit dem Leben, beschäftigte Rädchen, wuchernden, idionunglosen Raubhaus. Sie beutet die zu billigstem Preise gefasste menschliche Arbeitskraft aus, als gäbe es den Gott einer Zitrone auszupresen, totes Maschinenmaterial vor seiner Verarbeitung zu amortisieren. Das es Menschen, Menschen mit warmem Blute, mit Gefühl ausgestattete Wesen sind, um die es sich dabei handelt, was kümmert das den nur mit toten Zahlen lastfallernden Kapitalisten.

Aber wenn die Ausgebeuteten sich zusammenfügen, um sich ihrer Haut und ihres Lebens zu wenden, wenn sie in Massen vereint, den kapitalistischen Raubtieren die Zähne zeigen, wenn die Schaffenden für ihre Leistungen eine halbwegs reelle Entschädigung zu beanspruchen wagen, dann schreiten die Ausbeuter und ihre angestellten Nachwälter wie hungrende Schänen über die Freiheit und Unberührbarkeit der Arbeiter, über die Unmöglichkeit ihrer Forderungen. Im Brillen und Jammer sind die Herrschaften diesbezüglich sehr gut vorbereitet worden, und so ist es ihnen nicht allzu schwer, die eigenen Raubtigerungen und Schönheiten ihren Ausgebeuteten anzudichten. Die alte Fabel vom Zamm, daß dem Wolf das Wasser getrieben, bleibt ewig neu, die Wölfe, sie müssen ja eine Begründung für ihre unersättliche Freßlust haben.

Angeschäßt dieses Totsachenstandes ist es unerlässlich, daß es Männer der Wissenschaft gibt, die sich von dem Geulen der kapitalistischen Rohrwirtschaft nicht beeinflussen lassen und die an der Hand des Tatsachen schlagend und treffend nachweisen, daß die arbeitenden Massen bissher noch lange nicht weit genug in ihren Forderungen geben und gegangen sind, daß zur Erfüllung der Art des Menschengeschlechtes noch weit höhere Forderungen gestellt werden müssen.

Die Kulturmilizion der modernen Gewerkschaftsbewegung ist erst im Ansatz stadium begriffen, und unermüdlich langer Arbeit bedarf es noch, ehe deren Erfolge nur annähernd den Forderungen der Wissenschaft, wie diese sie an die Lebensbedingungen normaler Durchschnittsmenschen stellt, entsprechen werden.

Was der Mensch bedarf, um seinem Körper Nährstoffe in genügender Menge und Qualität zuzuführen, das erläutert der praktische Arzt Dr. F. Goldstein in der „Soc. Praxis“.

Physiologie und Hygiene haben durch den Versuch ermittelt, in welchen Mengen die Nährstoffe dem Menschen zugeführt werden müssen, um ihn gesund und arbeitsfähig zu erhalten. Die Nährstoffe: Elbwirb, Kohlenhydrate und Fette sind in den Nahrungsmitteln enthalten, aber während die Nährstoffe weder quantitativ willkürlich vom Menschen eingenommen noch in ihrem gegen seitigen Verhältnis wesentlich verändert werden dürfen, hängt die Möglichkeit für die Verdauung, die Nahrungsmittel zu laufen, von ihrem Preise und dem persönlichen Einkommen ab.

Die Reichsstatsistik nimmt als wahrscheinlich an, daß auf den Kopf der Bevölkerung 40 Kg. Elbwirb kommt. Das Fleisch ist die wichtigste Quelle der menschlichen Elbwirbbedarf, sein Gehalt hieran beträgt etwa 20 p.C.; auf den Kopf der Bevölkerung kommen demnach durch Fleisch 8 Kg. Elbwirb. Um zu ermitteln, ob das genügt, muß man wissen, wieviel Elbwirb die Bevölkerung auf den Kopf verlangt. Der Elbwirbbedarf ist von verschiedenen Faktoren abhängig. Er beträgt durchschnittlich bei

Personen*)	täglich	jährlich
von 0 bis unter 2 Jahr	86,80 g	18,88 kg
von über 2 "	50,86 g	18,66 kg
6 "	80,00 g	29,20 kg
Arbeitenden männl. Personen		
von über 15 bis unter 65 Jahr	105,00 g	88,82 kg
Arbeitenden weibl. Personen		
von über 15 bis unter 65 Jahr	90,00 g	82,85 kg
Alten männl. Personen		
von über 65 bis unter 100 Jahr	92,00 g	83,58 kg
Alten weibl. Personen		
von über 65 bis unter 100 Jahr	80,00 g	29,20 kg

Um bei diesen Verschiedenheiten zu ermitteln, wieviel Elbwirb die Gesamtheit verlangt, muß der Jahresbedarf der einzelnen Altersklassen berechnet werden. In der folgenden Tabelle geschieht dies. Die Altersklassen sind die bei der letzten Volkszählung (1900) ermittelten.

Altersklassen	Jahr	Gesamt-	
	1 Jahr	bedarf	
0 bis unter 2 Jahr	8 091 284	41 263,6	
über 2 "	5 621 901	10 432,4	
6 "	10 901 687	818 287,8	
männl. Pers.	15 "	16 680 046	689 282,7
wiebl. "	15 "	17 821 892	669 024,1
wiebl. "	65 "	1 226 551	41 187,5
wiebl. "	100 "	1 528 867	44 496,9
Zusammen . . .	56 867 178	1 757 910,0	

Auf den Kopf der Bevölkerung müssen demnach 31 Kilogramm Elbwirb gerechnet werden. Davon sind 8 Kg. oder 2,8 p.C. durch Fleisch gebedt. Das ist äußerst wenig. Das Elbwirbbedarf von 28 Kg. ist indessen bis zu einem gewissen Grade durch andere Nahrungsmittel gedeckt. Nach den Ermittlungen des statistischen Reichsamts kommt an den Bruttogehalt auf den Kopf der Bevölkerung 190 Kg. Diese entsprechen 145 Kg. Brot. Der Gehalt des Brotes an Elbwirb beträgt 6,5 p.C. durchschnittlich, in 145 Kg. Brot sind demnach 9,4 Kg. Elbwirb enthalten. Von diesem kann der Mensch jedoch nur etwa 70 p.C. assimilieren. Die Carniborennatur des Menschen ist bezeugt durch den Edzahn, die saure Reaktion des Urins und durch sein Unvermögen, vegetabilisches Elbwirb in denselben Maße zu assimilieren wie animalisches. Die 9,4 Kg. sind demnach auf 6,5 Kg. zu reduzieren. Eine andere Quelle, den menschlichen Elbwirbbedarf zu bestimmen, bilden die Kohlehydratnahrungsmittel. Auch bei den Kohlehydraten, ebenso wie beim Elbwirb, gelten jenseits Normen, die zunächst auf den Kopf der Bevölkerung in Anrechnung gebracht werden müssen, wenn man ermitteln will, wie viel Elbwirb mit ihnen der Bevölkerung zugeführt wird. Der Kohlehydratbedarf beträgt bei

Personen	täglich	jährlich
0 bis unter 1 Jahr	46,68 g	17,08 kg
von über 1 "	98,41 g	85,18 kg
2 "	145,80 g	53,00 kg
6 "	270,00 g	93,60 kg
Männlichen Personen		
von über 15 bis unter 65	500,00 g	182,50 kg
Weiblichen Personen		
von über 15 bis unter 65	400,00 g	146,00 kg
Männlichen Personen		
von über 65 bis über 100	850,00 g	127,70 kg
Weiblichen Personen		
von über 65 bis über 100	800,00 g	109,50 kg

Hierach ist in derselben Weise wie beim Elbwirb der Bedarf an Kohlehydraten auf den Kopf der Bevölkerung zu berechnen.

Altersklassen	Jahr	Gesamtbedarf	
	1 Jahr	an Kohlehydraten	
Personen über 0 bis unter 1 Jahr	1 632 103	27 794,7	
2 "	1 459 181	51 883,9	
6 "	5 621 901	297 960,7	
männl. Pers.	15 "	10 901 687	1 078 811,2
wiebl. "	65 "	16 680 046	8 044 108,8
wiebl. "	100 "	17 821 892	2 528 996,2
wiebl. "	über 100	1 226 551	156 680,5
wiebl. "	100 "	1 528 867	166 863,4
Zusammen . . .	56 867 178	7 847 498,9	

*) Für die Altersklasse von 0 bis unter 2 Jahr war maßgebend Flüsse, Gründriss der Hygiene S. 249, für die übrigen Altersklassen vgl. Handbuch der Hygiene Bd. 3.

Die Bevölkerung verlangt also auf den Kopf 130 kg. an Kohlehydraten. Hierbei ist ebenso wie beim Eiweiß ein Teil durch Brot gedeckt. Sein Gehalt an Kohlehydraten beträgt im Durchschnitt etwa 50 pCt. In 145 Kilogramm Brot sind mitunter 72,50 kg. Kohlehydrate enthalten. Steht man diese von der Gesamtmenge ab, so bleiben 57,50 kg., die durch andere Nahrungsmittel gesezt werden müssen. Von diesen kommt zunächst der Reis in Frage. Der Import von Reis betrug im Jahre 1900 290 554 Tonnen, macht auf den Kopf der Bevölkerung 5 kg. mit 0,35 kg. Eiweiß und 3,87 kg. Kohlehydraten. Anderer Reis kommen bei Massenernährung als Kohlehydratquelle nur noch Kartoffeln und Hülsenfrüchte (Erdnüsse, Bohnen, Linsen) in Betracht. Überlässige Erhebungen über ihren Verbrauch erfüllen nicht. Man wird jedoch nicht schließen, wenn man das Verhältnis ihres Verbrauchs nach Maßgabe ihres Preises auf den Kopf der Bevölkerung in Abrechnung bringt. Der Durchschnittspreis für 100 kg. Kartoffeln betrug 1900 in Berlin 5 Mark, der von Hülsenfrüchten 28 Pf. leichtere waren also 5,6 mal so teuer als Kartoffeln. Der Gehalt der Kartoffel an Kohlehydraten ist indessen nicht derselbe wie der der Hülsenfrüchte, leichtere enthalten im Mittel 51,5 pCt., erstere nur 20,6 pCt. Da also der Gehalt der Kartoffeln an Kohlehydraten den 2,5 ten Teil des Gehalts der Hülsenfrüchte ausmacht, so sind, um den Bedarf zu decken, bei ausschließlicher Kartoffelernährung 2,5 mal soviel notwendig als bei ausschließlicher Hülsenfrüchternährung.* Durchverleiht sich entsprechend der Preis der Kartoffel als Kohlehydratquelle, und es werden nicht 5,6 mal so viel Kartoffeln gefordert werden wie Hülsenfrüchte, wie man nach Maßgabe des Marktpreises erwartet sollte, sondern nur $\frac{5,6}{2,5} = 2,24$ mal soviel.

Zu bedenken bleibt nach Abzug des in Brot und Reis festgestellten Quantums noch 53,63 kg. Kohlehydrate. Verstellt man diese in der Weise, daß auf Kartoffeln 2,24 mal soviel entfallen wie auf Hülsenfrüchte, so ist das Kartoffelkohlehydrat mit 37,07 kg., das der Hülsenfrüchte mit 16,56 kg. anzusehen, oder aus die Nahrungsmittel berechnet, es sind auf den Kopf 180 kg. Kartoffeln und 32 kg. Hülsenfrüchte notwendig.

Da der Gehalt der Kartoffeln am Eiweiß 2 pCt., der der Hülsenfrüchte 24,5 pCt. beträgt, so wird mit 180 kg. Kartoffeln und 32 kg. Hülsenfrüchten dem Kopf der Bevölkerung 11,44 kg. Eiweiß zugesetzt. Die Carnivoren-natur des Menschen verhindert aber ihre völlige Ausnutzung, von den 11,44 kg. kommen ihm daher nur 70 pCt. gleich 8 kg. zugute.

Um zu rehabilitieren: Das Eiweißdefizit betrug auf den Kopf der Bevölkerung 23 kg.; davon waren durch Brot 6,5 kg. durch Reis 0,35 kg., durch Kartoffeln und Hülsenfrüchte 8 kg. gedeckt, es verbleibt demnach ein Defizit von rund 8 kg. Durch die Milch erhält diese Zahl eine weitere Verminderung. Die Altersstufe von 0 bis unter 1 Jahr deckt ihren Eiweißbedarf ausschließlich durch Milch, bei der Altersstufe von über 1 bis unter 2 Jahren, bei der sich das Gebiß bildet und von der derbseitlichen Nahrung noch nicht verzögert wird, bildet die Milch ebenfalls die wichtigste Eiweißquelle; man kann sie mit etwa 80 pCt. in Ansatz bringen. In der Altersstufe von über 2 bis unter 3 Jahren ist das Gebiß zwar schon durchgebrochen, aber auch jetzt ist die Ernährung mit ausschließlich festen Substanzen noch nicht möglich. Wir können in dieser Altersstufe die Bedeutung der Milch als Eiweißquelle beliebig mit 50 pCt. annehmen. In den folgenden Altersstufen verliert die Milch als solche immer mehr ihre Bedeutung bei der Deckung des Eiweißbedarfs. Berechnet man jetzt den Bedarf der ersten drei Altersstufen an Eiweiß unter Zugrundelegung der Ermittlungen bei der Volkszählung von 1900, so erhält man folgende Zahlen:

Altersstufen	Jahr	Tgl. Bedarf	Ges. Jahresbedarf
		Eiweiß	Eiweiß
0 bis unter 1 Jahr	1 692 103	80,79 g	13 228,5
über 1 " 2 "	1 459 181	42,41 g	22 578,5
" 2 " 3 "	1 462 409	50,00 g	26 688,9

Berechnet man hieraus die Eiweißmenge, die durch Milch zugeführt wird, unter Berücksichtigung, daß die erste Altersstufe ihren Bedarf zu 100 pCt. je zweite zu 80 pCt. die dritte zu 50 pCt. durchsetzt, so erhält man 49 731,7 Tonnen Eiweiß, und verteilt man diese auf die Bevölkerung, so erhält man 0,88 kg. pro Kopf.

Während für die höheren Altersstufen die Milch als solche nur in unzureichendem Maße in Frage kommt, bildet sie für die ältere eine Quelle zur Deckung des Eiweißbedarfs. Die inländische Milchproduktion ist gering, die Molkereigenossenschaften verarbeiten die Milch ganz überwiegend aus Butter.**) Wir werden also keinen nennenswerten Fehler machen, wenn wir uns nur an den Import halten. Letzterer betrug im Jahre 1900 15 479 Tonnen oder auf den Kopf der Bevölkerung 0,27 kg. Der Gehalt des Käses an Eiweiß beträgt im Durchschnitt 30 pCt., die Bevölkerung erhält also durch ihn 0,08 kg. Eiweiß pro Kopf und Jahr.

Im ganzen wird also durch Milch dem Kopf der Bevölkerung 0,88 kg. plus 0,08 kg. gleich 0,96 kg. oder rund 1 kg. Eiweiß zugesetzt. Eine weitere Eiweißquelle bildet für die höheren Altersstufen der Salzhering. Die deutsche Fischerei liefert verhältnismäßig wenig Herring für den Massenkonsum, im Jahre 1897 nur 6 pCt. des Gesamtbetrags, wiewohl die meisten Salzheringe werden importiert. Der Import betrug im Jahre 1900 1 137 303 kg. an 150 kg. macht auf den Kopf der Bevölkerung rund 2,5 kg. mit einem Eiweißgehalt von 0,5 kg.

*) Dem Volke ist es wohl bekannt, daß Kartoffeln nicht so gut "vorhalten" wie Linsen.

**) Siehe, Das Genossenschaftswesen im deutschen Massenelgewerbe. In "Fährbücher für Nationalökonomie und Statistik", 3 J. Bd. 20, S. 390 ff.

Da das vorher ermittelte Defizit 8 kg. betrug, so bleibt nach Abzug des Eiweiß aus Milch und Butter 6,5 kg. Wollte man dies durch Fleisch liefern, so wären bei einem Eiweißgehalt desselben von 20 pCt. 32,5 kg. erforderlich. Auf den Kopf der Bevölkerung dürfen also nicht wie heute 40 kg. Fleisch kommen, sondern beträgt das Doppelte, nämlich 72,5 kg. Dieses Plus vermag die Bevölkerung nicht zu laufen, und wie deckt sie den Mangel? Sie deckt ihn garnicht, sondern sie setzt das Nahrungsbedürfnis herab durch — Alschol. Die wechselseitige Abhängigkeit des Fleisch- und Braunkohlenkonsums ist durch die französische Statistik festgestellt.*

Nun hier die Wissenschaft so sonnenartig fest umstellt hat, das zu widerlegen, dem auch nur entgegenzutreten, dürfte den gerissensten kapitalistischen Soldatenknecht denn doch nicht so leicht werden.

Damit ist aber auch zugleich nachgewiesen, daß die Gewerkschaftsbewegung, die Verteidigung der Massen zum Zwecke der Erringung höherer und besserer Lebensbedingungen eine Kulturbewegung erster Ordnung ist. Feuerbrunig, da den Kaufleuten, Mammon scharrnden Kapitalisten im Kampfe abgerungen wird, kommt der gesamten Kulturmenschheit zugute, ist ein reich zustragendes Kapital. So werden wir denn auch in Zukunft nicht verschließen, trotz des Geschreis der ausbeutenden Unternehmer, ihnen mit Forderungen nach höherem Lohn, nach härterer Arbeitszeit, furg gesetz, nach besseren Arbeitsbedingungen auf den Kopf zu thun, und dies so lange, bis uns das volle Ertrag unserer Arbeitskraft in Klingender Münze entgolten wird. Dazu bedarf es aber der Aussäugung der Massen, was zu tun ist, um diesem Flecke nahe zu kommen, bedarf es der Erkenntnis aller Berufangehörigen, daß mit den jetzigen Löhnern eine vollwertige Ernährung des Arbeiters nicht erreicht werden kann.

Die soziale Frage ist in großen Teilen eine Magenfrage, eine darbende Menschheit ist keine Kulturmenschheit.

Auf Grund des Preßgesetzes!

Leipzig-Plagwitz, den 23. Dezember 1904.

An den "Courier", Berlin S. 16.

Sie bringen in Nr. 25 Ihrer Zeitung vom 4. Dezember d. J. einen Artikel "Sozialdemokratie und Konsumgenossenschaften", in dessen Schlußabsatz Sie speziell den unterzeichneten Verein beprechen. Da die darin gemachten Ausführungen nicht den Tatsachen entsprechen, sondern wir unter Bezug auf das Preßgesetz die Aufnahme folgender Verichtigung:

"Es ist eine Unwahrheit, daß wir es mit den sozialen Pächtern gegenüber unseren Angestellten nicht mehr Ernst nehmen und seit Abzug des Herrn Zell einen sozialpolitischen Krebsgang machen. Bei 9 Stunden Arbeitszeit zahlten wir jüngst des Herrn Zell 25,50 Mark Höchstlohn, während jetzt das gesamte Arbeiterpersonal nur 7½ bis 8 Stunden arbeitet und der Höchstlohn 28,50 Mark beträgt. Es ist eine Unwahrheit, daß unser Pfarrer es als ein Verbrechen ansieht oder je anführt, wenn anderweitig anständige Arbeitsbedingungen gewollt werden.

Es ist eine Unwahrheit, daß unsere Genossenschaft Preisunterstüttungen und Obhutbedürfnisse vorgenommen hat. Die Ware wird unseren Mitgliedern stets zum offiziellen Tagesspreis abgegeben und in der Proseifelag der Stadtvergütung seit 12 Jahren unverändert und auch vordem nie höher gewesen.

Es ist eine Unwahrheit, daß der Konsumverein von uns niedergelöft wurde.

Es ist eine Unwahrheit, daß wir unsern Angestellten eine tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse nicht gewähren wollen, mit einzelnen Gruppen sind solche bereits eingeführt."

Hochachtend
Konsumverein L. Ig.-Plagwitz und Umgegend,
G. C. m. b. H.

A. Arnold. G. Johanns."

Es ist doch gut, daß es ein Preßgesetz gibt, ver möge welchem man eine Reaktion zwingen kann, alles zu bringen, was einem gerade in den Kram paßt. Die Plagwitzer Verwaltung scheint sich öfters des Preßgesetzes bedienen zu müssen, da in dem der Veröffentlichung beigelegenen Begleitschreiben des Reichsanwaltes folgender Satz zu lesen ist:

"Die Veröffentlichung richtet sich gegen einen vor einigen Tagen in Ihrem Blatte veröffentlichten, mit

"Sozialdemokrat als Arbeitgeber" überzeichneten, übrigens auch formell befledigenden, unwahren Artikel über meinen Auftraggeber."

Der Herr Reichsanwalt scheint also in Vertretung des Plagwitzer Konsumvereins schon ein bestimmtes Schema zu beschaffen, denn uns ist es wörtlich im Traume eingefallen, einen Artikel mit "Sozialdemokrat als Arbeitgeber" zu überzeichnen. Sind wir doch selber Sozialdemokraten und werden uns daher wohl hütten, in welcher Allgemeinheit eine Millionenpartei in den Kopf zu ziehen?

Schade um das Geld, daß sich der Plagwitzer Ver- ein erst sofort lebt, um uns diese Veröffentlichung zugehen zu lassen, dem Preßgesetz entspricht sie ja doch nicht und wären wir berechtigt, sie abzulehnen. Dieses Geld kann er in Zukunft seinen Mitgliedern sparen. Wir nehmen stets, es ist dies einer unserer Grundsätze, die Veröffentlichungen der von uns angezeigten aus und haben seitens uns, bezüglich des Konsumvereins Plagwitz von diesem Grundsatz abzugehen, schon des Materials wegen.

*) Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Art. Fleischkonsum.

Es ist uns gar nicht eingefallen, zu behaupten, daß in dem Plagwitzer Verein seit Zells Abgang die Löhne gefürkt oder die Arbeitszeit verlängert worden sei, trotz allem ist der sozialpolitische Krebsgang doch vorhanden. Man befrage doch mal die eigenen Arbeiter bezüglich der Veränderung ihrer Löhne.

Wir geben zu, daß die Arbeitszeit, speziell für unsere Verfolgkollegen, von 10 auf 8 Stunden verkürzt worden ist. Damit ist aber keine Minderung der Leistungen eingetreten, das beweisen uns die Umfassungen des Plagwitzer Vereins im Vergleich mit der Zahl der Beschäftigten. Bei einem Personal von 627 Personen wurden 1899-1900 im Plagwitzer Verein 8 227 128,53 Pf. Umlaufszeit erstellt. Im Jahre 1903-04 betrug dagegen die Umlaufszeit 12 085 345,66 Pf., bei 779 im Betriebe tätigen Personen. Die auf die tägliche Person im Laufe eines Jahres entfallende Umlaufszeit ist also von 1900 auf 1904 von 13 121,40 Pf. auf 15 523,92 Pf. gestiegen. Dies trok der Verkürzung der Arbeitszeit. Die einzelnen Arbeiter müssen nach deien von der Verwaltung selbst gegebenen Zahlen also jetzt bedeutend mehr leisten als seinerzeit. Den Proßt von der erfolgten Verkürzung der Arbeitszeit hat also lediglich das Geschäft selbst.

Wir behaupten, daß Herr Koch ein so kurzes Gehördienst hat, das A und C seiner allerdings für Nichteingeweihte etwas unklare Ausführungen in der Sitzung am 15. September und in der Versammlung im Leibnitzer Hof stand doch dem Stunde nach ganz deutlich in dem Kreis aus: "Wir machen es nicht so wie die Niedorfer, die durch Gewöhnung zu hoher Löhne Vieles gegangen sind." Eine ganze Anzahl Leute sind gern bereit, dem ancheinend schwachen Gedächtnis des Herrn Koch im Verhältnisse ein bisschen nachzuholen.

Bezüglich der Preisunterstützungen kann die Leipziger Einwohnerbewegung bessere Auskunft geben als wir, die Behauptung stammt aus diesem Kreise, möge man daher dafür sorgen, daß sie dort verstimmt. Die Niederröder Konsumierung des Konsumvereins seitens Plagwitz ist offen in Leipziger Versammlungen der letzten Zeit behauptet worden und die Leipziger führen ja an der Quelle.

Es ist doch wahr, daß die Verwaltung des Plagwitzer Vereins den Lagerarbeiter und Kutschern eine tarifliche Regelung ihrer Arbeitsverhältnisse nicht gewähren will, hat sie doch in dieser Beziehung, wie wir ausdrücklich nochmals konstatieren, sogar ihr gegebenes Wort gebrochen. Es wäre uns lieb, wenn die Verwaltung uns an anderer Stelle Gelegenheit geben würde, diesen ihren Wortbruch öffentlich zu bezeigen.

Doch die Verwaltung mit den Büdern, als einer einzigen Gruppe, einen Tarifvertrag nicht abgeschlossen hätte, haben wir nicht behauptet.

Aus unserem Beruf.

Automobilfahrer.

Nach einer Oberpräsidialverordnung vom 22. Januar 1903 ist den Polizeibehörden die Befugnis erteilt, einzelne Straßen für Automobile zu sperren. Auf Grund dieser Polizeiverordnung hatte ein Amtsgerichter sämtliche Straßen seines Bezirks für Automobile gesperrt. Als der Kaufmann M. vor einiger Zeit auf einem Automobil durch den fraglichen Amtsgerichter gefangen wurde er angeklagt; im Gegenfall zum Schöffengericht erkannte die Strafammer auf eine Geldstrafe. M. holte behauptet, daß die in Betracht kommende Vorschrift nicht zu Recht bestehé, sämtliche Straßen in einem Bezirk dürfen auf keinen Fall für Automobile gesperrt werden. Das Landgericht nahm an, daß der Amtsgerichter berechtigt sei, die Straßen seines Bezirks im allgemeinen Verkehrsinteresse für Automobile zu sperren. Dies Entscheidung stellte M. durch Revision beim Kammergericht an und betonte, wenn die in Rede stehende Vorschrift rechtsgültig wäre, könnte der Verkehr mit Automobilen in der ganzen Provinz unterbunden werden; in einem Amtsgericht dürfen nur einzelne Straßen gesperrt werden. Das Kammergericht wies jedoch die Revision des Angeklagten als unbegründet zurück. Es nahm an, der Amtsgerichter sei nicht nur berechtigt, einzelne Straßen, sondern sämtliche Straßen in seinem Bezirk für Automobile zu sperren. Nach dem Polizeiverordnungsgesetz gehört es zu den Aufgaben der Polizeibehörde, für Ordnung, Sicherheit und Leidigtigkeit des Verkehrs auf öffentlichen Straßen Sorge zu tragen. Der Richter habe nicht die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit, sondern nur die gesetzliche Gültigkeit der polizeilichen Vorschriften zu prüfen.

Wenn je einmal, so ist hier bewiesen, wie dringend notwendig ein einheitliches Reichsverkehrsrecht sei. Man glaubt sich in die vormärzliche Zeit versetzt, wenn man solche Verordnungen und Entscheidungen liest. Kann doch nach dieser Kammergerichtsentscheidung die Benutzung aller Straßen in Preußen für Automobile verboten werden. In das Beseelen jedes Automobilfahrers ist die Befugnis gegeben, ob er einen Automobilverkehr dulden will oder nicht. Ist das ein Rechtszustand?

Viersährer.

Berlin. Die Kutschere und Malfahrer der Feldschloss-Brauerei Groß-Lichterfelde, Abteilung Berlin, Bachstraße, haben durch einmütiges Handeln ohne Arbeitsinstellung in der Weihnachtswoche ihre Löhne und Arbeitsbedingungen durch Abschluß nachstehenden Vierjähriges wesentlich verbessert.

Lohnvereinbarung.

Zwischen der Firma Feldschloss-Brauerei, G. m. b. H., zu Groß-Lichterfelde, Abteilung Berlin, Bachstraße, und ihren Kutschern, sowie Malfahrem wird heute folgende Vereinbarung getroffen:

A. Regelung des Lohnes.

Die Flaschenfischer erhalten einen festen Lohn von 6 Pf. pro Woche. Außerdem erhalten dieselben am Probißton für je 100 zurückgebrachte leere Flaschen 70 Pf. für eigene Kunden fortlaufend pro Kasten 5 Pf.

Bei einem durchschnittlichen Verkauf von 180 Kästen in der Woche erhält jeder Kutscher einen Misfahrer. Kutscher, welche diese Umtat nicht erzielen, dürfen sich an sagen, was sie über 95 Kästen verlaufen, einen Misfahrer selbst annehmen; den Lohn für eine solche Arbeitskraft bezahlt die Brauerei; derselbe beträgt 3,50 Pf. pro Tag.

Die fest angestellten Misfahrer erhalten einen Lohn von 20 Pf. pro Woche; außerdem eine Provision von 50 Pf. für je 1000 zurückgebrachte leere Flaschen.

Die Fassfluscher erhalten einen Lohn von 95 Mark pro Monat, schw. eine Probißton (Spindelgeld) von 75 Pfennig pro Tonne (zurückgebrachte leere Fässer).

Bei Ladungen von über 12 Tonnen erhält jeder Fassfluscher einen Misfahrer. Falls der Betrieb in solchen Fällen keinen Misfahrer stellen kann, ist der Kutscher berechtigt, sich eine derartige Arbeitskraft annehmen zu dürfen. Der Lohn für einen solchen Misfahrer wird von der Brauerei bezahlt und beträgt 4 Pf. pro Tag. Bei alleiniger Verantwortung werden dem Kutscher 3 Pf. ver- gützt.

B. Sonstige Wünsche.

Sonntags-Dienstag wird jedem Kutscher und Misfahrer von morgens 8 Uhr bis nachmittags 2 Uhr mit 2 Mark bezahlt.

Sämtliche Kutschern und Misfahrern werden täglich 2 Alter Trunkbier gewährt, die Ausgabe erfolgt morgens vor der Ladung.

Die Probißton für Flaschen, welche von anderen Brauereien zurückgebracht werden, wird monatlich unter den Kutschern zur Verteilung gebracht.

Für außergewöhnliche Arbeiten, die nicht in dem Bereich des Misfahrers und Misfahrers gehören, erhalten dieselben nach deiner Tagessicht eine Vergütung von 50 Pf. pro Stunde.

Zudem werden den Kutschern und Misfahrern kleine verschleißbare Spindeln zur Aufbewahrung ihrer Sachen zur Verfügung gestellt.

Bei Neuinstellungen von Arbeitskräften soll nach Möglichkeit der Arbeitsnachweis des Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, Engelser 15, berücksichtigt werden.

Diese Vereinbarung gilt vom 1. Januar 1905 bis 1. Januar 1906 und gilt auf ein Jahr verlängert, falls sie nicht 6 Wochen vor Ablauf von einer Partei gefüllt oder Flaschenhand eingeführt wird.

Berlin, im Dezember 1904.

Für die Brauerei:

Walter Bartels, Direktor.

Für die Kutscher:

Otto Mignit, Julius Neumann.

Für den Verkauf:

Albert Ulrich.

Durch den Abschluß dieses Kartells erzielen die Kutscher und Misfahrer gegen früher einen Mehrbedienst von 0-8 Mark wöchentlich. Die alten Lohnsätze für Flaschenfischer betragen 6 Pf. pro Woche, sowie eine Probißton von 60 Pf. für je 100 leere Flaschen und 5 Pf. pro Kasten für eigene Kunden, während der Lohn für Misfahrer 15 Pf. pro Woche, neben einer Probißton von 50 Pf. für je 1000 leere Flaschen, die zurückgebracht wurden, bel...g.

Die Fassfluscher erhalten bis dato 90 Pf. und eine Probißton, Spindelgeld von 75 Pf. pro Tonne.

Die Sonntags-Dienstag dauerte von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends. Für diese Arbeit wurde bis jetzt keine Bezahlung geleistet. In dem Kartell ist diese Arbeitsleistung bis auf 2 Uhr nachmittags festgesetzt, was für alle ersichtlich ist, jedem, der an die Reihe ist, 2 Pf. pro Tag vergützt werden.

Auch für die Überstunden, welche die Kutscher manchmal dadurch zu machen haben, indem sie nach deiner Tagessicht zu Gaffelstören, Gerätschaften abholen müssen, wurde bis jetzt keine Vergütung gegeben. So mit haben die Kollegen durch die Neuregelung ihrer Lohnsätze einen sehr hohenwertigen Vor teil errungen. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Fassfluscher in allen Betrieben durch Zugehörigkeit zum Verbande dafür sorgen, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Festlegung von Lohntarifn geregt werden.

Das berufsspezifische Trinken der Biersfahrer. Ein bedauerlicher Unfall, bei welchem der Bauunternehmer Gräsel aus Köpenick eine Gefälligkeit mit dem Tod bestrafen mußte, bildete kürzlich den Gegenstand einer Verhandlung vor der dritten Strafammer des Landgerichts 2. Wegen fahrlässiger Tötung war der 25-jährige Kutscher Fritz Thoms angeklagt. Der völlig unbefohlene T. war als Biersfahrer bei der Bärenhofer Brauerei angestellt. Am 27. Juni b. J. hatte er mit seinem Flaschenwagen eine Geschäftsstätte in der Gegend von Köpenick und Niederschönhausen zu erledigen und mußte, wie es allgemein üblich ist, bei den verschiedenen Gaffelstören, die ihm Bestellungen aufgeben sollten, eine größere Zeche machen. Die Folge war, daß er in seiner Angerunthet den Weg nach Köpenick verfehlte. Vor einem Losal in der Seestraße zu Recknitztal traf T. zwei Radfahrer, die in Köpenick wohnten. Bauunternehmer Gräsel bot sich an, den Angeklagten wieder auf den rechten Weg zu geleiten, er sollte nur immer hinter ihnen herfahren. Anfangs ging dies ganz gut, der etwas angetrunkenen Angeklagte ließ seine Pferde allerdings abwechselnd Galopp und trab laufen, trotzdem gelangte man

ohne Unfall bis an die direkt nach Köpenick führende Berliner Chaussee. Gräsel rief dem Angeklagten zu, er solle rechts hinweggehen. Wie die Anfrage beobachtet, soll Thoms so ungeschickt hierbei gelent haben, daß er den Gräsel anfuhr. Dieser wurde mit seinem Rad zu Boden geschleudert. Daß der Angeklagte die Pferde zum Stehen bringen konnte, war der schwere Fliegenwagen über den Unfallstrecken hinweggegangen. Nach Antrag eines Notarbitrates sollte T. sofort in ein Krankenhaus geschafft werden. Auf dem Transport dorthin verstarb er jedoch ganz kurze Zeit nach dem Unfall. Medizinrat Dr. Eisen-Schneberg befandt vor Gericht, daß der Tod des T. durch eine Gewebszerreißung der unteren Rippenpartien verursacht wurde. Der Verteidiger des Angeklagten, Justizrat Tasse, führte den Nachweis, daß die Möglichteit nicht von der Hand zu weichen sei, daß der Misfahrer plötzlich etwas zu weit nach rechts gedogen sein könnte und so mit dem Gesicht des Angeklagten in Berührung gekommen sei. Der Gerichtshof erlangte aus der Beweisaufnahme ebenfalls nicht die Überzeugung, daß der Angeklagte ausschließlich die Schuld an dem überaus bedauerlichen Unfall trüge. Dem Antrage des Verteidigers wurde T. deshalb auf Kosten der Staatstaate freigesprochen.

Die Organisations-Grenzstreitigkeiten zwischen der Union der Brauer einer, den Unionen der Fuhrleute und der Maschinisten andererseits sind in Nordamerika endgültig beendet worden. Dort stellt man sich ebenso wie bei uns in Deutschland um die gehörigste bestimmter Branchen zur Union der Brauer oder zu deren eigenwilligen Berufsorganisationen. Nunmehr hat die kürzlich in San Francisco tagende Konvention der American Federation of Labor (der amerikanische Gewerkschaftskongress) zur Regelung der Differenzen folgenden Beschluss gefasst:

„Wir empfehlen, daß alle Vertreter und Gesellschafter, die bisher von und auf Veranlassung der American Federation of Labor abgetrennt und gesäßt wurden, durch einen Vertrag auf folgender Basis erneut werden sollen:

1. Alle Brauereiarbeiter, die jetzt der United Brewers Union angehören, können denselben weiter angehören, vorausgelegt jedoch, daß solche Mitglieder der Union, die jetzt als Engineers, Feuerleute oder Fuhrleute beschäftigt werden, sich von der Organisation zurückziehen und ihren respektiven, diese Gewerke repräsentierenden Unions, ohne Diskriminierung oder Vorurteile seitens ihrer schärferen Kollegen betreten können.
2. Im Zukunft soll die United Brewers Workmens Union keinen Engineer, Feuermann oder Fuhrmann zur Mitgliedschaft zulassen, sondern alle diesen Gewerben angehörige Appellanten den respektiven Organisationen zuwenden, die jetzt mit der American Federation of Labor verbündet sind, wo solche Organisationen existieren.
3. Alle Engineers, Feuerleute und Fuhrleute, die in Brauereien beschäftigt sind, sollen die Gesetze, Regeln und Anordnungen beachten, die von der Organisation erlassen wurden, wobei die Majorität der in jeder Brauerei beschäftigten Arbeiter angehört.

4. Wo eine Majorität der als Engineers, Feuerleute oder Fuhrleute beschäftigten Mitglieder ihrer respektiven Unions sind, soll die Organisation oder Organisationen dieser Gewerke ein Komitee ernennen mit dem Auftrag, bei irgend welchen Verhandlungen mit den Arbeitgebern gemeinschaftlich mit der United Brewers Workmens Union zu handeln, vorausgesetzt, daß die United Brewers Workmens Union dieselbe Vertretung mit allen anderen Organisationen in einer gemeinschaftlichen Konferenz hat.

5. Die Organisation oder Organisationen, welche die Bestimmungen dieses Vertrages innerhalb sechs Monaten vom Tage der Vertragung dieser Konvention nicht befolgt, soll der Charter entzogen werden.“

Das ist eine zwar radikale, aber auch dafür gründliche und endgültige Regelung der nur die Organisationen selbst schädigenden Grenzstreitigkeiten. Kein Verleiter, kein Vertreter, das immer wieder der Quell neuer Streitigkeiten wird! Der deutsche Gewerkschaftskongress wird wohl auch nicht auf die Dauer in dieser Frage wohl mit den hiesigen Freien geben können und schließlich wohl oder übel eine ähnliche Entscheidung fällen müssen. So länger diese hinauszugeschoben wird, desto schädlicher ist dies für die beteiligten Gewerkschaften.

Gesetzspuher.

Frankfurt a. M. Der hier am Ort bestehende Gesetzliche Verein der Glasermeister hat sich, nachdem schon vor längerer Zeit die meisten Mitglieder zu unserem Verbande übergetreten waren, aufgelöst. Die vier noch vorhandenen Mitglieder teilten sich das noch vorhandene Vereinsvermögen; drei derselben wiesen den auf sie fallenden Teil der Verbandsstätte zu, einer jedoch, der Kollege Otter, sandt dies nicht für nötig. Wie dem auch sei, ist vor allem zu begrüßen, daß jetzt endlich eine einheitliche Organisation für die hiesigen Glasermeister geschaffen ist. Erfreulicherweise macht auch die Organisation sehr gute Fortschritte. Das vorzuenthaltene Verhältnis der organisierten zu dem am hiesigen Platz beschäftigten Kollegen ist ein sehr günstiges, so daß sich die Sektion der Glasermeister anderer Organisationen in dieser Beziehung getrost zur Seite stellen kann.

Handelsarbeiter.

Wer mehr Lohn verlangt, den kann ich nicht gebrauchen, so denkt der Chef der Firma H. Richter, Berlin, Wallstraße. Ein bei dieser Firma beschäftigter Kollege kam vor einiger Zeit um Zulage ein, es gab aber keine. Dafür merkte der Kollege aber bald, daß seine Verdienstleistung infolge der Forderung eigentlich was es eine besondere Bitte, nicht mehr beliebt sei. Das Lager besagte Firma befindet sich $\frac{1}{4}$ Treppen, es ist nur vermittelst einer recht steilen Wendeltreppe zu erreichen. Selbstverständlich versuchte der Kollege sofort Ware, als

er nur konnte, auf einmal herabzuschleppen, da das Mettern auf einer solchen Treppe doch kein besonderes Vergnügen ist. Der Chef glaubte, daß ihm dadurch die Ware ramponiert würde und erklärte, es wäre ihm gleichgültig, wenn auch der Haussdiener die Schwindsucht bemüht, dafür bezahle er ja“.

Am 19. Dezember war es schon spät geworden, unsre Kollege, schon übermüdet, ging nach eingehalter Elendsnis um 10½ Uhr abends nach Hause. Die übrigen Angestellten arbeiteten bis 3 Uhr morgens. Daß der Haussdiener nicht mit aushielt, paßte dem Chef nicht und mußte ersterer dafür eine Portion nicht allzu höfliche Vorwürfe einstecken. Schließlich gab es für 114 gefestigte Leberkuchen 50 Pf. Weihnachtsgratifikation. Der Chef erklärte, der Haussdiener habe so lange zu arbeiten, als das Geschäft auf ist, dafür brauche er eigentlich nichts zu bezahlen. Kommentar überflüssig.

Berlin. **Arbeitsnachweis - Bericht für das 4. Quartal 1904:** Arbeitslos waren am Schluß des 4. Quartals 1904 71 Kollegen. Im Laufe des 4. Quartals meldeben sich neu 845

Zusammen 916 Kollegen

Arbeitslos waren nach Branchen	Gemeldete Stellen (für sich) (Ausfälle)	Beschäftigte Stellen (für sich) (Ausfälle)
Hausdiener, Pader 2c.	401 288	189 157
Kutscher	179 204	16 86
Spedl. u. Lagerarbeiter	182 75	107 52
Weintellerarbeiter	21 28	2 11
Mineralwasserarbeiter	7 12	1 6
Leitergerüstbauer	18 1	4 1
Fensterreiniger	24 15	33 10
Kauf- u. Arbeitsbüroschen	11 78	— 11
Paderinnen	2 —	—
	845 686	852 884
		1088 650

Am Schluß des 4. Quartals 1904 blieben arbeitslos 159 Kollegen.

Gesamt-Ueberblick des Jahres 1904.

Arbeitslos waren nach Branchen	Gemeldete Stellen (für sich) (Ausfälle)	Beschäftigte Stellen (für sich) (Ausfälle)
Hausdiener, Pader 2c.	1848 1492	888 717
Kutscher	661 817	70 318
Spedl. u. Lagerarbeiter	570 862	486 197
Weintellerarbeiter	80 105	16 47
Mineralwasserarbeiter	35 96	5 25
Leitergerüstbauer	69 15	5 8
Fensterreiniger	89 55	110 29
Kauf- u. Arbeitsbüroschen	69 825	11 64
Paderinnen	5 4	1
	2901 8271	1067 1406
		4888 887
		2292

Wir erhalten folgende Zuschrift:

An die Kollegen im Verein Berliner Haussdiener!

Vor einigen Monaten wurden vom Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands mit dem Verein Berliner Haussdiener Verhandlungen eingeleitet, betreffend die Verbindung des Vereins Berliner Haussdiener mit dem Zentralverband. Das Ergebnis war, daß der Verein Berliner Haussdiener es ablehnte, zum Zentralverband überzutreten. Seitdem halte ich es für meine Pflicht, unter den Kollegen im Verein Berliner Haussdiener nach Kräften zu agitieren und sie zum Übertritt in den Verband zu bewegen. Leider mit sehr wenig Erfolg. Wie es mir scheint, gibt es unter den Mitgliedern des Vereins Berliner Haussdiener sehr wenig selbstständig denkende, denn fast alle, mit denen ich in dieser Sache Ansprache nahm, hielten es unter ihrer Haussdienerbrüder, einem Verbande beizutreten, den auch gleich (wie sie sich ausdrücken) Almosenfischer, Fensterputzer usw. angehören; sie wünschen sich einen vollständig zersetzlichen Haussdiener- und Paderverband, denn, so sagen sie, die Kutscher führen Lohnbewegungen und die Haussdiener müssen diese bezahlen. Das ist ein Gedanke, der, wenn ich nicht irre, von einem Mitgliede des Vereins Berliner Haussdiener zum besten gegeben wurde und zwar in einer Versammlung, in der die Einigungsverhandlungen abgesprochen wurden. Ein großer Teil der Mitglieder vom Verein Berliner Haussdiener hat sich nun diesen Gedanken angelehnt; denn anders kann ich es mir nicht denken, daß von etwa 15-20 Kollegen dasselbe geantwortet und als Grund ihrer Abneigung gegen den Zentralverband abgegeben wird.

Die Kollegen beweisen dadurch, daß sie diesen Grund aufgegriffen haben, ohne darüber aufzudenken, hätten sie das getan, dann müssten sie auch zu folgendem Schluß kommen: „Die sogenannten Almosenfischer sind ausgestorben, als wir (die Kollegen im Verein Berliner Haussdiener), denn sie haben eingesehen, daß sie von Almosen- und sonstigen Vereinen keine Hilfe zu erwarten haben und nur der Verband in der Lage ist, ihnen bei Lohnbewegungen den Rücken zu statten.“ Die Kollegen im Verein Berliner Haussdiener haben dieses leider noch nicht eingesehen und werden, wenn sie weiter unüberlegt handeln, dieses auch bald nicht einfassen. Ich gebe zu, daß unter den Kutschern die das sind, was die heutige Gesellschaftsstufe roh und ungehobelt nennt, das bringt eben ihr Handwerk mit sich. Hierzu möchte ich noch bemerken, daß es auch unter den gebildet sein wollenden Haussdienern sehr rohe und ungehobelte Kollegen gibt; hierbei kann man sich überzeugen, wenn man den größeren Postanstalten abends zwischen 6 und $\frac{1}{2}$ Uhr einen Besuch abstattet, was dort in dieser Zeit an Schimpfern, ja sogar an Brüderlein gelebt wird, ist unglaublich, und sind es meistens die älteren Kollegen, die den jüngeren mit schlechtem Beispiel vorangehen, statt ihnen mit gutem Beispiel zu dienen.

Wenn ich die Mitglieder vom Verein Berliner Haussdiener für gebildet halten, mit ungehobelter Kutscher im Zentralverband organisiert zu sein, warum strengen Sie dann nicht alle ihre Kräfte an, um die betreffenden Kutscher zu ebenso gebildeten Kollegen zu machen, wie

se selber sind. Vor dem Streit der Kollegen Haussdiener der Firma Engel, Landsbergerstraße, konnten dieselben nicht genug über die gelernten Kaufleute, die es nicht unter ihrer Kaufmannswürde hielten, die Ware in Ortschulen zur Kundenschaft zu befördern, schimpfen. Auch die Kaufleute halten sich für besser und gebildeter als die Haussdiener und doch scheuen sie sich nicht, Streitbrecherdienste zu leisten und Haussdienerarbeit zu verrichten.

Kollegen vom Verein Berliner Haussdiener, wacht auf, seht endlich ein, daß Euch nur von einer zielbewußten Organisation Hilfe werden kann, seht endlich Eure Vorurteile fallen, für uns heißt es nur Ausbeuter und Ausgebeutete, etwas anderes gibt es für uns nicht und darum ist es Pflicht aller Kollegen, zusammenzustehen in den Kampf gegen den Kapitalismus. Darum heraus aus den Altimühlenbetrieben, wo Euch doch keine Hilfe werden kann und hinein in die Organisation, in der allein Ihr wirtschaftliche Vorteile erlangen könnten, hinein in den Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands. Vrs.

Breslau. Die Kommission zur Überwachung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe hatte auch im vorigen Jahre an den letzten Sonntagen sich die Aussage gemacht, diejenigen Geschäftsinhaber zur Anzeige zu bringen, welche ihre Angestellten über die festgelegten Stunden hinaus beschäftigten.

Es wurden folgende Firmen zur Anzeige gebracht: Postlieferant W. Schötz, Jägerstraße, Postlieferant Erich und Karl Schneider, Schweidnitzerstraße, Gerson Fräulein, Kling, M. Gentzow, Schmiedebrücke, Maßlich u. Müche, Karlsstraße, Greif, Barosch, Kling. Bei der sogenannten Firma mußte die Kommission bis in die späten 5 Uhr auf ihrem Platz verharren, um die Ueberprüfung fortzusetzen.

Wenn hier nur ein paar Firmen veröffentlicht werden gegen 1902 und 1903, so haben wir dieses einzige und allein der unermüdlichen Arbeit der Kommission zu danken. Es ist für die Haussdiener Breslaus der beste Beweis, daß auch sie Erfolge erzielen können, wenn sie sich zusammenziehen und jeder Mitglied des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter wird, der nur allein imstande ist, die Interessen der Haussdiener zu vertreten.

Dresden. Die Verringerung der Arbeitszeit ist die erste und hellste Aufgabe unserer Organisation, denn unsere Kollegen haben eine herzig lange Arbeitszeit, wie dieselbe in anderen Berufen nur selten zu finden ist. Deshalb gilt es bei jeder Lohnbewegung die Arbeitszeit zu regulieren. Um die Überstunden abzuwenden, gibt es nur ein Mittel. Solange der Arbeitgeber die Überstunden nicht zu bezahlen braucht, müssen unsere Kollegen immer noch dies und jenes arbeiten, trotzdem die Arbeitszeit schon längst beendet sein mühte. Die Arbeitgeber begründen ihre Anordnung dann immer damit, daß die betroffenen Arbeiter unbedingt noch am selben Tage erledigt werden müssen. Wenn aber der Arbeitgeber die Überstunden bezahlen müssen, dann sehen sie ganz von selbst darauf, daß unsere Kollegen die Arbeitszeit plötzlich beenden. Hierfür ein schönes Beispiel:

Wie wir in vorheriger Nummer ausführlich berichtet, hatten die Kollegen Marthelser im Warenhaus Hermann Herzfeld eine Lohnbewegung mit Hilfe unserer Organisation erfolgreich beendet. Unter anderem erreichten die Kollegen, daß Überstunden an 50 Pf. bezahlt werden. Am Dienstag, den 3. Januar, war nun wegen der Inventur angeklungen worden. Arbeitszeit bis 10 Uhr abends. Ein Kollege erstmügte sich beim Personalchef, ob die Marthelser ebenfalls Überstunden arbeiten sollten. Den guten Mann war diese etwas neue und er mußte sich erst daran erinnern, daß er früheren lassen, daß die Marthelser nach den neuen Vereinbarungen die Überstunden bezahlt erhalten. Nachdem dem Personalchef dies zum Bewußtsein gekommen, schickte er sofortig dem Haussmeister im Geschäft herum und ließ jedem Marthelser sagen, daß dieselben nicht länger zu arbeiten brauchten. So wie die Spanier verloren denn auch die Herren Marthelser um 8 Uhr das Geschäft, benetzt von den Handlungsgeschenken und Geschenken, welche bis 10 Uhr arbeiten mußten.

Wenn die Überstunden nicht bezahlt zu werden brauchten, so sind die Marthelser unentbehrlich und müssen bis zu allerlett im Geschäft bleiben, womit es ab Geld kostet, so kann Wandlung geschaffen werden.

Ebersfeld. Nachdem mit den Angestellten der Konsumgenossenschaftsvereinigung Ebersfeld und Vororten, Barmen, sowie unserer Ortsverwaltung mehrere Sitzungen wegen der Lohn- und Arbeitswochentasse stattgefunden hatten, wurde beschlossen, einen Lohnkärtchen an beide Verwaltungen einzurichten, worauf uns von beiden der Verwaltung zuging, daß sie sich an die Beschlüsse des Genossenschaftskartells in Hamburg hielten und uns auf den nächsten Genossenschaftstag in Stuttgart verweisen. Es wurde nun das Kartell angerufen, um eine gemeinschaftliche Sitzung mit dem Ausschußrat sowie Geschäftsführer Schmidt und den angestellten Kuchens- und Lagerarbeitern, sowie unseren Ortsverwaltungen herbeizuführen. Diese Sitzung fand dann am Mittwoch, den 4. Januar 1905 im Polizeiausschuß statt und wurde hier nach längerer Diskussion der Lohnkärtchen vom Ausschußrat sowie vom Geschäftsführer Schmidt als unannehmbar erklärt und wir auf den Genossenschaftstag in Stuttgart, welcher im Juni dieses Jahres stattfinden soll, eingewiesen. Bezuglich der Lohnfrage erklärte Herr Schmidt, daß sie aber trotzdem den Angestellten ein paar Mark zuliegen würden; die Lagerarbeiter bekommen jetzt 24 Pf., im Südwürttemberg 21 Pfund, im Norden 25 Pf. die Woche. Ebenfalls soll die Arbeitszeit ½ Stunde verlängert werden, jedoch die Arbeitszeit für Kuchens ist 9½ und für Lagerarbeiter 9 Stunden täglich beträgt. Wenn auch vorläufig noch nicht viel erreicht worden ist, der Ansatz ist wenigstens gemacht. Außerdem wurde uns vom Geschäftsführer der Vororten gemacht, daß unser Zentralvorstand trotz zweimaliger Aufforderung des Verbandes der Konsumvereine sich betreffs

des Lohnkärtches mit ihnen in Verbindung zu setzen zum diesjährigen Genossenschaftstag in Stuttgart, bis jetzt noch nicht nachgekommen sei, damit dort ein annehmbares Kartell vorgelegt werden könne.

Wie oft müssen wir es denn noch konstatieren, daß unserseits bereits auf dem Genossenschaftstag selbst klipp und klar erklärt worden, daß wir auf der Grundlage des Bütterkärtchens absolut nicht in der Lage sind? Die Gründe dafür sind unserseits bereits ebenfalls wiederholt klar gelegt worden. Oder denken sich die Herren, der Genossenschaftstag pflegt und unser Verband hätte nach ihrer Melodie einfach zu tanzen? Da irren sie sich. Zum Abschluß eines Kartells gehören zwei.

Frankfurt a. M. Neben die Neuregelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe sprach natürlich in der Konföderation in einer öffentlichen Handelshilfsarbeiterversammlung Herr Alphons Wolff. Redner stützte zunächst in kurzen Zügen die historische Entwicklung der Sonntagsruhe. Als vor vier Jahren das Ortsstatut beschlossen wurde, habe man nicht geglaubt, daß man in einer so kurzen Zeit sich wieder mit dieser Frage beschäftigen würde. Man war damals mit dem Ereignis zufrieden, das beweisen am besten die vielen Geschäftsinhaber, die jetzt für die totale Sonntagsruhe sind. Der grösste Fehler, der seinerzeit gemacht worden ist, war der, daß man in dem Statut so viele Ausnahmen zu ließ. Hierfür bepricht Redner noch eingehend die juristische Seite des Ortsstatuts und die bekannte Kammergerichtsschließung. Als seinerzeit das Urteil bekannt wurde, waren ja die städtischen Behörden für die totale Sonntagsruhe, jetzt sei aber die Stimmlung schon sehr abgesunken. Das beweist am besten der Umstand, daß die Sache so lange dauert. So kann es aber nicht weiter gehen. Wir befinden uns dadurch in einem rechtlosen Zustand, denn man kann darüber geteilter Meinung sein, ob durch die Entscheidung des Kammergerichts das ganze Ortsstatut oder nur ein Passus bestehen für ungültig erklärt werden ist. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, mit allen Kräften für die totale Sonntagsruhe zu agieren und vor allen Dingen als Konsumanten selbst darauf bedacht zu sein, die Einträge an Sonntagen zu unterlassen, schloss der Referent seine interessanten Ausführungen.

Nachdem noch die Herren Cohen und Habicht im Sinne des Referenten gehorchen, fand folgende Abstimmung einstimmige Annahme:

Die am 5. Januar im Lokale zur Konföderation tagende öffentliche Versammlung der Handelshilfsarbeiter schloss sich den von den vereinigten Kaufmännischen Vereinen an die städtischen Behörden gerichteten Eingaben bezüglich Einführung der totalen Sonntagsruhe an und beauftragt das Bureau der Versammlung, Magistrat und Stadtverordnetenversammlung zu ersuchen, den so sehr berechtigten Wünschen der Kaufmännischen Arbeiter Folge zu geben und durch baldige Einführung eines neuen Ortsstatutes zu verhelfen.

Leipzig. Die Sonntagsarbeit während der Kirchzeit wird trotz wiederholter Anzeige, und trotz öffentlichen Hinweises in der "Vollzugszeitung" von den Handelsgeschäftsinhabern weiter aufrecht erhalten. So auch am Sonnenjahrtag. Die Volksmannische Buchhandlung in der Hopitalstraße, A. Scherl, Königstraße, und Geßels Verlag in der Leipziger Straße ließen an diesen Tagen stot in Konkurrenz arbeiten. Im letzteren Geschäft waren die Marthelser tätig. Um nicht Überurenzen einzubringen, hatte leichtere Firma nach der Kirche zu gehähnen, hatte leichtere Firma nach der Kirche zu alle Laden der Firma heruntergelassen, und auch die Buchhandlung von der Haussfrau war mit Vorlesefach geschlossen. Nur von der Fossell aus war Überarbeit vorhanden. Nur Verlagsgeschäft von Hermann Schulze arbeitete sämtliches Personal, Gehilfen und Marthelser. Auf Grund der vom Handelshilfsarbeiterverband vorgenommenen Kontrolle sag sich der Prokurist veranlaßt, die Sonntagsruhe einzutreten zu lassen. Auch die Deutsche Verlagsanstalt Union, sowie die Buchhandlung von Dr. Wagner, Königstraße, ließen stot arbeiten. Im letzteren Geschäft gab ein Gehilfe an, nur im Geschäft arbeiteten und Privatarbeiter zu verbergen. Daß die Angaben sehr unzuverlässig waren, ging daraus her vor, daß alle anderen auch stot arbeiten. Ein Geschäftsinhaber öffnet aber nicht sein Lädchen für das gesamte Personal, damit diese Privatarbeiter verbergen kann.

Nicht nur im Buchhandel, sondern auch in anderen Geschäften wurde gearbeitet, so bei der Firma Gebr. Heine, Tuchfabrikant, Rosendorferstr. 12. Dort arbeitete eine Anzahl junger Mädchen. Weiter bei der Firma Lerche u. Comp., Königsstraße. Der eine Komponist berief sich auf die Weise. Der Herr schien nicht zu wissen, daß das Ortskärtchen zwar Sonntagsarbeit erlaubt, aber das Arbeiten während der Kirchzeit verbietet. Nirgends war ein Ratsbeamter zu sehen. Umso mehr werden die organisierten Arbeiter auch in Zukunft bereit sein, freiwillig zu kontrollieren.

Magdeburg. Vom Bekanntmachung des Regierungspräsidenten ist am 2. Januar d. J. der Achtuhrsabendeschluß in Magdeburg eingeführt worden. Ausgenommen von dieser Bestimmung sind diejenigen offenen Verkaufsstellen, in denen Lebens- und Genussmittel verkaufen werden. Während der Achtuhrschlußzeit ist der Verkauf von Waren der in diesen Verkaufsstellen geführten Art, sowohl das Feilbieten von halben Waren auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten oder ohne vorherige Bestellung von Haus zu Haus im kleinen Gewerbebetriebe sowie im Gewerbebetriebe im Umkreis verboten. Ausnahmen können von dem Polizeipräsidium angegeben werden.

Vom Achtuhrsabendeschluß werden nicht betroffen:

Die Bäckereien, Bierhandlungen, Butter- und Käsehandlungen, Eierhandlungen, Fleischhandlungen, Fleischwaren, Schnellzettel, Fleischhandlungen, Fleischwaren, Delikatessen, Konserven- und Süßfrüchtehandlungen, Geflügelhandlungen, Honigküchenbäckereien, Käseherstellung, Käse, Tee- und Schokoladenhandlungen, Kolonial-

Materialwaren, Zigarren- und Tabakhandlungen, Zuckerwarenhandlungen, Mehl- und Mühlenfabrikate, Kleindraht, Brennmaterialienhandlungen, Vitualienhandlungen, Weinhandlungen, Wäsche- und Gesäßhandlungen, sowie die Drogen-, Farben- und Chemikalienhandlungen und der Handel mit Parfümerien usw., soweit er mit einem Kärtchen oder Friseurgeschäft verbunden ist.

Diese zahlreichen Ausnahmen verringern den sozialpolitischen Wert der Maßnahmen ganz außerordentlich. Unsere Haussdiener und Veräußerer müssen auch in Zukunft bis 9 Uhr abends tätig sein.

Die Arbeitszeit der Haussdiener, die in Geschäften tätig sind, die jetzt um 8 Uhr schließen müssen, verlängert sich auch nicht. Beginnt doch für sie die Arbeitszeit in der Regel um 7 Uhr morgens, die, wenn die einschlägige Ruhepause inne gehalten werden soll, um 8 Uhr abends abendet sein muß.

Bei der Firma Lublin trat früher die Hälfte der Haussdiener um 7 Uhr morgens den Dienst an und verließ ihn um 8 Uhr abends; die andere Hälfte trat um 8 Uhr an, ihr Dienst endete um 9 Uhr abends. Jetzt müssen sämtliche Haussdiener bei Lublin ihren Dienst um 7 Uhr morgens antreten.

So wie es den Haussdienern bei der Firma Lublin ergibt, so geht es 100 anderen Haussdienern. Durch die Einführung des Achtuhrsabendeschlusses ist ihre lange Arbeitszeit um seine Minute verlängert worden. Das eine gute hat ja der Achtuhrsabendeschluß, und das ersten wir auch an, unseren Kollegen gebracht, sie können des Wecks, eine Stunde früher ihr Heim aufsuchen. Ob diese Verlängerung vielen zuviel wird? Bei dem Neunstundenabendschluß ist es in vielen Geschäften sehr oft vorgekommen, daß man um 9 Uhr wohl die Fensterladen schloß, aber drinnen im Laden und im Lager mussten unsere Kollegen oft bis 10, ja 11 und 12 Uhr nachts arbeiten. Dies wird, wenn die Kollegen nicht auf dem Posten sind, in Zukunft noch öfter wiederholen.

Es gehört eine starke Organisation dazu, um Gesetze, die zum Schutz der Arbeiter erlassen worden sind, zur Durchführung zu bringen. Deshalb, Haussdiener Magdeburgs, wollt Ihr der Segnungen der sozialpolitischen Gesetzgebung teilhaft werden, dann hielten in den Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter.

Stuttgart. Über die ungewöhnliche Belebung an den Sonntagen wird seit langem von vielen unserer Kollegen gestagt. Trotzdem gewisse Schuhgeschäftsbesitzer beflehen, sind es noch eine große Anzahl Geschäfte und Betriebe, die ihre Loute Sonntag für Sonntag vom frühen Morgen bis mittags, oft bis in den Nachmittag hinein beschäftigen. Um diesem Unzug weitestgehend entgegen zu steuern, wurde aus unserm Verband eine Sonntagsruhe-Kontrollkommission bestimmt, deren Tätigkeit uns nun im Auszug vorliegt. Es wird berichtet, daß die Kollegen die Notwendigkeit und Nützlichkeit dieser Kommission anerkannt und zugleich bemerkt, daß in anonymen und nicht anonymer Presse das Vorgehen unsererseits belobt wird, da der Kreisredakteur nicht aber die richtigen Konsequenzen aus ihrem Schreiben ziehen. Eine ganze Anzahl Firmen wurde zur Anzeige gebracht und setzt die Polizeibehörde noch auf folgende Betriebe aufmerksam gemacht: Appenzeller, Dohr, Spielmann, Buchfabrik; das Fleisch- und Konservengeschäft Kauffmann, Meyer u. Comp., Preßfreiheit, A. Schmidt, das Blumengeschäft Bübel und eine Anzahl anderer Betriebe, die wir uns bis auf weiteres reservieren wollen. Daß auch der Spar- und Konsumverein auf der Liste der Sabotatoren steht, ist für denselben kein Rätsel mehr.

In den meisten kleinen Handelsgeschäften war die Sträucher an den Sonntagen in das endlose ausgeholt, da magte die Kontrollkommission Feuer unter das Dach, es entstand eine kleine Rebellion unter den bisher so unbekannten Fabrikarbeitern. Was das Auge des Gesetzes nicht sah, oder besser, was sich bisher ungefähr unter den Augen der Schuhleute vollzog, das sollte strafbar sein? Da nutzten unsere Kollegen eingeschlagen vor den Missgabeln reiterlich, doch es wurde Abhilfe geschaffen, womit nicht gesagt sein soll, daß nunmehr alles tadellose ist, im Gegenteil, der kleinen Schuhmannschaft steht im Gesetz noch ein sehr reiches und für den Städtebau einträgliches Gebiet offen. Man könnte hierbei an den Städtebau der Führer etwas sparen. Alles in allem kann ruhig behauptet werden, daß die Kontrollkommission während der kurzen Zeit ihrer Tätigkeit gut im Interesse der Kollegen Handelsarbeiter und Händler gearbeitet hat, und es könnte noch besser und rätselhaft Abhilfe geschaffen werden, wenn alle Klagen und Beschwerden in dieser Sache an unser Bureau, Hauptländerstr. 44, geliefert würden, von wo aus denn auch das weitere besorgt wird. In dieser Stelle sei nochmals besonders darauf hingewiesen, daß uns jeder Kollege unbedingt seinen Namen nennen kann, denn nach Prüfung der Angelegenheit werden wir selbst mit unserem Namen vorgehen.

Stuttgart. Es verloren sich wohl der Mühe, auch einmal die Verhältnisse der in den Buchhandlungen und Buchdruckereien beschäftigten Berufskollegen einer Befreiung zu unterziehen. Man könnte meinen, diese Kollegen leben unter ganz besonderen glänzenden Bedingungen, da es bis jetzt nur ein sehr geringer Bruchteil dieser Kollegen für notwendig gefunden hat, sich um die Organisation zu kümmern resp. sich derselben anzuschließen. Es ist ja richtig, daß die Arbeits- und Lebenshälfte der im Buchhandel beschäftigten Kollegen im allgemeinen etwas bessere sind als in anderen Branchen, allein wenn man näher ansieht, so findet man auch hier Missstände die Masse, welche dringend der Abhilfe bedürfen. Besonders ist es auch hier eine oft ungünstige Arbeitszeit, über die sich die Kollegen beschweren. Ein einzelnes Beispiel mag hierfür genügen. Die Kollegen einer größeren Buchhandlung hier hat man schon oft des Morgens zwischen 4 und 5 Uhr vom Expreßfahrt kommen sehen, und eine solche ungünstige lange Arbeitszeit dauert oft wochenlang. Ob das Christgeschäft, das die

selben dafür erhielten, der geleisteten Arbeit entsprochen hat, ist wieder eine andere Frage. Wahrehaft traurige Lohnverhältnisse existieren auch in einer der ältesten und bekanntesten Kommissionsbuchhandlungen hier. Trockdem die Verkäuferin derselben als schwer reich bekannt ist, stößt sich dieselbe doch nicht bewogen, ihren Arbeitern einen zum Leben auskömmlichen Lohn zu zahlen. Die Folge davon war, daß sämtliche älteren Kollegen (bis auf einen) das Geschäft verließen, um sich leichtere Arbeit zu suchen. Ein besonders seines Geschäft ist auch die drückliche Vereinsbuchhandlung von Gundert hier. Herr Gundert ist selbstverständlich ein sehr strommer Mann, der längst eingesehen hat, daß der gottlose Mammon nicht für alle Leute taugt, er behält ihn deshalb lieber für sich (bei ihm macht ja nichts). So bezahlt er einen Kollegen, der das Bild hat, bei dem höchstgütig zu sein, ganze 4½ Mark Wochentlohn nebst sogenannter freier Stullen. Die Arbeitszeit dauert von morgens 6 bis abends 9 und 10 Uhr. Eine Mittags- oder Pausenpause gibt es fast nie. Ist der Kollege im Geschäft fertig, dann muß er in die Wohnung und den Dienstmädchen noch den Bubel machen, Stefei wissen, Ausgänge besorgen usw. Sogar Sonntags muß der Kollege bei letzter christlichen Feier von morgens 7 bis mittags 2 Uhr zur Stelle sein, dann wird ihm gnädig erlaubt, fortzugehen bis 7 Uhr, dann muß er wieder zu Hause sein, natürlich nur, damit er das Nachsehen nicht versäumt.

Um schlimmsten sieht es in den kleineren Sortimentsgeschäften. Hier werden mit Vorliebe blutungehorsame Engagierten engagiert, um ja nicht viel Lohn bezahlen zu müssen; ebenso wird aber oft ein Arbeitsquantum aufgeholt, dem selbst ein älterer Arbeiter nicht gewachsen wäre.

Verhältnisse und Altbüände, wie die oben beschriebenen, liegen sich noch zu Dingen anführen, doch sei es damit vorerst genug; an alle Kollegen aber, die im Buchhandel beschäftigt sind, richten wir die dringende Aufforderung: Wacht doch endlich einmal auf! Eurer Lehrtage begreift die Zeichen der Zeit, schlägt Euch zusammen, tretet ein in unseren Verband, denn nur wenn Ihr in einer starken geselligen Organisation vereint seid, ist es möglich, auch in Eurem Beruf Wandel zu schaffen. Ist es möglich, ja gewiß, auch für Euch bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erringen?

Sind also schon die Lohn- und Arbeitsverhältnisse unter der "Elite" (?) unserer Kollegenschaft sehr verbessergesetzlich, so noch mehr jene unserer Kollegen in den Buchdruckereien. Auch diese Kollegen beschweren sich vielfach über schlechte Löhne, die in seinem Verhältnis zu der zu leidenden Arbeit stehen, über schlechte, unzureichende Geschäftsräume, schlechte Beleuchtung, fehlende Vorgesetzte usw. Die Arbeit in den Buchdruckereien ist meistens eine schwere, es werden deshalb auch nur junge kräftige Leute eingestellt, aber einen entsprechenden Lohn für ihre schwere Arbeit bezahlt man ihnen nicht. Löhne von 12, 15 und 18 M., vereinzelt auch 20 und 22 M. sind an der Tagesordnung. Es wird aber doch wohl niemand behaupten wollen, daß mit solchen Löhnen heutzutage ein Arbeiter auskommen kann, ein verhältnismäßig geringer, er spart dann seine Frau ebenfalls in die Tiefthilfe, daß sie mitverdienen hilft. Was dies aber im Gesetze hat, das weiß nachher ein jeder, der sehen und hören will. Die Frau schämt sich und läßt sich (infolge der Überanstrengung), die Haushaltung trägt den Stempel der Verbahrholung, und die Kinder wachsen auf wie die Alben und kennen Vater und Mutter kaum, wahrschien ein trostloses Bild.

Frage man nach den Ursachen dieser traurigen Zustände, so ist es auch hier wieder die Trägheit und fast unglaubliche Interessentenlosigkeit der betroffenen Kollegen selbst, welche diese Zustände verschafft. Ist es doch unserm Gauleiter vorgelommen, daß er von den Kollegen einer größeren Druckerei am hiesigen Platze dahin befiehlt wurde, daß so nicht gekommen seien, unserer Organisation beizutreten, und siehe — man höre und staune — für sie keinen Wert habe.

Man greift sich verblüfft an den Kopf und fragt sich, ja wie ist denn das möglich, daß es heutzutage noch Arbeiter gibt, die so etwas sagen können. Wie kann es doch in den Köpfen dieser Kollegen aussehen? Das ganze gewaltige, schon Jahrzehnte dauernde Ningen der Arbeiterschaft der ganzen Welt um eine bessere Lebenshaltung ist spurlos an ihnen vorübergegangen, sie haben nichts gesehen, nichts gehört und nichts gelernt. Trockdem sie im täglichen Leben aus Schrift und Tritt mit der Rose auf eine Organisationsfahne flogen, sehen und begreifen sie dieselbe nicht. Nun, hoffen wir, daß auch diese Kollegen noch aufwachen und den Willen und die Macht der Organisationskraft lernen, die harte Schule des Lebens wird überaus selbst dafür sorgen und dann, aber auch nur dann wird es möglich werden, auch ihnen ein menschenbildendes und besseres Dasein zu verschaffen.

Da wir gerade dabei sind, können wir nicht untersagen, auch einen größeren Betrieb in der Kurfürststraße zu beobachten, in dem seit längerer Zeit ein Überflussdienstwochen einkommt, das dringender Abschluß bedarf. Ach Stunden Arbeit — das ist unsere Forderung in diesem Betrieb, und hoffentlich sorgt die Leitung in Wahrheit dafür, daß diese Forderung stets durchgeführt wird.

Stuttgart. Schwere Tage sind es für unsere Kollegen in den Handelsgeschäften gewesen während der vier Wochen vor Weihnachten. Da hielt es schuft von früh 7 Uhr bis abends 9, ja sogar bis nachts 12 und 1 Uhr. An den Sonntagen hat man die Kollegen teilweise sogar eingespart, wie es z. B. die Firma Hochstetter in Würzburg ist, wo der Haushalter auch unter Taxis den Schlüssel verlangen mußte, wenn er das Haus verlassen wollte. Es gab keine richtige Eisenspange, und es waren doch so viele da, welche gern, wenn auch nur auf ein paar Tage, zur Ausbildung eingesprungen waren. Nun ist es wieder etwas besser. Mancher Ausländer, mancher Pader sieht sich nun um seine Hoffnung getrogen. Anstatt des erhofften Weihnachtsgeschenkes hat er seine Kündigung.

Die Inhaber des Glasgeschäfts Truchse u. Sohne fanden ein Wohlgefallen daran, einen Haushalter, der seine Arbeit stets zur Zufriedenheit erledigte, am Weihnachtsabend zu entlassen. Im Speditionsgefecht des Herrn Paul v. Maur ließ man zur höheren Weise des Festes 8 Tage vorher eine Anzahl Arbeiter auf unbekannte Zeit ausscheiden. Was kümmern sich die Herren darum, ob der Arbeiter mit seiner Familie am Feste der Liebe etwas zu essen hat, wie es ist ja gevest. Bei guten Weinen und Kapitänen kostet es sich auch garnicht, an das nötselnde "Gesindel" zu denken.

Das Weihnachts- oder Neujahrsgefecht — richtig wohl vornehmster Lohn — wie oft muß der Haushalter oder Pader davon hören. Von der "quädelnden Frau" und dem Prinzipal horch bis zum Kontoreigring, jeder glaubt, den "Knecht" mit dem zu erwartenden Geschenk an den angestammten Tischfeier anfeuern zu müssen und wie steht dieses dann aus? — Trockdem es oft nicht des Heimtrangs wert ist, daß sich der Empfänger noch hundertmal recht schön bedanken, er erhält vielleicht auch noch eine Wohlerhaltungsprämie extra dazu.

Kollegen! Ist es nicht eine Schande, daß man verhext Männer im besten Alter Wochentlohn von 13, 14 und 15 M. bietet? Wozu wird in selchen Stellen auf die "vielen Christgelder" und das "alte Weihnachtsgeschenk" verwiesen, aber von diesen "vielen Christgeldern" kann sich der Kollege in der ganzen Woche seinen Scheiben über lassen. Und ist diese Entlohnung nicht indirekt Verleitung zum Verbrechen?

Kollegen, wir sind der Ansicht, daß diese scheinhellige Gesellschaft die Geschenke behalten soll. Sie sollen einen anständigen Wochentlohn bekommen, dann weiß man wenigstens was man hat, seinen verdienten Lohn und sein Bettelstabel, das vorher aus uns herausgeschunden wurde. Wohl sollte mancher die Faust in der Tasche und deutet sich ja, du hast recht, doch damit ändern wir die Sache nicht. Zusammenschluß, Einigkeit ist nötig, und jeder Kollege hat die heilige Pflicht, sich der Vereinigung seiner Kollegen anzuschließen, nur dadurch kann Besserung erreicht werden.

Kampf gegen die Warenhäuser und Konsumvereine, so lautet heute die Parole der Schuh- und Rabattvereine, die noch wähnen, die wirtschaftliche Entwicklung henn zu können. Und kann dieser Kampf ziemlich gleichgültig sein, solange wir weder von der einen noch von der anderen Seite den Lebensverhältnissen entsprechend entlastet werden. Nachdem nun aber der Zug der Zeit dahin geht, daß ich alles konzentriert, vereinigt, dienten auch wir die Augen nicht verschlossen halten, sondern wir müssen schaffen, unsere Positionen ebenfalls zusammenzuschließen, was wiederum nur durch engen Zusammenschluß in einer Vereinigung, für uns im Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter geschehen kann.

Wir sehen in der Königstraße in Stuttgart einen Altbau entstehen; es wird das neue Warenhaus der Firma S. Tieck u. Comp. Mancher Krämer verwünscht den Bau schon heute, uns kann er nur vollkommen sein, denn mit dem Krämer, der schließlich nur einen Kaufmann beschäftigt und ihn vom frühen Morgen bis zum späten Abend von 12—15 M. Lohn pro Woche ausbezahlt, können wir keinen Arbeitsvertrag abschließen, weil der Prinzipal oft selbst nicht sicher weiß, ob er nicht einen neuen Kaufmann machen muss. Anders in einem großen Geschäft, das auf Arbeiterschlundkraft angewiesen ist und mehrere Leute selbst beschäftigt. Hier ist es eine Leistungsfähigkeit, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen, selbstverständlich auch nur dann, wenn die Haushalter und Pader ic. in unserem Verband organisiert sind. Von den hiesigen Warenhäusern ist eines, wie das andere auf Arbeiterschlundkraft angewiesen, folglich könnte auch ein halbstärker Pester zum Nachgeben gezwungen werden.

Wir betrachten mit uns einmal die Löhne und die Arbeitszeit der Hilfsarbeiter in den hiesigen Warenhäusern und vergleichen diese mit den Arbeitsbedingungen, wie sie unsere Berliner Kollegen zum Beispiel haben, dann müssen wir uns sagen, daß wir gegen die übrigen Großstädte freilich noch weit zurück sind. Und woran liegt dies? Es liegt an der Interessentenlosigkeit unserer Kollegen selbst. Bisher ging jeder seine eigenen Wege, einer suchte den anderen im Geschäft heranzuladen, um sich selbst ins beste Licht zu stellen, und zum Schluss wird dann dieser wieder zum Geschäft hinausgedrückt. Durch solche Manipulationen werden natürlich viele bessere Arbeitsverhältnisse erreicht, der Unternehmer macht mit dem einzeln, was ihm beliebt.

Ihr Haushalter und Pader! Damit es Euch nicht aufkommt, daß Ihr zum grössten Teil selbst die Schuld an Eurem Glück tragt?

Im Galgenstuhl wird zur Verbesserung unserer Lebensverhältnisse nichts getan, dies geschieht nur in unserem Verbande, deshalb werdet kassenbewußte Männer, schliebt Euch dem Verbande an. **Die Heiligkeit der Ehe.** Das unseres Geldkörpers der Ehestand in Bezug auf seine Heiligkeit nicht viel gilt, ist eine allbekannte Tatsache. Sie schützen ihren Gütern bald da und bald dort, und mancher Dienstbote, manche Arbeitskräfte könnten ein Löschchen davon singen. Der late Bourgeois lauft sich eben alles um das Geld, er lauft sich die Arbeitskraft und auch die Seelen der Armen. Der Hunger treibt den Brüderlein in das laudinische Joch, und frei schaltet der "Herr" über das Objekt, den Arbeiter.

So hat sich ein Bankier in Stuttgart einen verheirateten Büroarbeiter um 18 M. pro Woche gefaßt. Im Interesse des heiligen Geldades muß dieser Geldkoffer die Stadt kreuz und quer durchstreunen und bei der Nacht hat er im Geschäftshaus zu schlafen, damit nicht etwa diese den Geldsack gestohlen. Der Büroarbeiter wird nachts mehrere mal durch die Wach- und Schließgarnison kontrolliert, ob er nicht etwa sich vermeisen hat, wenigstens nachts einige Stunden bei seiner

Familie zu sein. Für die Familie des Haushalters ist nämlich kein Platz im Hause des Bankiers, nur den einen kann er gebrauchen, und so ist also die Familie des Arbeiters Tag und Nacht getrennt. — Alles um 18 Mark.

Es heißt: die Sozialdemokratie wolle die Ehe zerstören. Der Herr Baumer — es ist eigentlich eine ganze Compagnie — ist aber unseres Wissens keiner dieser "Umwälzer", und doch wird gerade von diesen Herren die Heiligkeit der Ehe zerstört.

Strassenbahner.

Augsburg. Das Verkehrsministerium und die Augsburger elektrische Straßenbahn. Es ist der Augsburger Einwohnerkraft bekannt, daß der heilige Stadtmagistrat die Resolution betreffend das Automatenystem bei der hiesigen elektrischen Straßenbahn, welche in der bekannten Einwohnerveranstaltung einstimmig gefasst wurde, an die Stadtregerung von Schwaben und Neuburg geleitet hat und diese sie dann an das lgl. bahr. Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten weiter gab. Am 22. Dezember v. J. ist nun dem damaligen Verkehrsleiter Herrn Bernhard von Seiten des Stadtmagistrats Augsburg nachfolgendes eröffnet worden:

"Das lgl. bahr. Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten hat mit Entschließung vom 12. Ibd. Mis. Nr. 8722, 8 ausgesprochen, daß gegen die vorauslängige Verbelastung des in widerwilliger Weise geweignigten Fahrsatzsystems wenigstens solange, bis die Wirkungen der neuen Verbesserungen sich übersehen lassen, nichts zu erinnern ist."

Diese Entschließung überrascht gewiß niemand, der die lgl. bahr. Regierungskunst kennt. Ihr Eingeweihte war vorausgänglich nicht mehr zu erwarten, weil auch bei diesen Herren das Sprichwort anscheinend Gelingen hat: Ist die Lube aus dem Stall, macht man die Lire zu. Das Fahrsatzsystem wird auch trotz der "neuen Verbesserungen" ihre verblüffenden Früchte zeitigen.

Augsburg. Das Automatenystem wiederum vor dem Vandergert. Am 11. Oktober, mittags 12 Uhr, ereignete sich am Predigerberg vor dem Eingang des Grabes gelegenen Böldchen Geschäft jenen bekannten Zusammentreffen zwischen einem elektrischen Straßenbahnwagen und einem Fußwirker der Martinischen Fabrik. Es wurde dabei ein Pferd so fest in das Schauensegel des Schneiders Böld geschleudert, daß nicht nur die Scheibe in Trümmer ging, sondern auch das Pferd auf der Stelle getötet wurde. Es hatte sich nun deshalb der 22-jährige Fußwirker Friedrich Gruber von Arnslein wegen gemeinschaftlichen Vergehens zu verantworten. Aus der Verhandlung erkannte das als Vieh aus dieser Zeit ebenfalls in den bekannten Altböden wieder. Der damals noch ungeübte junge Mann hörte, nach seiner Angabe, um Verspannungen einzubringen, statt auf Stellung 2 auf Stellung 3 eingeschaltet. Als er das gegen ihn heranommende Fuhrwerk bemerkte, verlor er die Gesäßgegenwart und brüllte verlobt. Der ebenfalls verhommene Werkmeister der Zentrale, Herr Karl, bezeichnete die durch Stellung 3 erzielte Fahrgeschwindigkeit als zulässig, was der Angeklagte und der damals als eigentlicher Wagenführer jungernde Albrecht bestreit. Der leichte sei auf der für das Vorwurms eigentlich verantwortliche und nicht der damals noch unberücksichtigt gewesene Aspirant. Da auch der Fuhrmann des Fabrikwagens durch Zufall von Passanten in der irrländigen Meinung bestärkt gewesen, es komme kein Wagen der Tramway den Berg herauf, so war der folgentwore Zulammentob eigentlich unvermeidlich. Im Anbruch aller dessen konnte sich das Gericht von der Verantwortlichkeit des Gruber nicht überzeugen und sprach denselben von einem gemeingefährlichen Vergehen und einer Übertretung des § 27 Art. 2 und 30 Abs. 2 der ortspolizeilichen Vorschriften sowie einer Verfehlung gegen § 316 Abs. 2 des R.-St.-G.-V. frei.

Bei der Leipziger Elektrischen wollen die Klagen der Angestellten nicht zur Ruhe kommen. Wer da glaubt, es hätten nach der vorjährigen Bewegung durchgreifende Reformen Platz geöffnet, der irrt sich sehr. Was wurde damals von der Betriebsleitung alles davon gesetzt, eine Arbeitsniedrigung zu verhindern; die Ober- und Untertonnenkollekte waren eingeladen in die Versammlungen, Direktoren, Inspektor, Werkmeister usw. kamen selbst mittwochs in einige Depots, um dem dienstenden Personal zu versichern, daß für eine Verbesserung des Dienstes uns für wesentliche Erleichterungen Sorge getragen würde. Was geschah nun?

Es gelangten Sommermühlen und Joppen zur Ausgabe, allerdings nur für einen Teil der Angestellten. Das war aber auch alles! Die lange Dienstdauer wurde aufrecht erhalten. Am 1. November sollte eine durchgreifende Reform des Dienstes eingetreten. Das Fahrpersonal glaubte auch tatsächlich an wesentliche Verbesserungen und einige dieser Leute waren sogar so fest von der Verbesserung überzeugt, daß sie den Organisation, der sie sich kurz zuvor angegeschlossen hatten, den Rücken schlugen. Die Erhöhung ist jedoch bald eingetroffen. Der Dienstplan weist Dienste von täglich sechs Stunden auf. Das wäre gewiß recht angenehm, wenn die Sache nicht ihren Haken hätte. Es kommen in Wirklichkeit nicht sechs Stunden, sondern 10—12 Stunden in Betracht. Das Personal muss nämlich nicht wie bei der Großen Leipziger Straßenbahn nur auf einer, sondern mitunter auf drei oder vier Linien an einem Tag Dienst verrichten. Zum besseren Verständnis diene folgendes:

Angenommen, der Fußwirker oder Schaffner vom Depot Süderitz geht morgens 7½ Uhr von zu Hause fort, er löst 8 Uhr 12½ Min. den fünften Wagen der Linie 4 bei Paunzeller ab und fährt bis 12 Uhr 57½ Min. Es muß sodann entweder in einer anliegenden Wirtschaft das Mittagessen eingenommen werden, oder der Betriebsleiter fährt mit dem nächsten Wagen bis nach Süderitz, um zu Hause zu essen. Von hier geht es wieder in die Nähe nach dem Hauptdepot in der Wittenberger Straße am Bahnhof, um den einzugsverzögerten Wagen der

Uhr 5 abzulösen und über Schönesfeld nach Kleinzschorer und wieder nach Schönesfeld zu fahren. Um 5 Uhr 18 Minuten nachmittags wird er hier abgelöst; er macht sich logisch auf den Weg nach Stötteritz und hat sich dort im Depot von 6 bis 9 Uhr zur Reserve bereit zu halten. Es mag schon stimmen, daß der direkte Dienst etwa 6 Stunden beträgt, rechnet man aber das Übergebotenwerden mit hinzu, denn das gehört doch mit zum Dienst, so kommen gut 10–12 Stunden heraus. Früher war es schwer, sich in den Dienstplänen durchzuhauen, nach der Reform ist das noch schwieriger geworden. Eine Übersicht zu erlangen, wie bei den Dienstplänen des Fahrpersonals der Großen Leipziger, ist ganz ausgeschlossen.

Vor einiger Zeit hat der Inspektor Molzenhauer in den einzelnen Depots eine Bekanntmachung zum Aushang gebracht, wonach derjenige, der zu ihm in sein Dienstzimmer befestigt wird und diese Aufforderung nicht stillen beachte, von seiner Lohn versteht wird und Anhängerwagen fahren muß. Nun ist es aber vorgesehen, daß Angestellte, die wegen Auseinandersetzungen zum Inspektor befestigt worden waren, diesen mehrmals zur bestimmten Zeit nicht antreten könnten, obgleich die Leute von Kleinzschorer oder Stötteritz kamen. Dass solche Verstellungen doppelt unangemessen für die Angestellten sind, wird dann erst recht begreiflich, wenn man berücksichtigt, daß sie gewöhnlich auf die dienstfreien Tage gelegt werden.

Nun soll vom 1. Januar eine Lohnregulierung vorgenommen werden. Der Ausgangslohn der Schaffner soll nicht mehr 70 Pf., sondern 80 Pf., der der Wagenführer soll statt 80 Pf. 90 Pf. betragen. Der Höchstlohn beträgt bisher für Schaffner 105 Pf., für Wagenführer 120 Pf., in Zukunft soll er betragen 120 Mark bez. 130 Pf. Aber während bisher der Höchstlohn in 12 Jahren zu erreichen war, wird er in Zukunft erst in 18 Jahren erreicht. Ob da noch einer der heut beschäftigten Straßenbahner als solcher tätig sein wird?

Die Löpne der Depot- und Stredenarbeiter sind weiterhin besonders gewürdigt zu werden. Das bisher Gesagte dürfte bereits als schlagender Beweis dafür dienen, wie lärtig die Arbeiter und Angestellten handeln, die stadt fest zur Organisation zu halten, sich in den Glauben versetzen, wirtschaftliche Besserungen ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse würden ihnen von selbst in den Schoß fallen.

Posen. Am Donnerstag, den 5. d. Ms., stand im Saale "Stadt Bromberg" eine gut besuchte Versammlung der Straßenbahner statt.

Der Gauleiter referierte über das Krankenfondsangebot, unter besonderer Berücksichtigung der Betriebskrankenkasse der Posener Straßenbahn, dabei auf die vielen Mängel des Status verwiesend.

In der anschließenden recht regen Diskussion gaben die Kollegen zu, daß eine Reihe von Nebelständen bei der Verwaltung der Betriebskrankenkasse bestehen und wurde einstimmig beschlossen, sich am nächsten Tage an der Neuwahl der turmähnlich ausgeschiedenen Vorstandesmitglieder zu beteiligen. Es wurden vorgeschlagen die Kollegen Frankowski, Wittner, I., Brajzel und Gregoszewsky.

Nach Erledigung einiger interner Verbandsangelegenheiten und dem Hinweis, doch recht pünktlich die Beiträge zu zahlen, wurde die sehr gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Bei der am Freitag, den 6. d. Ms., stattgefundenen Neuwahl des Vorstandes der Betriebskrankenkasse wurden die seitens der Verbandsmitglieder nominierten 4 Kollegen gewählt, trotzdem die Wahlversammlung auf nachmittags 4½, wo außer einigen Kollegen, die frei haben, alles sich im Dienst befindet, angelegt war. Die "Direktionsleblinge" sind glänzend heruntergerutscht.

Die Mehrheit des Vorstandes besteht nunmehr aus Verbänden.

Transportarbeiter.

Bremen. Schon wieder ist ein Unglücksfall im Fuhrbetriebe mehr zu verzeichnen. Der Kollege Godchard, welcher sich infolge Übermüdung in seiner Karre gesetzt hatte, fieln blieb vor das Uebergewicht und stürzte auf das Straßenspäster, sodass er unter die Räder geriet, er erlitt einen doppelten Überhauptungsbruch und mußte ins Krankenhaus transportiert werden. Wahrsch. ein trauriges Los, zum Fuhrmann verurteilt zu sein, und trotzdem schlendern die Kollegen immer weiter, ohne zu überlegen, daß die meisten Unfälle nur auf ihre unendlich lange Arbeitszeit zurückzuführen sind. Auch dem Verband stehen sie gleichgültig gegenüber, da heißt es immer, der kann uns nicht helfen. Da Kollegen, erstmals hinein in die Reihen des Verbandes, dann wird auch hier Remedium geschaffen werden können, zeigt, daß wir mit dem neuen Jahre auch endlich mal denten wollt, bessere Zustände herbeizuführen.

Ein Nachspiel zum Müllfuhrerstreit. Bekanntlich hatte die "Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Gründberater" während des jüngsten Müllfuhrerstreits durch Agenten eine Anzahl Arbeitswillige aus der Gegend von Landsberg, Arnswalde, Neuwedel und Driesen für ihren Betrieb anwerben lassen. Versprochen wurde den Leuten damals 4 Mark Tagelohn, Bezahlung ausschließlich Mittagslohn, und freies Vogls. Der Vertrag wurde aber von der Genossenschaft inneren nicht gehalten, als die Arbeitswilligen die versprochene Bezahlung nicht bekamen und ein Nachstager angeleitet erhielten, das alles andere mir nicht anständig war. Nun verlangte die Firma am Morgen nach der Ankunft der Arbeitswilligen, daß diese mit hungrigem Magen auf die Tour fahren sollten; es wurde ihnen anheim gegeben, unterwegs in den Kneipen zu essen. Da aber die Leute kein Geld hatten, konnten sie auch in den Kneipen nichts kaufen. Sie drangen daher auf Lieferung der versprochenen Bezahlung und als ihnen diese nicht gewahrt wurde, schlossen sich 66 Männer von Ihnen den Streikenden an, die dann gutmütig für die Spaltung der Hungriigen sorgten. Wegen Nichtinhaltung des Arbeitsvertrages for-

derten die Leute alsdann von der Firma die Zahlung von drei Tagen Lohn und Fahrgeld nach der Heimat. Die Firma lehnte diese Forderung jedoch ab und verweist die Leute auf den Klageweg. Da die Arbeiter aber noch am selben Tage wieder nach Hause reisen wollten, waren sie nicht in der Lage, ihre Klage einzulegen bei dem Berliner Gewerbege richt zu vertreten. Sie erteilten daher dem Kollegen Ulrich Bollnach, die Klage anhängig zu machen und sie in den Verhandlungen zu vertreten. Das Klageobjekt stellt sich, nebenbei bemerkt, für die 66 Arbeiter auf 849,60 Pf.

Zu dem kürzlich abgehaltenen Termin vor der sieben Spruchkammer unter dem Vorsitz des Gewerbeberichters Dr. Schröder erschien sich nun das Sonderbare, daß Ulrich vom Gericht als Vertreter der Kläger abgelehnt wurde. Der förmliche Beschluss des Gerichts lautet:

Der Vertreter der Kläger wird mit Rücksicht darauf, daß er in den letzten Jahren zweimal vor dem Gewerbege richt vertreten hat, und deshalb nach Lage der Sache sein Verhabe als geschäftsmäßig angesehen wird, nicht zugelassen. § 31 des Gewerbeberichts (Unterschrift).

Hierzu sei bemerkt, daß Ulrich die angezeigte zweimalige Vertretung vor dem Gewerbege richt in einem Zeitraum von nicht weniger wie fünf Jahren ausgestellt hat. Wenn das wirklich schon genügt, ihn als einen Mann anzusehen, der Vertretungen geschäftsmäßig übernimmt, um zweimal mehr mühte dann die gleiche Tätigkeit des Vertreters einer vielleicht schon Dutzende von Männern vertragt. Wenn wirlicher Nutzen lediglich aus Bequemlichkeit der Terminten spricht, als eine geschäftsmäßige Angelegenheit werden. Unseres Erachtens steht es dem Gewerbege richt nicht besonders gut an, wenn es sich bei der Zulassung von Arbeitervertretern zu den Versammlungen von anderen Gründmännern leicht läuft als das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung und das Reichsversicherungsamt.

Die Klagefache selbst ist damit natürlich nicht abgetan; die Kläger werden eben einen anderen Vertreter ernennen.

Braunschweig. Am 20. Dezember berücksichtigte der Arbeiter Breuer an der Brauer Pfer in der Dunkelheit, indem er in die Ausschöpfung des verlangten Pferdes in der Ausschöpfung des Fuhrmanns und sich eine erhebliche Verletzung zuzog. Der Haftmeister K., der die Unfallschäden beobachtete, sagte, der Mann hätte doch etwas vornehmlich sein sollen. Im Laufe des Tages wurde die Unfallschäden eingestellt. Es sind wirklich traurige Fälle in Bezug auf die Sicherheit der Arbeiter an der Pfer, am Nerdende sein Nicht, und bei diesen Umständen werden Dampfer dort gelöscht. Durch den Umbau der Pfer ist die Passage eine gefährliche, da Felschmieden und dergleichen auf der Pfer lagern.

Bremen. Wedeholt haben wir schon darauf hingewiesen, daß in vielen Fuhrbetrieben Mißstände der größten Art bestehen. Heute sind wir in der Lage, wieder einmal mitteilen zu können. Da ist zunächst die Firma A. Brauns, Baumaterialienhandlung und Fuhrbetrieb. Hier sind verschiedene Kollegen beschäftigt, die nicht in der Stadt wohnen. Diese Kollegen bringen ihr Essen mit. Da nun keine Vorratung zum Anbringen der Speisen vorhanden ist, sind die Leute gezwungen, das Essen fort zu sich zu nehmen. Es ist auch kein Raum vorhanden, wo die Leute das Essen einzunehmen können. Aus diesem Grunde wird der Pferdestall als Speisesaal benutzt, da sitzen sie dann, der Poller auf der Haferseite, die eine auf dem Fußboden, der andere auf dem Mist usw. und eben. Wenn die Leute bei schlechtem Wetter draußen arbeiten bleibt Auf und Ablassen von Kalt, Steinen usw., dann sind sie auch nicht in der Lage, die vom Regen durchdrückte Kleidung trocken zu können, weil eben keine Vorratung dazu vorhanden ist. Wie in vielen Betrieben, so muß auch hier ein Mann Nachtschicht machen, das hierzu für den Mann im Stall abgeschlagenen Schlafabinett ist aber so schief, daß das Pferd an den Wänden herunterläuft. Folgedessen ist auch das Pferd vollständig feucht. Die sogenannte Matratze hat sich aus diesem Grunde im Laufe der Jahre in einen Bulla und verwandelt, der ihrem Namen nicht mehr zur Ehre gereicht. Der betreffende Mann muß dann sein "Pell" selbst machen, die Stube seien zu. Das sind Arbeiten, die mit dem Fuhrmannsberuf nicht in Einklang zu bringen sind. Was würden wohl hohe und höchste Herrschafter sagen, wenn sie im Stalle eben sollten, in einem eitlen Bett schlafen und solo "Zimmer" reinigen soll? Doch ja, es sind ja nur Arbeiter.

Bei der Firma "Globstein" wohnen die Kollegen auch herrlich in der ersten Etage, d. h. auf dem Boden. Ein aufsicht hat eine Vorratung, genaum Treppen. Hier haben die Leute frische Brühe von oben aus den Pferdekuhn von unten. Die Kollegen brauchen nun die Bettwärme selbst zu machen, das heißt werden dieselben aber in vier Wochen überhaupt nicht gemacht. In welchem Zustande sie sich dann befinden, brauchen wir wohl nicht zu erwähnen.

So sieht es also im Fuhrmannsberuf aus. Herrlich weit sind wir unter dem guten alten polnischenischen Verhältnis gekommen. Wann endlich werden die Fuhrleute erwachen und zu der Einsicht kommen, daß nur durch die Organisation bessere Verhältnisse geschaffen werden können?

Cannstatt. Es vergeht hier keine Versammlung, ohne daß über die Handlungswweise des Lokomotivunternehmers Herrn E. Krämer klare Klagen geführt werden. Zu der Tat schreibt dieser Herr ein Ausbeuter-ge in die Worte: häßlicher Beleidigung zu bestimmen. Gradezu häßlich sind die Zustände, unter denen die bei ihm beschäftigten Kollegen zu leben haben. Die Arbeitszeit beginnt morgens 4 Uhr und endigt nachts 10 Uhr. Von einer Pfeifer- oder Mittagspause ist keine Rede. Es ist in heiliger Stadt üblich, daß, wenn die Pferde abends in den Stall kommen, geträumt und geflüstert sind, auch der Fuhrmann der verdienten Ruhe hingegeben kann. Nicht so ist es bei Herrn Krämer. Er hält, wenn es sich um seine Pferde handelt, sehr viel auf Fleischfett, und infolge dessen hat der Fuhrmann, wenn er

abends 8 Uhr oder noch später in den Stall kommt, neben der üblichen Stallarbeit auch noch die Pferde zu putzen. Aus diesem Grunde ist es auch garnicht verwunderlich, wenn das Neuherr der Elektro sehr vorstellhaft von den mit ihrer Pflege betrauten Menschen absticht. Den Gipfel der "guten" Behandlung aber erreicht Herr K. dadurch, daß er seine Leute zwinge, auch Sonntags für ihn zu trocknen. Nicht selten kommt es vor, daß die Arbeitszeit am Sonntag fast ununterbrochen 10 Stunden dauert. Die dem Fuhrmann gesetzlich garantierte Sonntagsruhe leidet diesen Herrn nicht zu geringen. Der Fuhrleiter sei es angelehnzt als Herr gelegt, hier einmal nach dem Rechten zu sehen, anderthalb der Verband Veranlassung nehmen wird, die diesbestrafenden Gesetzesbestimmungen Herrn K. zur Kenntnis zu bringen. Auch sieht Herr Krämer es sehr ungern, wenn sich seine Leute erlauben, Sonntagsabends noch ein Glas Bier zu trinken. Er ist hier jedenfalls der Meinung, daß sie die Ruhe nötiger haben als einige Stunden im Wirtschaftshaus zu leben, damit die Schinderel am Montag wieder aufs neue losgehen kann. Für diese Unzumme von Arbeit zahlt Herr K. pro Woche 9 Pf., Kost und Logis mit unbegriffen, in Stundenlohn ausgerechnet, ca. 11 Pf., für härtere, anstrengende Arbeit. Die Behandlung und die Achtung, die er seinen Leuten, sowie dem ganzen ehrenhaften Stande des Fuhrmanns entgegenbringt, kennzeichnet sich durch folgenden Ausdruck: "Alle, die zum blauen Hemd heraussehen, sind Schläpfer!" Wie Herr K. darüber kommt, die Träger des blauen Hemdes, es sind ihrer tausende, in solch fröhlicher Weise zu beleibigen, ist nicht recht klar. Meint er etwa, sie seien deshalb Schläpfer, weil sie sich untenlicher Zeit rücksichtlos behandeln und ausdeutnen lassen, oder deshalb, weil sie ausfangen, einzuladen, daß sie Menschen sind und als solche behandelt und bezahlt werden wollen? Mag das eine oder das andere zutreffen, soviel steht fest, daß sich Herr K. so lange er sein Geschäft hat, noch nicht geschaumt hat, sich von diesen angeblichen Schläpfern den Prost in die Tasche jagen zu lassen und von ihrem Schwelbe ein bequemes Dasein zu führen; daß er auf den Verband nicht auf zu sprechen ist, glauben wir gern. Seine Drohung, er werde alle heraus, die dem Verband angehören, ist insofern nicht ernst zu nehmen, als seine Leute bis jetzt dem Verband angehört, und die organisierten Kollegen werden sich wohl tunken, in die Dienste eines Unternehmers zu treten, dessen Parole seinen Leuten gegenüber lautet: "Schlechte Bezahlung, rücksichtlose Ausbeutung und brutale Behandlung." Herr K. mag föhlen, so lange er will, daß genau wird er die Wahrheit bestätigt finden, daß er durch sein Verhalten ein vorzüglicher Agitator für unsere Sache wird.

Ihr Kollegen bei Krämer, überlegt Euch einmal, was Ihr auf der Welt tut, fragt Euch, ob unter jüdlichen Verhältnissen das Leben überhaupt noch des Lebens wert ist! Glaubt Ihr, die Bestimmung des Arbeiters sei, um wenige Pfennige sich Tag für Tag plagen zu müssen, um fröhlich einen steifen Körper und trümme Knochen zu bekommen, und wenn Eure Kräfte fröhlich ausgebraucht sind, in irgend einer Armanstall Unterkunft zu finden? Ist das Eure Meinung? Dann sofort fort in Eurem alten Schlechterl. Wollt Ihr aber, daß Eure traurige Lage sich besser, Eure Verhältnisse menschenwürdig werden, dann steht Euch nur ein Weg offen, dies zu erreichen, und dieser Weg heißt: "Organisiert Euch!"

Der Magistrat ohne Patrone. In der alten Stadt Dillingen an der Donau hat man jüngst herzlich über den Magistrat ohne Patrone gelacht. Die Wasser der Donau hatten einen Leichnam im Gebiete der Stadt Dillingen zur Abendstunde aus Wasser geholt, und so mußte denn nachts der Leichentragen, bekleidet vom Manne des Geistes, zur Friedhofsstelle fahren. Auf dem Wege wurde der traurige Zug plötzlich von einem Bürger der Stadt gestellt, der vor einiger Zeit mit einem Strafbefehl bedacht worden war, weil er auf seinem Motorrade ohne Licht gefahren war. In seelischer Form erklärte er dem Schuhmann: "Ich (Name) stelle hiermit gegen den Magistrat der Stadt Dillingen Strafantrag wegen Fahrens ohne Licht bei Nachtzeit." Am anderen Tage wurden sofort Patrouillen am Leichenzug angebracht. Ob aber der Magistrat sich selbst bestrafe hat, wissen wir nicht. Aber für den Spott braucht der Magistrat ohne Patrone nicht zu sorgen.

Dresden. Die Wahl von 16 Mitgliedervertretern und Erbärmänner zur Generalversammlung der Krankenkasse der Fuhrerrennung zu Dresden stand in Helbig's Gläubigerstall. Wie alljährlich, hatte der von der Innung bestimmte Wahl-Ausschuß eine Liste aufgestellt und darauf Gedächtnis genommen, daß unter den aufgestellten Kandidaten sich kein organisierte Kutscher befand. Einer war aber trotz allem diesen Herren durch die Finger gerutscht. Selbstverständlich hatte die Organisation ebenfalls eine Liste aufgestellt. Beim Auszählern der Stimmen zeigte sich, daß die auf der Liste des Zentralverbands der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter befindlichen organisierten Vertreter und Erbärmänner gewählt waren und machten die Realitäten schrecklich lange Gesichter.

Belustigen muß man allerdings die grenzenlose Interessentengattung unserer Kollegen. Wie die Fuhrerrennung auf telefonische Anfrage selbst mitteilt, sind bei der Krankenkasse der Fuhrerrennung zu Dresden ca. 1900 Mitglieder verstreut. Demnach haben also noch nicht einmal 10 per. der Mitglieder von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht.

Frankfurt a. M. Eine systematische Hebe gegen unsere Kollegen wird von einer gewissen Seite seit längerer Zeit betrieben. So lesen wir von Zeit zu Zeit in den höchsten bürgerlichen Zeitungen, vornehmlich "Neue Presse" und "Sonne", Eingefäß, die über das Peitschenhüttchen schwatzen und die Polizei aufrufen, energischere Maßnahmen zu treffen. Wir haben uns in schon verschiedene male im höchsten Parisergericht dagegen gewandt, so zuletzt erst am 11. 10. 1904, und mit dem Erfolg, daß die Sache eine zeltlang ruhe. Zeit jedoch neues höheres Gefühl aufgefahren und sogar ein Mas-

licher Gegner des Peitschenkultus" der alte Philosoph Schopenhauer galt. In der "Sonne" Nr. 5 ist folgendes zu lesen:

"Ein klassischer Gegner des Peitschenkultus. Man hat das Knallen mit der Peitsche befriedet, weil der Fuhrmann dadurch zum unzähligen Schlagen seiner Tiere verleitet werde, weil die Knallerei eine Qual für das Publikum ist. Und da sei dem daraus erinnert, daß sein geringerer als der Philosoph Schopenhauer ein erbitterter Gegner des Peitschenkultus war und zwar auch vom tierfreundlichen Standpunkte aus. Er schreibt nämlich in Farerga und Paralipomena, 2. Bd., Kap. 30: „Dieses vermaledeite Peitschenkultus ist nicht nur unnötig, sondern sogar unrent. Die durch dasselbe beabsichtigte Wirkung auf die Pferde ist nämlich durch die Gewohnheit, welche der unablässige Mißbrauch der Sache herbeigeführt hat, ganz abgesumpft und bleibt aus. Sie beschleunigen ihren Schritt nicht danach, wie besonders an leeren und Kunden suchenden Tälern, die – im langsamsten Schritte fahrend – unauffällig fließen, zu sehen ist. Angenommen aber, daß es unmöglich wäre, die Pferde durch den Schall beständig an die Gegenwart der Peitsche zu erinnern, so würde dazu ein hundertmal schwächer Schall ausreichen, als bekanntlich die Tiere sogar auf die leisesten, ja auf kaum merkbare (hörbare wie sichtbare) achteten. Die Sache stellt demnach sich eben dar als reiner Muthwillen, so wenn ein Herr, der, mit ledigen Wohrschlägen oder auf einem leisen Rüttengauze reitend, mit einer klapperlangen Peitsche aus Leibestrassen unanständig sticht, oder ein Fuhrmeister, der allein und ohne Pferde geht, rein auf Gewohnheit knallt."

Es ist wohl selbstverständlich, daß wir das Knallen an sich nicht in Sicht nehmen, sondern dasselbe ebenfalls verurteilen, zudem da in dem lebigen sog. „neuen Zeitalter“ die Leute seltener werden, die in dem Peitschenkultus einen Stolz Poste sehen. Aber gegen die Mittel zur Bekämpfung derselben wenden wir uns. Nicht Straverordnungen können hier helfen, nein – bringt Bildung unter jene Leute. Ihr Herren, die die Herren Schopenhauer so eifrig studiert – handelt nach ihm: macht den Menschen zum Menschen. Bis jetzt führen der große Tell jener Berufskollegen sehr menschenwidriges Dasein. Wenn es noch Betriebe gibt, bei denen Pferde und Fuhrmeister (allein diese Bezeichnung ist schon ein Stil Kulturgeschichte) zusammen im Stall sämpfern, kann man auch nicht verlangen, daß lehtere auf die Herzen ihrer Mitmenschen bedacht sind.

Wie lies verachtet unsere Berufskollegen, die Fuhrleute, von einzelnen, leider maßgebenden Persönlichkeit werden und wie wenig diese Leute den Beruf des Transportarbeiters kennen, beweise die erste Stadtverordnetenversammlung im neuen Jahr. Es war nämlich von dem Stadtverordneten Herrn Welt (nicht) der Antrag auf Errichtung öffentlicher Schlafabode gestellt worden; gewiß ein sehr vernünftiger Antrag, den jede Großstadt schon längst verwirklicht haben müßte. Trotzdem gibt es noch Leute, die das nicht begreifen können. So leben wir's. V. in dem Verlust:

Herr Hof schickte sich den beiden Vorrednern an und meint nun, die Fuhrunternehmer seien sicher nicht damit einverstanden, daß ihre Leute auf Städten und privaten Grundstücken ohne Genehmigung Schlaf absöden; die Fuhrleute seien ganz allein für diese Ungehörigkeit verantwortlich zu machen. Der Magistrat willte unbedingt was tun; es sei wiederholt bei dem Schuhladen zu Messerstempf zwischen Fuhrmännern und Wächtern gekommen."

Wir wissen nun nicht, ob es böser Wille oder totale Unkenntnis des Herrn Stadtverordneten Hof ist – eines steht fest, daß die Verhältnisse gerade umgekehrt sind. In Bockenheim und Bornheim, dem Stammland des Hauses Hirschfels, lämmert sich sein Unternehmer darum, wo der Fuhrmann den Schuh hinträgt, nur um das eine, daß dies stets schnell geschah, daß recht viele Fuhrmen zusammengekauert werden, Kräfte ein „Stech“, wohin er den Schuh haben soll, so lautet die Antwort: „Doch damit zum Teufel! Ich kann darüber nicht.“ Und das Ende vom Ende ist, daß der Kollege die „Reich“ kriegt, d. h. er wird entlassen, weil er nicht zum Fuhrmann taugt. Wer bezahlt denn die vielen Strafzettel, die die Kollegen allein wegen diesen Delikts erhalten? Vielleicht die Herren Unternehmer? Ganz gefehlt nicht, sondern die „Schlechte“ selbst – da wird Samstags abend ein ordentlicher hinter die Blinde gegossen und am Sonntag verdient man sich als Extrarangulier auf dem „Klopfplatz“ drei Pfund.

So liegen die Zustände. Leider lies kaum – aber desto wahrer. Ein Kulturbild im Jahre des Heils 1905, an dem einsam und allein nur das Unternehmertum die Schuld trägt.

Leipzig. Eine derjenigen Speditionsfirmen, welche in der Behandlungswweise ihrer Geschäftsführer ebensoviel zu wünschen übrig lassen, als in der Lohnzahlung, ist die Firma J. v. Schöner, Speditions- und Kohlengeschäft. Großartiges in der Behandlungswweise leistet der Herr Inspektor Arnold; der Herr war einstmals Wagnsmüller bei einem Reiterregiment. Ganz 17 M. Wochenlöhne und auch noch darüber wird den Autoköpfen, mit ganz wenigen Ausnahmen, gezahlt. Und dabei müssen sie sich auch noch gefallen lassen, daß ihnen pro Woche 1 M. als Rauten abgezogen wird. Die Arbeitszeit beginnt früh 5 Uhr und endet oftmals erst abends gegen 9 Uhr. Auch Nachtdienst gibt es, da die Firma das Zeitungspapier für die Neuesten Nachrichten führt, wie auch die Zeitungen in die einzelnen Filialen. Für diese Tätigkeit erhält der Autokopf für 5–6 Stunden, welche diese Arbeit erfordert, ganze 1 M. Nur kurze Zeit auf Autokopf arbeitet, dann muß er seine Tagessarbeit beginnen.

Eine Aenderung des Systems, wie es bei der Firma besteht, scheint dringend geboten. Schon vor einigen Jahren verhandeln die Geschäftsführer dieses Fach durch eine Arbeitsaufstellung erträglichste zu machen. Leider gelang es nicht. Da die Aufslader, und wohl auch Bodenarbeiter bereit waren, die Stellen der Streßenden zu besetzen, so schickte damals das Vorgehen. Es wird nun

an den Arbeitern liegen, wenn sie etwas erreichen wollen sich vorzeitig einzurichten und vorzuarbeiten. Dazu gehört vor allen Dingen, sich zu organisieren, damit durch gemeinsames, zielbewußtes Handeln dafür gesorgt wird, daß die zu unternehmenden Schritte von Erfolg sind.

Leipzig. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Speditionstrm Berger u. Böckel verblieben der Besitzlichkeit einmal unterbreitet zu werden. Neben einer Arbeitszeit von morgens 6½ Uhr, im Winter um 6, bis abends 8, auch 9 Uhr, wird der horrende Wochenlohn von 19 M. gezeigt, wovon noch die gesetzlichen Beiträge zur Kranken- und Altersversicherung in Abzug gebracht werden. Bei diesem Hungerlohn sind die Arbeiter einer Behandlung ausgesetzt, die aller Beschreibung spottet, ganz besonders ist sich hierbei der Hausmeister stolz, herbor, indem derselbe, man sollte es kaum für möglich halten, einen erwachsenen Arbeiter mit Oxfetzen traktierte. Als der geschlagene Arbeiter den Hausmeister gerüttelt belogen wollte, wurde dieses von dem Firmeninhaber Herrn Urke in der Weise durchkreuzt, daß er dem Arbeiter erklärte, wenn er die Stage nicht zurückziehe, sei er entlassen. Daraus geht hervor, daß in diesem Gefüge die Polenträger, welche um die Arbeit einen großen Bogen machen, in ganz besonderem Aufsehen stehen. Eine Aufgabe erlauben wir uns, was würde denn Herr Urke machen, wenn ihm vom Hausmeister stolz eine anständige „Tracht Prügel“ gratis verabreicht würde? Ob in diesem Fall Herr Urke ebenso handelt, wie er es von seinem Arbeiter verlangt, wagen wir zu beweisen. Auch durfte es absolut nichts schaden, wenn der Schirmmeister über sich den Arbeitern gegenüber einer anständigeren Behandlung befiehlt.

Herr Urke gehört auch zu den sogenannten Unternehmern, trotzdem schämt sich derselbe nicht, wenige Tage vor Weihnachten Arbeiter deshalb auf das Straßenhäusler zu setzen, weil sie organisiert sind, und dabei gehört dieses Muster von Unternehmern selbst dem Verein der Leipziger Spediteure an. Bei einem Vorfall folgten sieben Stadtmilizbataillon ein, wodurch es denselben unendlich war, rechtzeitig im Geschäft zu erscheinen; dieses war für den sogenannten Herrn Unternehmer Grund zur sofortigen Entlassung. Wie mag dem Arbeiter zu Mutu sein, wenn die Weihnachtsfeier Friede auf Erdn verhindern und überall Tod und Elend bei ihm anstreifen ist? Die Heulerjährlinge es nicht, sparen sie doch dadurch die sogenannten Weihnachtsgratifikationen.

Wenn der Unternehmer Urke sich erlaubt, organisierte Arbeiter als Aufseher zu bezeichnen, so wollen wir nur betonen, daß das Leben in dem Betrieb von Berger u. Böckel vollständig überflüssig ist, weil die befehlenden Befehle in dieser „Knechtmühle“ dasselbe in prächtigster Weise befolgen und die Arbeiter zur Beweinung treiben.

Mögen sich die Kollegen immer mehr um die Fabrik der Organisation scheren, dann werden auch die Bäume der Unternehmer nicht in den Himmel wachsen.

Auch das Fuhrunternehmer Krauels, Neudorf, Luchenstraße, beweis seine „Christenpflicht“ in prächtigster Weise dadurch, daß er seinen Kutscher am Weihnachtstag auf das Straßenhäusler setzte.

Lindenwald. Ein recht christlicher Arbeitgeber scheint der uns bereits bekannte Spediteur Spühl zu sein. Einem feiner Kutscher war ein Kind gestorben und daß der Kollege um einen halben Tag Urlaub, um das Kind beerdigen zu können, aber da kam er erneut. Das Herr Spühl fragt ihn, warum er das Kind nicht am Sonntag beerdigte hätte, und als der Kutscher erwiderte, daß das nicht angeängt war, erklärte der Herr: „Na, es ist doch jeder froh, wenn er seine Föhren aus dem Hause los ist!“

Kommentar hierzu ist wohl überflüssig.

Poissam. In Betrieb des Fuhrunternehmers Schmidbörß herrschten wirklich nicht die besten Arbeitsverhältnisse. Vor allem hat der Lohn, den befagter Herr seinen Autoköpfen gibt, ein lämmliches Aussehen. Des Nachts müssen die Leute in einem Keller hausen, wo kein Tageslicht und recht wenig Luft Eingang findet. Dafür läuft das Wasser an den Wänden herunter. Das Fenster zu diesem Raum ist von einem Sandhaufen verdeckt. Das Lager der Kutscher besteht aus Strohhaufen zweihälftigen Alters, die Pferde deckt soll vor Kälte schützen, wenn sie auch manchmal ein blöckchen durchdrückt ist. Ein Kopftisch ist wohl vorhanden, auf die Karre seines Besitzes ist ein unbestimmbares Grauen. Ein an Kehlkopfschwund leidender Kutscher hat darauf sein Leben ausgekämpft, aber einen frischen Regen hat es nicht gegeben. Die Leiter zum Heuboden ist nicht nur zu kurz, sondern auch vor Alter schwäche morsch. Das Geländer an der Rampe ist ausgeschaut. Der Fußboden erweckt die Befürchtung, daß man eines schönen Tages durchfällt. Die Kutscher müssen nebst ihrem Dienst auch als Pferdeenträger fungieren, zu welchem Zwecke sie eine talrutschige Verlebhung stets im Vorlaufen vorrätig haben. Bei allen diesen Schönheiten und einer nicht immer zu kurzen Arbeitszeit gibt es einen Wochenlohn von 9, Tage neun deutschen Reichsmark. Es ist Zeit, daß Betriebsgenossenschaft und Verbrüderung sich mal um diesen Betrieb bemühen.

Stuttgart. Fuhrmanns-Ritito. Heute morgen geriet ein auswärtiger Viehfahrer unter seinen beladenen Wagen und wurde schwer verletzt in das Spital verbracht. Gestern abend wurde ein Fuhrmann an der Böschung bei der Rohrbohrstraße mit einer Verlegung am Kopf behilflos aufgefunden, so daß seine Verbringung in ein Spital nötig war. – So ähnlich meldet der Polizeibericht in kolonischer Kürze, denn Unglücksfälle im Transportbetriebe sind etwas alltägliches.

Der erste Fall betrifft einen bei seinen Kollegen beliebten jungen Fuhrer aus Waiblingen a. N. Vor Tagesanbruch verließ er seine Familie, seine Frau hat ihm wohl noch vor dem Wegfahren ein kleines Frühstück bereitet, das einzige Kind, die Freude das Vaters, schlief noch lange. Sie sollten den Gatten und Vater nicht mehr leben, wiederschein, solche Nacht noch erlag er seinen Verlebungen, der Wagen war ihm über den Leib gegangen.

Beim zweiten Fall handelt es sich um einen 32-jährigen Kollegen, ein treues Verbandsmitglied. Der Ver-

dienst ist knapp, mit 50 Pf. ließ er sich von seiner Frau beim Weggang geben, da er mittags nicht heimkommen kann. Sie müssen sparen, damit man wenigstens dem Kinde eine kleine Weihnachtsgeschenk machen kann. Die Bläue für die Weihnachtsgeschenke sind gemacht. Da kommt die Kunde an die Frau, daß ihr Mann im Spital liegt. Nun noch einige Worte kann sie mit ihm reden, dann ist es aus. – Die jungen Scheunen-Pferde haben ihn vom Wagen geschleudert, er fiel über die Böschung hinab auf die Eisenbahnschienen. Ein kleines Loch hatte er an der Stirne. An den Fingern der linken Hand hingen die Finger eingeschnitten, so seit hatte er diese gehalten. Nun hat sie ihm der Tod entrissen.

Ob sich der Arbeitgeber des Kollegen Kühl wohl Gedanken über den Tod eines seiner Arbeiter gemacht hat? Ob es ihm nicht aufgefallen ist, daß dies seit Jahren fast schon der zweite Fuhrer Unglücksfall in seinem Betriebe ist? Und wird er sich Vorwürfe gemacht haben, daß er seinen Leuten oft seine schlechte Laune entgegen läßt und sie manchmal eigentlich nicht wie Menschen behandelt? – Wir beschwören es.

Stuttgart. Ueber eine mysteriöse Blechstahlsgeschichte wird uns aus Kutscherkreisen berichtet, und erhebt uns der Sachverhalt so ungeheuerlich, daß wir ihn vorläufig nur andeutungsweise wiedergeben wollen.

Den Kutschern eines Kutschereien in der Oberstraße kamen des öfteren Pferdeketten vom Wagen oder vom Pferden weg abhanden. Auch wenn nur eine Decke gestohlen war, so man ihnen welche ab, wobei ihnen freigestellt war, die verbrechende eine beliebig zu verbauen. Das war für die armen Teufel dummi, und doch wußte trotz aller Vorsicht der geheimnisvolle Dieb in einer schönen Nacht vor dem Herzog Christian Vereinshaus wieder. Als der Kutscher nach kurzem Aufstehen zurückkam, war eine Decke verschwunden. Was 34 M. sollte der Kutscherblecken, doch ging dem die Sache nicht recht ein. Er batte nämlich die gute Idee, die Decke müsse sich im Hause des Brühzials befinden. So überlebte er denn das Haus vom Keller bis zum Dachboden aus und richtig – nach einigen Tagen findet der Glücksdieb die gestohlene Decke unter Vater Dag in einer Kiste versteckt!

Eine Kutschereibesitzerfrau soll erzählt haben, daß es nur eine Probe gewesen sei, um zu sehen, ob die Kutscher auch wirklich auf ihre Sachen aufpassen.

Der Lohn nach 29 Jahren. Wie es mit der Humanität unserer Arbeitgeber besteht ist, dafür lieferte die Firma P. v. M. Hoffmeister in Stuttgart, einen interessanten Bericht. Ein Güterbodenarbeiter, der schon dem Vater des lebigen Inhabers und dessen Vorgänger seine Arbeitskraft gestellt hatte, verunglückte im Betrieb dadurch, daß ihm beim Verladen eines Herdes ein Fuß querwinkel gebrochen wurde. Trotzdem im Betriebe über 200 Pferde stehen, mußte sich der Verlehrte mit einem Arzte beschäftigen, und heute ist der Arbeiter invalide, was stößlich jedem passieren kann, der sich im Dienste des Kapitals ausobnet. Das hararterliche an der Sache ist nun, daß erstens der Unfall seitens der Betriebsleitung gar nicht angezeigt wurde und zweitens von dem Herrn Schwager es scheintbar gar nicht genug gelesen wird, daß der Verlehrte überhaupt nur eine paar Pfennige Rente erhielt. Nach der neuesten Feststellung will die Fuhrwerksgenossenschaft eine Rente von 15 Pf. gleich 7,80 Mark monatlich bezahlen, da der Verlehrte imstande sei, nach leichter Arbeit (Fahren ic!!!) zu verkehren. Da man mit 25 Pf. pro Tag in Stuttgart nicht gut leben kann, wandte sich der Arbeiter im Glauben an die Humanität des Brühzials an diesen um Weiterverwendung im Geschäft. Nach mehrmaligen Anfragen wurde ihm endlich per Postkarte die Mitteilung gemacht, daß man keine Verwendung für ihn habe. In einem Betrieb mit 300 Arbeitern keine Verbindung für einen Arbeiter, der 29 Jahre gut war! – Und der Grund? – Der Alte hat auch einen Sohn, dessen Knochen noch gesund und kräftig sind. Dieser verlässt seine Arbeitsstätte dort, wo sie ihm besser bezahlt wird als bei Herrn P. v. M. und weil der Sohn nicht bald umsonst im gleichen Geschäft arbeitet, deshalb kann man nach 29 jähriger Tätigkeit auch den Vater nicht mehr brauchen. Gewiß human?

Waiblingen. Die vorletzte Nummer des "Courier" brachte die Mitteilung, daß hier eine neue Zahlstelle eröffnet wurde. Dies ist nun, oberflächlich betrachtet, kein besonderes Ereignis, erfüllt aber doch mit einer gewissen Bedeutung, wenn man in Betracht zieht, daß man es hier mit einem Städtebau zu tun hat, das einen überwiegend ländlichen Charakter trägt, solche das gewerbsmäßige Leben erst im Einfließen begriffen ist. Es deutet dafür, daß, wenn die Organisationsarbeit richtig eingestellt und intensiv betrieben wird, auch die Kollegen auf dem Lande der Organisation zugänglich und für unsere Sache gewonnen werden können. An den hübschen Kollegen selber liegt es nun, alle Organisationsfähigen Kollegen dem Verbande anzuhängen, um zu einer Macht anzuwachsen die geeignet ist, Übergriffe der Unternehmer wirksam entgegenzutreten und die Arbeitsverhältnisse nach Möglichkeit zu bessern und zu heben. Vor einigen Monaten eröffnete ein Arzt in der "Schwab-Tageszeit", worin unter anderem auch die Handlungswweise eines hübschen Ziegelsebeschlers einer scharfen Kritik unterzogen wurde. Er hat nun, wie es scheint, sich der Wahrheit dieses Artikels nicht verschlehen können und ist eisernehrüberhaupt zur Abstellung der größten Wohlstände geschritten. Dagegen scheint sein Ausseher, Engels, ist sein Name, diesen Artikel nicht verteidigen zu können, er kündigt die Leute bei jeder Gelegenheit und belehrt sie mit Namen, die seinem Aufsehen mehr schaden als nützen. Wir hoffen, daß die Zellen dazu beitragen, daß sich E. erinnert, daß auch die hübsche Menschen sind und als solche auch behandelt werden sollen, genauso es aber nicht, dann werden wir das nächste mal deutlicher.

Wittenberge. Daß die Organisation einen Wert hat, haben im alten Jahre zwei Kollegen hier selbst recht deutlich erfahren. Der Kollege Mittmiller hatte einen Zusammenschluß mit dem Automobil des Herrn v. Saltern mit noch einem Herrn Sch-

bestand. In rasender Geschwindigkeit kam das Auto an, gerast und unser Kollege hatte nicht mehr die Gelegenheit, aus welchen zu kommen, da auch er sich in etwas schnellem Tempo mit seinem Fuhrwerk befand. Für diesen Zusammenstoß nun sollte R. 15 Mark Geldstrafe zahlen, während der Herr v. S. vollständig frei ausging. Unser Kollege R. beantragte gegen diesen Strafsochse gerichtliche Entscheidung; in der Verhandlung wurde festgestellt, daß den R. keine Schuld zuzumessen sei, jedoch hätte er langsamer fahren sollen und nicht trab. Hierfür sei eine Strafe in Höhe von 3 M. am Blase.

Der andere Fall ist folgender: Kollege Krüger war bei dem Arbeitgeber Dahlow beschäftigt, plötzlich wurde er ohne jeglichen Grund entlassen. Es wurde auch hier der Klageweg beschritten und der Unternehmer Dahlow mußte den Kollegen Krüger 14 Tage Lohn zahlen und sämtliche Unkosten tragen.

Aus beiden Fällen ersieht man, wie notwendig es ist, daß endlich in Wittenberg unsere Organisation festen Fuß gesetzt hat; in beiden angeführten Fällen war es nur der Organisation zu danken, daß die Kollegen zu ihrem Rechte gekommen sind. Für die noch fernstehenden Kollegen mag es eine Mahnung sein, sich ebenfalls so bald wie möglich der Organisation anzuschließen.

Unfallversicherung im Handelsgewerbe.

Das Gelverbeunfallversicherungsgesetz vom 20. Juni 1900 enthält im § 1 folgende Bestimmung: Alle Arbeiter und Betriebsbeamte, leichtere sowohl ihr Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 3000 M. nicht übersteigt, werden nach Maßgabe dieses Gesetzes gegen die Folgen der bei dem Betriebe sich ereignenden Unfälle versichert, wenn sie beschäftigt sind: ... 7. in Lagerungs-, Holzhäusern oder der Beförderung von Personen oder Gütern durch den Betrieb, wenn sie mit einem Handelsgewerbe, dessen Inhaber im Handelsregister eingetragen steht, verbunden sind.

Die Handelskammer zu Magdeburg tritt in einer am 21. Dezember an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe gerichteten Einsprache dafür ein, daß die Detailschuldsatzung, die nach der vorstehenden Bestimmung hinsichtlich eines mit ihnen verbundenen Lagerungsbetriebes verschaffungspflichtig sind, in ihrem ganzen Umfang der Versicherungspflicht unterworfen würden. In der Einsprache heißt es:

„Die Ausleitung über die Grundlagen der Versicherung bei der Lagerei-Berufsgenossenschaft sagt über die Versicherungspflicht folgendes: „Nach den Entschließungen des Reichsversicherungsamts ist die Versicherungspflicht begründet, wenn mindestens 100 Arbeitsstage im Jahr auf Lagerarbeiten ... entfallen.“ Zu den Lagerarbeiten werden gerechnet: Auf- und Abladen von Waren; Auspacken von Kisten und Ballen; Verbringen der Waren in und aus den Räumen; Verpacken der gefassten Waren; Umpacken, Sortieren, Aussortieren der Waren; Umgang mit Waren bei der Inventarlierung; sonstige Behandlung der Waren, welche lediglich zu dem Zweck erfolgt, sie in verkaufsfähigen Zustand zu bringen oder sie darin zu erhalten; Aufräumen und Reinigen der Räume. Endlich auch die Beaufsichtigung aller dieser Arbeiten. — Gleichgültig ist, ob diese Arbeiten in den eigentlichen Lagerräumen oder in dem Boden stattfinden. Indessen ist zu bemerken, daß die im Detailschuldbetrieb stattfindenden Verrichtungen dann als nicht die Versicherungspflicht begründend anzusehen sind, wenn sie sich als Teil der rein laufmännischen Tätigkeit eines Angestellten darstellen. — Als der rein laufmännische Teil des Betriebes ist das Kontor, die Kasse, die Reitfähigkeiten und der Detailschuldbetrieb anzusehen.“

Der Versicherungspflicht entspricht das Recht auf Bezug einer Rente. Söcht also einem Angestellten bei seiner Arbeit ein Unfall, so gewährt die Lagerei-Berufsgenossenschaft nur dann eine Rente, wenn der Unfall nachweislich durch den Lagerungsbetrieb herbeigeführt wurde. Oft ist es aber geradezu unmöglich, eine genaue Abgrenzung zwischen dem versicherten Lagerbetrieb und dem unversicherten laufmännischen Betrieb aufzufinden. Dies gilt namentlich bei kleineren Betriebsbetrieben, die nicht durchgeführt Arbeitsstellung, wo nicht nur bei den derselben Angestellten versicherte und nicht versicherte Arbeiten fortgesetzt werden, sondern auch die gleichen Arbeiten je nach dem Zweck, dem sie dienen, bald versicherungspflichtig, bald nicht versicherungspflichtig sind. Die Geschäftsinhaber, die für ihre Angestellten zu den Läufen der Lagerei-Berufsgenossenschaft beauftragt berichtet sind, scheinen sich sonst, um für alle in ihrem Betriebe vor kommenden Unfälle gedeckt zu sein, zurzeit gezwungen, private Versicherungen mit in Anspruch zu nehmen. Dieser Zwang zur zweiseitigen Versicherung des Angestellten sollte unseres Erachtens beseitigt werden. Soweit sich Unfälle im Geschäftsbetrieb ereignen, muß es möglich sein, sich auch nur an eine Versicherung zu halten. Soll dieses Ziel erreicht werden, so empfiehlt es sich, die Versicherungspflicht auf alle Detailschuldbetriebe auszudehnen, soweit sie überhaupt mit einem Lagerungsbetrieb verbunden sind.

Euer Exzellenz geneigtem Bescheid, ob auf eine solche Änderung des Gesetzes in absehbarer Zeit gerechnet werden kann und welche Maßnahmen sich empfehlen dürften, um die Erfüllung der in den vorstehenden Ausführungen niedergelegten Wünsche anzustreben, seien wir gleichsam entgegen.“

Wir können uns dem Vorgehen der Magdeburger Handelskammer nur anschließen. Der gegenwärtige Zustand in der Versicherung der Handelsarbeiterchaft ist tatsächlich ein unhaltbares. Darauf haben wir schon bei Schaffung der Nobile zum Unfallversicherungsgesetz mit allem Nachdruck hingewiesen. Leider dancals ohne Erfolg. Es warten zu jener Zeit gerade die Handelskammern, die sich mit aller ihrer nicht geringen Macht gegen die Ausdehnung der Unfallversicherung auf das gesamte

Handelsgewerbe wandten. Später kommt Ihnen die Erleichterung, die bessere Erkenntnis, aber sie kommt. Die Arbeitnehmer haben sich auch auf diesem Gebiete weitgehender erweitert als die berufenen Vertreter der Unternehmer. Jetzt gilt es, eine energische Propaganda zu entfalten, um dem unfehlbaren Zustande auf geschicktem Wege baldig abzuheben.

Gesetzliche und Mitglieder-Versammlungen.

Bant. Unsere Mitgliederversammlung war nur von 50–60 Mitgliedern besucht; es ist zu bedauern, daß die Kollegen nicht mehr Interesse an der Sache haben und nicht besser die Vergangenheiten beurteilen, trotzdem sie wünschen, daß in der ersten Versammlung im neuen Jahre die Ortsverwaltung neu gewählt wird.

Als 1. Vorsitzender wurde Kollege Beubler, als 2. Vorsitzender Kollege Mammen, als 1. Kassierer Kollege Neumann, als 2. Kassierer Kollege Winkelohr, als 1. Schriftführer Kollege v. Wahnen, als 2. Schriftführer Kollege Cornelius Janzen, als Bevollmächtigter die Kollegen Vogelsang, Grünbogen und Nagel und als Reiseposten die Kollegen Collissen, Mehrlings und Menne gewählt. Das Vergnügungskomitee zur Weihnachtsfeier wurde gewählt, weil es seine Pflicht und Schuldigkeit nicht getan hatte.

Hauptähnlich wurde Kollege Collissen, welcher Obmann vom Vergnügungskomitee gewählt ist, gewählt, weil er die Tanzbänder, welche ihm vom Kassierer stellte, soviel übergeben worden waren, nicht benötigt, sondern sie eigenmächtig Tanzbänder von zu Hause mitgebracht hatte und die dann verkaufte, so daß das Komitee und die Ortsverwaltung nicht wußte, wie viel Tanzbänder dageliefert sind.

Hoffentlich werden die betreffenden Kollegen, welche fast nie in der Versammlung erscheinen, von jetzt an besser ihre Pflicht tun und öfters die Versammlungen besuchen wie bisher.

Brake in Oldenburg. Das Versammlungstalor befindet sich bei Brake, Kasselbahn.

Jena. Am 8. Dezember, abends 9 Uhr, fand eine gut besuchte öffentliche Versammlung statt, in welcher der Hauptkassierer das Referat übernommen hatte. Das Thema lautete: Wie erreichen wir eine Besserstellung in unserem Berufe? Der Referent schilderte in eingehender Weise die Verhältnisse von früher und jetzt und wie eine Besserung zu erreichen sei, er schätzte auch die vielen Unglücksfälle, welche in unserm Berufe vorkommen, welche hauptsächlich durch die überlange Arbeitszeit entstehen, diese Missstände können nur durch engeren Zusammenschluß beseitigt werden. Am Schluss seines Vortrages erinnerte Redner reizigen Weise. Der Kollege Vogel fordert nun die Anwesenden auf, sich rechtzeitig an der Diskussion zu beteiligen, es melde sich aber niemand zum Wort. Hierauf ließen sich 7 Kollegen in den Verband aufnehmen.

Sangerhausen. In der am 5. Dezember stattgefundenen öffentlichen Versammlung, welche leider schwach besucht war, sprach ein Kollege aus Berlin über das Thema: „Wodurch erreichen wir eine Besserstellung in unserem Berufe?“ Redner schilderte eingehend die überaus starken Verhältnisse der Kaufleute und Geschäftsführer von Sangerhausen, daß bei einer 16–18 stündigen Arbeitszeit 8000 von 12–14 M. pro Woche gezahlt würden. Eine so überaus lange Arbeitszeit würde auf den Gesundheitszustand des Körpers gefährlich föhren. Die wenigen Stunden, die den Kaufleuten und Geschäftsführern nach Feierabend zur Ruhe und Erholung ihres Körpers vergönnt seien, müßten dieselben in ihren ungewöhnlichen Wohnung verbringen, da sie infolge ihrer geringen Einkommen keine besseren Wohnungen mieten könnten. Redner schilderte auch die traumlosen Nächte in biesiger Altstadt-Matzfabrik. Daß Arbeiter pro Woche bei seben Schichten zu 12 Stunden 17,50 Mark verdienten, sei geradezu ein Hohn. Nur durch eine starke Organisation sei es möglich, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen.

In der hierauf folgenden Diskussion rügten ein Kollege und mehrere organisierte Brauereiarbeiter das indifferente Verhalten der Käufle und Brauereiarbeiter der Hirschfelder Brauerei. Nach einem kräftigen Schlußwort des Referenten schloß der Vorsitzende die Versammlung. Fünf Kollegen traten dem Verband bei.

Stralsund. Generalversammlung am 18. Dezember. Die Wahl zur Vorverwaltung ergab: Koll. Born, Bevollmächtigter; Dr. v. 2. Bevollmächtigter; Brose, Kassierer; Gagern, Schriftführer; Rektoren Schwärn und Tesdorff. Delegierte zum Gewerkschaftsrat: Born, Genzen und Glauke; Stellvertreter Mischnowitz und Buch. Dann wurden die Arbeitsverhältnisse bei den bestellten Spezialisten einer verdienten Kritik unterzogen. Bei einer Zeit von morgens 4½ Uhr bis abends 9 auch 10 Uhr erhalten die Kollegen einen sämmerlichen Wochenlohn von 18 M. Paulen gibt es mit Ausnahme einer Stunde Mittag gar nicht. Die Sonntagsarbeit ist noch sehr im Schwunge. Auch um die Arbeitzeit kümmern sich die Unternehmer nicht. Die Polizei scheint es aber nicht zu sehen. Da wird also die Organisation Remetur schaffen müssen. Also hinein in den Verband.

Briefkasten.

W. Berlin. Die Wohntaten des Warenhauses A. Wertheim werden wir in nächster Nummer einer eingehenden Betrachtung unterziehen.

An die Schriftführer! Wir bitten wiederholt und dringend, Manuskripte nur auf einer Seite zu beschreiben. Zwischen den Zeilen und am Rande ist ein mindestens fingerbreiter freier Raum zu lassen, damit die notwendigen Korrekturen erfolgen können. D. R.

Schw. Bremerhaven. Swain ist momentan nur vergriffen, wird bei Ereignissen nachgeliefert.

Quittung.

Von der Verwaltungsstelle Spandau 4 M. für die ausgesparten Mülltücher habe erhalten.

Berlin, 9. Januar 1905.

E. Nahler,
Hauptkassierer.

Mitteilungen des Zentral-Vorstandes.

Das Mitglied Arns, Haupt-Nr. 58813, zu Elrich a. H. ist auf Grund des § 8 Absatz 7 aus dem Verbande ausgeschlossen worden.

Das Mitglied Ernst Wille, Haupt-Nr. 62812, zu Lüdenscheid ist von dort unter Mitnahme von Wohnbeitrag und Lokalfonds-Marken abgetreten. Wir bitten seinen jeweiligen Aufenthalt dem Untergeschulden mitzuteilen.

Das Mitgliedsbuch des Kollegen Friedrich Vobach, Haupt-Nr. 66081, eingetreten in Leipzig, ist verloren gegangen. Dasselbe wird hierdurch für ungültig erklärt und ist im Falle event. Vorzüglich anzuhalten.

Mit kollegalem Gruß

Der Zentral-Vorstand.
J. A. Oswald Schumann, Berlin SO.,
Engel-Ufer 21, I.

N.B. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schrifträder sind an obige Adresse zu richten. Alle Gelder sind an den Hauptkassierer Kollegen Karl Rahler, Berlin SO., Engel-Ufer 21, einzusenden.

Die Ortsverwaltungen,
welche gedruckte Jahresberichte herausgeben, werden gebeten, im Verbandsinteresse je 200 Exemplare dieser der Expedition dieses Blattes zu übermitteln. Jeder Verwaltungsstelle des Verbandes wird dann unfehlbar mindestens je ein Exemplar dieser Berichte zugestellt werden.

Die Redaktion.

Das Jahresverzeichnis
für den Jahrgang 1904 des "Courier" erscheint demnächst, wird aber den Lesern nur auf
ausdrückliche Bestellung hin geliefert.

Die Ortsverwaltungen werden gebeten, Bestellungen entgegenzunehmen und spätestens zum 24. Januar d. J. an die Expedition d. V. weiter zu geben. Spätere Bestellungen können keine Rückzugsmöglichkeit mehr finden.

Die Expedition des "Courier".

Achtung!

Die unterzeichnete Ortsverwaltung erucht den Kollegen Leo Höglund aus Detlef oder Bleiulf, geboren den 29. November 1878, eingetragen in Dortmund, in Bremervorwerk angemeldet am 22. 10. 1901, um Angabe seiner lebhaften Adresse. Auch die Kollegen, die von der Adresse des betreffenden unterrichtet sind, werden gebeten, dieselbe an Gust. Schröder, Bremervorwerk, Am Hafen 83, gelangen zu lassen.

Die Ortsverwaltung Bremervorwerk.

Charlottenburger Mitteilung.

Am Sonntag, den 15. Januar, nachm. 4 Uhr, findet das Grünwaldfest in den sämmerlichen Räumen des Volkshauses statt. Es wird gebeten, hierzu rege Agitation zu entfalten. Einles kosten 50 Pf. für Herren, 30 Pf. für Damen inkl. 10 Pf.

Zum 29. Januar, abends 7 Uhr, findet im selben Lokale unsere Generalsversammlung statt. Nach demselben gemäßiges Versammeln.

Freunde machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß das Bureau an Sonn- und Feiertagen geschlossen ist.

Die Ortsverwaltung, J. A. Gebert.

Droschtführer mit vollzähligem Fahrschein versehen, die Lust haben, Motordroschken zu fahren, können sich melden, aber nur vorm. von 8–10 Uhr, Mittelstr. 25, Konz. Dieselben können auch wo anders beschäftigt sein. Unterricht wird umsonst erteilt.

Sterbetafel des Verbandes.

Gestorben sind:

In Breslau der Kollege Karl Wuttke.
In Deuben die Kollegen Otto Walther, Martin Heiter und Walther, Mühlhäuser.
In Leipzig die Kollegen Karl Rich, Schechert, Max Thiele und Hermann Thiele.
In Magdeburg die Kollegen Rudolf Steiner und Herm. Häfe.
In Nürnberg die Kollegen J. Adelhardt und Paul Stief.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltungen.

Beratku. Redakteur u. Verleger: K. Brätsch, Hammelsburg.
Druck: Mauter u. Ohmid, Berlin, Engel-Ufer 11.

Das Wirtschaftsjahr 1904.

Die im Jahre 1903 eingetretene wirtschaftliche Besserung hat auch im Jahre 1904 angehalten, ja sogar noch eine weitere Steigerung erfahren, die umso überraschender ist, als seit dem Februar 1904 der Krieg zwischen Russland und Japan in Ostasien geführt wird, der im Wirtschaftsleben der beiden Staaten eine gewaltige Störung zur Folge hatte, die sich auch in ziemlich bedeutendem Maße auf den Weltmarkt fühlbar machte. Ruhelose Aufträge, die von den kriegsführenden Ländern der ausländischen Industrie erteilt worden waren und sichtbar werden, und manche Projekte mit neuen Aufträgen mussten aufgegeben werden. Davon wurde die deutsche Industrie, die in normaten Zeiten in starkem Verlehr mit Russland steht, selbstverständlich empfindlich betroffen. Wenn sie trotzdem einen neuen Aufschwung erlebte, so beweist dies, daß die Krisenjahre neue Bedürfnisse zutragen, die neue Beschäftigung schaffen. Zu verfehlten ist dabei aber nicht, daß die Prosperität eine blühendere sein würde, wenn der Krieg zwischen Russland und Japan nicht bestanden.

Die Fortdauer und weitere Steigerung der wirtschaftlichen Besserung befindet sich zunächst im Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt, das weit besser war als in früheren Jahren. Die sehr stärkeltretende milde Witterung begünstigte die an und für sich ziemlich lebhafte Baumfälligkeit in erheblichem Maße, wodurch eine gewisse Gehaltungskraft auf den Betriebsstücksgrad in anderen gewerblichen Betrieben ausgesetzt wurde. Im Vergelte sind insl. der Steinindustrie gegen 2½ Millionen Arbeiter beschäftigt und diese gewaltige Masse schafft dem Arbeitsmarkt günstige Anregung, die nicht nur auf die lokalen Gewerbe, sondern auch auf fernstehende Geschäftszweige in ähnlichem Sinne einwirkt.

Die Verschwendungs- und Reinigungsindustrie, ein großer Teil der Textilindustrie, sowie die Eisen- und Metallindustrie zeigten schon im Frühjahr eine sich mehr und mehr bemerkbar machende Besserung. Zu den Monaten Mai bis Juli trat zwar keine kräftige Weiterentwicklung des Arbeitsmarktes ein und die außergewöhnliche Trockenheit im Juli und August brachte für verschiedene Berufszweige sogar einen Niederschlag, dagegen zeigte die Metallindustrie deren Beschäftigungsgrad ja auf dem Gebiet des Wirtschaftslebens als mächtiger Faktor in Betracht kommt, im August und September weitere Besserung und um diese Zeit schien auch der niedrigste Stand im Buchdruck und Buchbindergewerbe, sowie in der Konfektionsindustrie überwunden. Gegen Ende des Jahres trat in einigen Industrien, vor allem im Kohlenbergbau eine Ab schwächung ein, andere Industrien verzögerten hierauf erhöhte Beschäftigung. Die auswärts steigende Tendenz des Beschäftigungsgrades zeigt sich auch in den Zahlen der Krankenfassen. Diese weisen gegen das Vorjahr eine erhebliche Steigerung der Mitgliederzahlen auf. Nach dem „Arbeitsarbeitsblatt“ stellt sich das Verhältnis wie folgt:

Monat	Zahl der Kassen	+ Zu oder — Abnahme der Mitglieder	
		bei versicherungspflichtigen männ. weib.	bei freiwilligen männ. weib.
Januar . . .	4506	-112885	+ 1989
Februar . . .	4405	+ 8091	+ 8408
März . . .	4508	+ 57490	+ 14885
April . . .	4483	+ 76588	+ 9258
Mai . . .	4405	+ 72819	+ 20804
Juni . . .	4500	+ 80700	+ 746
Juli . . .	4506	+ 8861	+ 9987
August . . .	4502	+ 6439	+ 7270
September . . .	4568	+ 11407	+ 3684
Oktober . . .	4570	+ 10541	+ 18929
November . . .	4565	- 12127	+ 18681

Der günstige Stand des Arbeitsmarktes kommt auch in den Arbeitslosenzählungen des Kass. stat. Amis zum Ausdruck.

Darnach entstehen am Beginn des 1. Quartals 429318 Mitgli. in 46 Fachverb. 10000 Arbeiter, = 2,29% 2. " 144712 " 48 8648 " = 1,99% 3. " 54723 " 48 10485 " = 1,99% 4. " 58992 " 48 11088 " = 1,89%

Die Auswärtsbewegung des deutschen Wirtschaftslebens läßt sich aber auch aus der Zunahme der Eisenbahnliniennetze sowohl aus dem Personen- als dem Güterverkehr, aus dem Anwachsen der Werkssempfängerzahlen, aus der Verminderung der Auswanderung, aus der Gründungstätigkeit, aus der Zunahme des Außenhandels usw. ersehen. Bei Beobachtung des deutschen Wirtschaftsgeschehens drängt sich nun zwar der Eindruck auf, daß, wenn auch die eigentliche Krise überwunden ist, doch das Geschäftszweig noch immer unter deren Nachwirkung zu stehen scheint. Dies bestätigen auch die Ziffern der vom Kass. stat. Amis herausgegebenen Nachweise über den auswärtsigen Handel. In den schnellen Auf- und Abteilungen dieser monatlichen Ziffern zeigt sich eine merkwürdige Schüttigkeit, die weniger den direkten Einfluß des ostasiatischen Krieges auf den internationalen Handelsverkehr zu entspringen scheint, als vielmehr ununterbrochenen Verhandlungen zwischen den beiden Kriegsparteien.

Auch dem Werk nach hat die Einfuhr mehr zugenommen als die Ausfuhr, ersterer stieg in den neun Monaten Januar bis September 1904, für welche Wertberechnungen

vorliegen, um 149, leichter nur um 65 Mill. Mark. Nach der mercantilistischen Lehre könnte in dieser Vergleichung der sogenannten passiven Handelsbilanz ein schlechtes Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands erzielt werden, in Wirklichkeit läßt sich eine solche Folgerung mit weniger ziehen, als daß die Einfuhrzunahme im wesentlichen durch den größeren Import von Rohstoffen verursacht wird, die, nachdem sie in Deutschland zu Halbfertigfabrikaten verarbeitet sind, als solche teilweise wieder zur Ausfuhr gelangen.

Ein Umstand, welcher aus das Wirtschaftsleben einen nicht unerheblichen Einfluß hat, ist der Aussall der Ernte. Nach der vorerst nur für Preußen vorliegenden Ernteschätzung betrug die Getreideernte 16 194 Tonnen und stellte damit nach 1903 mit 16 466 Tonnen die günstigste Getreideernte für die letzten fünf Jahre dar. Für 1902 stellten sich 16 095 Tonnen, für 1900 15 043 Tonnen und für 1901 13 918 Tonnen heraus. Dagegen waren 1904 Kartoffeln mit 24 655 Tausend Tonnen am schlechtesten geraten. Für diejenigen ländlichen Gegenden, in welchen die Spülwasserleitung und Straßenfassaden in umfangreichem Maße betrieben wird, ist der Aussall der Kartoffelernte von besonderer Wichtigkeit und bedeutet einen beachtenswerten Faktor im Wirtschaftsleben.

Handel und Industrie versorgen mit Besorgnis die Konzentrationen auf dem Gebiet des Bauholzes; die Vereinigung des immer mehr an Bedeutung gewinnenden Produktionsfaktors Kapital in einigen wenigen Händen versiegt das Abhangigkeitsgefühl der Kapitalbedürftigen immer mehr und hemmt und läßt manche Aktionen und Unternehmungen.

Besonders hervorgeholt ist im Jahre 1904 die immer weitere Verdichtung des deutschen Wirtschaftslebens ergriffene Tendenz zur Konzentration der Produktionsmittel. Bei richtiger Leitung, welche die Interessen der Einheimischen, die handelnden Erzeugnisse weiter verarbeitenden Gewerbe genügend berücksichtigt, kann die durch Konzentration erreichte Vereinfachung und Verbilligung des Produktionsprozesses nur zum Nutzen der gesamten Volkswirtschaft sein. Ob das überall eintreten wird, ist einer der großen offenen Fragen, die erst die fünfte Entwicklung der Dinge beantworten wird. Bis jetzt haben die Arbeiter wenig Verteile, dagegen aber eine Reihe Nachteile gehabt.

Die Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital waren, obwohl ohne Zweifel die wirtschaftliche Besserung des Jahres 1904 eine größere war als diejenige des Vorjahrs, weniger zahlreich, insbesondere fehlten die großen Aussperrungen, die 1903 in Berlin, Berlin, Bremen, Mannheim, Stettin, Dresden, Crimmitschau u. v. dem Unternehmertum beliebten, und dadurch der Geschichte dieses Jahres das besondere Gepräge gaben.

In zahlreichen Lohn- und Streitbewegungen schlägt es indessen nicht, insbesondere war Berlin der Schauplatz heftiger Kämpfe zwischen den Arbeitern und dem Unternehmertum, das sich mehr denn je die systematische Unterdrückung der Arbeiterklasse zur Aufgabe mache.

Umgekehrt dauerte erfreulicherweise das ganze Jahr hindurch die forschtwillige Weiterentwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung an, die im ersten Halbjahr 1904 die erste Million an Mitgliedern erreichte und übertrifft.

Auch unsere Organisation ist hieran stark beteiligt. Hoffen wir, daß das neue Jahr noch besser verläuft wie das vorhergehende, insbesondere daß in diesem die Organisationen in immer weitere Kreise dringen, die Organisation immer weitere Fortschritte machen, damit die Arbeiter auf dem Gebiet des Wirtschaftslebens den ihnen gebührenden Einfluß erreichen und festigen können.

Nur Plagiaturen!

Wer kennt nicht die Maulschilden, die Gernegroßen, die in den rudimentären Neberschilden der Volksorganisationen ihr heilsames Licht leuchten lassen. Wie nehmen diese doch immer den Mund zu voll, wenn es gilt, den verbasteten Centralverbänden eins auszuwischen, und wie sehr sind diese Vertreter der Gewerkschaftsorganisationen in diese davon überzeugt, daß nur in ihren logisch unscharfen Köpfen der Sinn aller gewerkschaftlichen Weisheit sitzt. Tatsendamal hat es das Organ dieser gewerkschaftlichen Auseinandersetzungorganisation — dieser unfreiwilligen Hölselfester der Unternehmer und des profitierenden Kapitals — die, wie zum eigenen Söhne, ihren Titel führende „Ewigkeit“, in alle Welt hinaus zu schreien versucht, daß alle Maßnahmen der Centralvorstände, „Papiere“ bestellt man sich auszubilden, absolut nichts taugen. Alle diese Ansprüchen tragen den Stempel des Offizials auf den verbrecherischen Titeln und setzen nur geschafft, den freien Organisationstreiber zu hemmen, einzuzwingen,lahmzulegen, anstelle der freien eine Zwangsorganisation zu schaffen und weshalb der liebe Himmel, was der Verbündungen, Schmähungen und Verderbungen noch mehr wären. Die Volksorganisation verfügt nach der Herren Melnung allein über keine Geisteskräfte, die organisierte Arbeiter als Führer gebrauchen, und diese Saurier des Genes, sie geböten allein über das geheimnisvolle Kraut wider die gewerkschaftliche Verflüchtigung, Verfallung oder auch den gewerkschaftlichen Tod, den Lebensbaum aller gewerkschaftlichen Zukunft. Und wenn die Taten, die Kräfte, die Energien der in der Erfüllung der Erkenntnis aller Dinge recht atavistisch verankerten Pauschelner nur zum zehnten Teil so groß wären, wie ihr angeborener Großzweck und ihre Maulschildweisheit, so wäre gewiß von unseren großen gewerkschaftlichen Centralverbänden im ganzen Allem Südbuchen mehr vorhanden.

Aber im kontraböschischen Gegenfag zu dem Willen steht den guten Leuten das können. Sie schimpfen wie die Robesprienen über die Reglementierungen in den Centralverbänden, und wenn dies in Gentige geschehen, dann schreiben sie — um die eigene Geistesarmut schlagernd der Welt fundatum — diese von den Centralverbänden ausgearbeiteten Reglements nicht etwa hin, nein wortgetreu ab.

Doch dem so ist, daßt können wir heute ein klassisches Beispiel anführen.

In der Nr. 51 der samten „Ewigkeit“, dem einzigen Organ der Volkspatroten, vom Sonnabend, den 17. Dezember 1904, finden wir folgende Bekanntmachung:

„Freie Vereinigung der Holzleerer und Rohrumschüller Deutschlands.“

Nachstehend geben wir die auf Grund des Beschlusses der 4. Konferenz zu Köln, Oster 1904, verfaßte Gau-Einteilung bekannt. Jedoch ist die Einteilung der Geschäftsführung noch nicht festgelegt, und steht es jeder Zahlstelle frei, Veränderungen, Veränderungen oder Zusätze u. dgl. durch Anteile, die der Geschäftsführung zu übertragen sind, durch mitzubringen. Die nächste Konferenz — Oster 1905 — wird dann darüber endgültig beschließen.

Und nun folgt fast wortwörtlich, nur daß an die Stelle „Centralvorstand“ Geschäftsführung gesetzt ist, die Einteilung unseres Centralverbandes, wie sie seltsam unseres Centralvorstandes in der Nr. 19. dieses Blattes vom Jahre 1903 veröffentlicht wurde.

Wir bitten zu vergleichen:

Unter Verband. Freie Vereinigung der Holzleerer.

Aufgaben der Gau-Vorstände.

der Gau-Vorstände.

der Gau-Vorstände.

Die Gau-Vorstände üben ihre Tätigkeit im Auftrage des Centralvorstandes aus. Ihre Tätigkeit im Auftrage des Centralvorstandes aus, Ihnen liegt es ob, die Agitation für Ausbreitung des Verbands für Verbreitung des Centralvorstandes im Gau zu betreiben. Zu diesem Zweck werden Ihnen seltsam des Centralvorstandes Verzeichnisse der jährlich für die Verarbeitung von Verband kommenden Orte zu Verfügung gestellt. In diesen Orten haben sie Verbindungen zu suchen und Verhandlungen zu treffen, um die Leitung und Erledigung der Verwaltungsgeschäfte geeigneter Personen ausfindig zu machen.

Die ersten Versammlungen sind möglichst vom Gau-Vorstande oder bei dessen Begegnung von einem anderen redegewandten Gauvorstandes resp. Vereinsmitgliede vorzunehmen. Es ist darauf stets zu achten, daß die sich sofort aufnahme Meldenden sofort das Gittertisseld geln und mindestens zwei Wochen beitrete zu entrichten. Die Heberregister sind möglichst genau auszufüllen, weil diese für eine Statistik dienen sollen. Die ausgefüllten Mitgliedsbücher sowie Statuten sind baldmöglichst den Neuaufgenommenen zu übergeben und ist hierbei besonders auf das Statut hinzuweisen.

Wenn eine genügende Anzahl Mitglieder am Orte vorhanden ist, muß eine Zahlstelle errichtet werden. Bei Errichtung darf sie aufzunehmen und dem in Vertracht kommenden Verbandsvorstande zu überlassen zu überreichen. Wenn eine genügende Anzahl Mitglieder am Orte vorhanden ist, muß eine Zahlstelle errichtet werden. Bei Errichtung darf sie aufzunehmen und dem in Vertracht kommenden Verbandsvorstande zu überlassen zu überreichen. Wenn eine genügende Anzahl Mitglieder am Orte vorhanden ist, muß eine Zahlstelle errichtet werden. Bei Errichtung darf sie aufzunehmen und dem in Vertracht kommenden Verbandsvorstande zu überlassen zu überreichen.

Wenn eine genügende Anzahl Mitglieder am Orte vorhanden ist, muß eine Zahlstelle errichtet werden. Bei Errichtung darf sie aufzunehmen und dem in Vertracht kommenden Verbandsvorstande zu überlassen zu überreichen. Wenn eine genügende Anzahl Mitglieder am Orte vorhanden ist, muß eine Zahlstelle errichtet werden. Bei Errichtung darf sie aufzunehmen und dem in Vertracht kommenden Verbandsvorstande zu überlassen zu überreichen.

Wenn eine genügende Anzahl Mitglieder am Orte vorhanden ist, muß eine Zahlstelle errichtet werden. Bei Errichtung darf sie aufzunehmen und dem in Vertracht kommenden Verbandsvorstande zu überlassen zu überreichen. Wenn eine genügende Anzahl Mitglieder am Orte vorhanden ist, muß eine Zahlstelle errichtet werden. Bei Errichtung darf sie aufzunehmen und dem in Vertracht kommenden Verbandsvorstande zu überlassen zu überreichen. Wenn eine genügende Anzahl Mitglieder am Orte vorhanden ist, muß eine Zahlstelle errichtet werden. Bei Errichtung darf sie aufzunehmen und dem in Vertracht kommenden Verbandsvorstande zu überlassen zu überreichen. Wenn eine genügende Anzahl Mitglieder am Orte vorhanden ist, muß eine Zahlstelle errichtet werden. Bei Errichtung darf sie aufzunehmen und dem in Vertracht kommenden Verbandsvorstande zu überlassen zu überreichen.

Die ersten Verhandlungen sind selbstverständlich vom Gau-Vorstand aufzustellen. Von Zeit zu Zeit sind Novitäten der Gau-Vorstande vorzunehmen, über deren Verhandlung zu erstatten ist. Bei

rung des Kassenbuches, sowie den Revisionen ist darauf zu der Beitragssatz zu sorgen.

Die ersten Quartalsabrechnungen sind selbstverständlich vom Gauvorstand aufzustellen. Von Zeit zu Zeit sind außerdem Revisionen der Kassengeschäfte vorgunehmen, über deren Be- fund stets dem Centralvorstand Bericht zu erhalten. Die Gesellschaften, über deren Be- fund stets dem Centralvorstand Bericht zu erhalten, haften die Vorstandsmittelbörse persönlich. Besondere Aufmerksamkeit ist der Erhebung der Beiträge zu widmen. Die Erfolge der Agitation gehen zumeist durch wieder verloren, daß es den neu gewonnenen Mitgliedern nicht möglichst leicht gemacht wird, ihre Beiträge regelmäßig zu entrichten, deshalb muß es Aufgabe des Gau-Vorstandes sein, in bestimmte Zahlstellen einzurichten. Im Interesse einer gezielten Weiterentwicklung neuer Zahlstellen ist es notwendig, daß an deren ersten Sitzungen, wenn die Möglichkeit vorhanden ist, Beauftragte des Gau-Vorstandes teilnehmen, deren Aufgabe nun es insbesondere ist, auf die Art der Verhandlungen einzutreten, in den Versammlungen Vorschläge für geeignete Distriktsionen zu machen. Vor allen Dingen ist danach hinzuarbeiten, daß persönliche Reberreien aus den Versammlungen ferngehalten werden. Um dies zu verhindern, muß für geeignete Verhandlungspunkte gesorgt werden und sind in Ermangelung anderer aktueller Fragen Tagesordnungen vorzulegen wie: "Die Missstände in unserem Beruf", oder "Wie gewinnen wir die uns fernstehenden Kollegen?", oder "Welche Wünsche erwachsen uns als Verbandsmitglieder?". Auch die Arbeitsergebnisse geben die Fülle, so daß es wohl kaum an dem nötigen Stoff zur Verhandlung fehlen dürfte. Für besondere Vorträge ist es angebracht, geeignete Kräfte heranzuziehen. Im interessanter die Zusammenkünfte gestaltet werden, desto schneller wird es gelingen, die fernstehenden Kollegen heranzuziehen usw.

**Der Geschäftsführer
der Motorrad- u. Rohrumbüller
Deutschlands:**

A. Westphal.

Das schreibgewandte Kollegen in den Gauvorstand gewählt werden, dieses ist außerdem auch deshalb zu empfehlen, um wichtige Schriftführer resp. Berichtsträger für das Fachorgan heranzubilden. Der Zentralvorstand.

Das genügt hoffentlich zum Nachweis, daß diebstahl im vollsten Umfang vorliegt. Wir haben ja nichts dagegen einzubauen, wenn andere Organisationen, und seien es auch Totalitäten, unsere Geistesprodukte so vorzüglich finden, daß sie ohne Umformung auch für andere Berufe verwandt werden können, wir wollen nur mal solang nachviesen, daß alles Geschrei der Totalitäten gegen die Reglementierung in den Centralverbänden einblümig ist. Die Totalitäten zwingen ihre Anhänger in genau dieselben Maßnahmen, wie die Centralisten, nur mit dem einzigen Unterschied, daß sie nicht eigene Geistesprodukte schaffen, sondern plagiierten. Nun steht?

Aus dem Reichsversicherungsamt.

Elektrischer Kraftwagenbetrieb mit Oberleitung ohne Gleise ist keine Eisenbahn. Mehrere Gesellschaften halten eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung

achten, daß für jede Ausgabe eine vom Empfänger unterschriebene Quittung vorhanden ist. Selbstverständlichkeit dürfen Vereinsgelder nur zu den laut Statut zulässigen Ausgaben vermaut werden. Für Gelder, welche zu anderen Zwecken vorgunehmen, über deren Be- fund stets dem Centralvorstand Bericht zu erhalten, haften die Vorstandsmittelbörse persönlich. Besondere Aufmerksamkeit ist der Erhebung der Beiträge zu widmen. Die Erfolge der Agitation gehen zumeist durch wieder verloren, daß es den neu gewonnenen Mitgliedern nicht möglichst leicht gemacht wird, ihre Beiträge regelmäßig zu entrichten, deshalb muß es Aufgabe des Gau-Vorstandes sein, in bestimmte Zahlstellen einzurichten. Im Interesse einer gezielten Weiterentwicklung neuer Zahlstellen ist es notwendig, daß an deren ersten Sitzungen, wenn die Möglichkeit vorhanden ist, Beauftragte des Gau-Vorstandes teilnehmen, deren Aufgabe nun es insbesondere ist, auf die Art der Verhandlungen einzutreten, in den Versammlungen Vorschläge für geeignete Distriktsionen zu machen. Vor allen Dingen ist danach hinzuarbeiten, daß persönliche Reberreien aus den Versammlungen ferngehalten werden. Um dies zu verhindern, muß für geeignete Verhandlungspunkte gesorgt werden und sind in Ermangelung anderer aktueller Fragen Tagesordnungen vorzulegen wie: "Die Missstände in unserem Beruf", oder "Wie gewinnen wir die uns fernstehenden Kollegen?", oder "Welche Wünsche erwachsen uns als Verbandsmitglieder?". Auch die Arbeitsergebnisse geben die Fülle, so daß es wohl kaum an dem nötigen Stoff zur Verhandlung fehlen dürfte. Für besondere Vorträge ist es angebracht, geeignete Kräfte heranzuziehen. Im interessanter die Zusammenkünfte gestaltet werden, desto schneller wird es gelingen, die fernstehenden Kollegen heranzuziehen usw.

Die Gesellschaft hat die Ausnahme ihres Betriebs in das Staats- und Kleinbahn-Berufsgenossenschaft nachgelegt, ist aber von letzterer abgewiesen worden. Die gegen diese Ablehnung erhobene Beschwerde hat das Reichsversicherungsamt in einer unter dem 8. Oktober 1904 ergangenen Entscheidung aus folgenden Erwägungen nicht für begründet erachtet:

Die Zugehörigkeit des in Rede stehenden Betriebs zu der bezeichneten Berufsgenossenschaft könnte nur in Frage kommen, wenn der Kraftwagenbetrieb als "Eisenbahn" anzusehen wäre.

Unter "Eisenbahn" versteht man nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauch, auch wenn der Begriff sowohl wie möglichst ausgebreitet wird, stets nur einen Eisenen Gleistrang (Schiene oder festgespannter Draht), auf welchem Wagen fortbewegt werden. Zu vergleichen auch Entscheidung des Reichsgerichts 1. Abteilung vom 17. März 1879 - Entscheidung des Reichsgerichts in Blattsachen 1. Band 2 (27 ff.). Die gleiche Bedeutung hat das Wort "Eisenbahn" im technischen Sinne (zu vergleichen Viegerts Lexikon der Technik, Artikel "Eisenbahnen", Band 3, S. 588). Sowohl bei weiterer Auslegung ist also zum Begriff "Eisenbahn" das Vorhandensein der besonderen Fahrbahn, eines Gleises, erforderlich, auf der die fortbewegenden Wagen ruhen.

Auch bei der Schwebebahn Überfeld-Barmen sind eiserne Schienen vorhanden, welche ein festes Fahrgleis bilden, auf dem die Räder der Wagen laufen; der Umstand, daß die Wagen an ihren Rädern aufgehängt sind, mithin unterhalb der Schienegleise sich bewegen, ist für den Begriff einer Eisenbahn ohne Bedeutung.

Bei dem hier in Rede stehenden Kraftwagenbetriebe kann dagegen von einer "Eisenbahn" nicht gesprochen werden, weil die Wagen sich nicht auf Schienen, sondern auf der gewöhnlichen Straße fortbewegen. Richtig nennt sich das Unternehmen daher auch "Elektrischer Kraftwagenbetrieb mit Oberleitung" und nicht etwa "Gleislose Bahn". Das Reichsversicherungsamt hat in selber Fällen bereits in gleichem Sinne entschieden. In der Anleitung, betreffend die Annahme der nach dem Ausdehnungsgeleye verkehrspflichtigen Betriebe, vom 5. Juni 1885 (Amtliche Nachrichten des R.V.A. 1885 S. 160) heißt es unter Nr. 4:

"Der Begriff „Eisenbahn“ ist im weitesten Sinne zu verstehen. Deshalb umfaßt auch zur Verförderung von Personen oder Sachen auf Schienen mittels elementarer oder tierischer Kraft bestimmten Transportmittel, also nicht nur die Lokomotivbahnen, sondern auch die Pferde- und elektrische Bahnen. Es ist nicht notwendig, daß die Eisenbahn dem öffentlichen Verkehrs dient."

In derselben Anleitung spricht sich der Betriebsrat 1885 - Amtliche Nachrichten des R.V.A. S. 201 - aus; dort bildet ein Drahtstiel die eiserne Fahrbahn, auf der die Räder der Förderwagen laufen. Dementsprechend kann nach der bisher geltenden rechtlichen Beurteilung der Kraftwagenbetrieb mit Oberleitung, dessen Wagen mit ihren Rädern auf der gewöhnlichen Verkehrsstraße, also ohne besondere Gleisanlage laufen, den Eisenbahnen nicht zugerechnet werden.

In Betracht könnte nur noch kommen, ob der Betrieb etwa aus praktischen Gründen den Eisenbahnen im Haftungsrechtlichen Sinne zuzuwenden sein möchte, indem, auch ohne daß die Begriffsmerkmale genau erfüllt wären, doch eine wesentliche Gleichartigkeit der Anlage und des Betriebs in Bezug auf die Unfallsgefahr angenommen würde.

Hierbei läßt sich zunächst der in der Beschwerde behauptete öffentliche-rechtliche Charakter der Gesellschaft mit beschränkter Haftung, welche den Kraftwagenbetrieb unternimmt, nicht heranziehen. Abgesehen davon, daß die Gesellschaft tatsächlich eine privatrechtliche ist und keineswegs öffentliche Funktionen ausübt, kommt jene Frage für die Art des Betriebs und der damit verbundenen Gefahren überhaupt nicht in Betracht. Ebenso wie zu den Eisenbahnen rein private Unternehmungen gehören, können auch gewöhnliche Fuhrwerke, z. B. Omnibusbetriebe, von Korporationen des öffentlichen Rechtes geführt werden. Eine Achtklasse, mit den Eisenbahnen beruhigt nur darin, daß der Kraftwagenbetrieb ebenfalls bestimmte Straßenstreifen einhält. Dies ist aber ebenso bei Omnibus- und Postkutschenunternehmungen der Fall. Daß der Kraftwagenbetrieb einen bestimmten Fahrplan einhält, ist gleichfalls bedeutungslos, denn es kann Einzelunternehmungen geben, die nur nach Bedarf, soweit Zeit, fahren (z. B. Transportbahnen), anderseits halten die meisten Omnibusbetriebe einen Fahrplan ein. Auch die Tatsache, daß der Betrieb dem öffentlichen Verkehrs dient, ist belanglos; manche Eisenbahnen (Privatanschlüsse) dienen nicht dem öffentlichen Verkehrs, gewöhnliche Fuhrwerksunternehmungen (Droschen, Omnibus) dagegen wohl. Ebenso ist die Art der Betriebsführung; ebenso Einstieg auf die berufsgenossenschaftliche Zugehörigkeit; ebenso während auf der einen Seite elektrisch betriebene Droschen verkehrspflichtig zur Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft gehören, sind auf der anderen Seite Pferdebahnen bei der Straßen- und Kleinbahn-Berufsgenossenschaft verschärft. Ebensoviel fällt der Umstand ins Gewicht, daß mehrere miteinander festverbundene Wagen durch eine gemeinsame Kraftleitung gleichzeitig fortbewegt werden, da sowohl Automobilwagen als auch gewöhnliche durch Pferde gezogene Fuhrwerke nicht selten Anhängewagen mit sich führen.

Daß der Betrieb keine beliebige Kraft durch eine feste Leitung erhält, unterscheidet ihn allerdings von den anderen Fuhrwerksunternehmungen, die nicht Eisenbahnen sind. Indessen reicht dieser Umstand allein nicht aus, um gegenüber den herorgehobenen Unterschieden zwischen

einer Eisenbahn und einem Kraftwagenbetrieb ohne Gleise zu rechtfertigen, daß der letztere den Eisenbahnbetrieben verhinderungsrechtlich gleichgestellt werde.

Die nach oben vorliegenden Verhältnisse machen den Betrieb nicht den Eisenbahnen gleichartig und den sonstigen Verkehrsmitteln außer den Eisenbahnen nicht ungleichartig. Zudem sind sie für die Höhe der Unfallsgefahr belanglos. Die Zusammenfassung gleichartiger Betriebe in Versicherungsgemeinschaften, hier also in Berufsgenossenschaften, hat namenlich den Zweck, daß Risiko möglichst gleicher Gefahren und gleichartiger Unfälle vom einzelnen auf die Gesamtheit zu übertragen. Die Größe der Betriebsgefahr und die Art der Betriebszusätze sind also, soweit nicht andere Geschäftspunkte entscheidend sind, wesentliche Unterscheidungsmerkmale. Dabei spielt stets das Eisenbahngesetz die Hauptrolle. Wie in der vorerwähnten Reichsgerichtsentscheidung aufstellend hergehoben ist, beruht auf ihm die Möglichkeit, schwere Verluste mit großer Schnelligkeit zu belegen, und damit auch die dem Eisenbahnbetrieb eigentlichste Unfallsgefahr. Zu der verhältnismäßig schnellen Bewegung schwerer Lasten kommen noch die mit der Entfernung und den Rangierarbeiten auf Schienengleisen verbundenen Gefahren sowie die aus der geringen Reibung zwischen den Schienen und Rädern herabgehende erhöhte Schwierigkeit, die in Bewegung befindlichen Wagen zum raschen Stillstand zu bringen. Momente, die den anderen Betriebsarten fehlen, wie auch dem Kraftwagenbetrieb mit Überleitung, fehlen denen eines Automobilbetriebes.

Wie aus dem an den Vorstand der Straßen- und Kleinbahn-Berufsgenossenschaft gerichteten Antrage der Gesellschaft hervorgeht, hat auch der Königlich Preußische Minister der öffentlichen Arbeiten den Kraftwagenbetrieb mit Überleitung nicht als eine unter das Kleinbahngeleye fallende Eisenbahn anerkannt. Dieser Beurteilung müssen noch folgende Darlegungen das Reichsversicherungsamt anschließen.

Aus den Gewerbeberichten.

Frankfurt a. M. Achthundert Mark Rautiou soll der Ausläufer-Mitschiele stellen, als er sich um eine Schild bei dem Agenten Gaertner in Frankfurt bewarb. Der arme Teufel hatte aber nur 200 M. Barbermögen, in denen sich sämtlich der Agent aufstehen gab und verbraucht, diese zinslich anzulegen. Mit der Sicherstellung der Rautiou bei einer Kasse wurde es aber nichts, wahrscheinlich ist das Geld im Geschäft verbraucht worden. Einige Wochen nach seinem Eintritt wollte sich nur der Ausläufer berbessern. Er teilte dies seinem Arbeitgeber mit und bat um die Auszahlung seiner Rautiou und drücktständiges Lohnes von 60 M. Gaertner war ab nicht faul; schnell sah er sich auf die Hosen und suchte seinem Arbeitgeber, er sei kontraktmäßig geworden und die Rautiou sei verfallen. Das Gericht verurteilte den Agenten, der sich auf nicht einwandfreie Weise vor gebildeten Schaden sicher stellen wollte, 200 Mark an d' Schläger zu zahlen.

Leipzig. Die Wach- und Schleißgesellschaft will das Schmerzenkind des hiesigen Gewerbeberichts. Vor einigen Wochen an dieser Stelle in einem kleinen Artikel die Praktiken der Gesellschaft gegenüber ihren entlassenen oder freiwillig aus dem Dienste getretenden Angestellten an die Öffentlichkeit zogen, da wollte es, in einer sogenannten Veröffentlichung ihrer Vorgesetzten und zu beschönigen. Wir nennen je Praktiken der Gesellschaft, die sie gegen ihre Angestellten beim geringsten Versehen in Anwendung bringt, die einzigen Namen, wie bezeichneten sie als rigoros und von dieser Bezeichnung geben wie auch heute nicht eine Schildpreis. Es fehlt nicht mehr allzu viel einem halben Hundert Klagen, die von Angestellten der Gesellschaft in diesem Jahre gegen diese vor dem hiesigen Gewerbebericht anhängig gemacht worden sind. Vielleicht gelingt es ihr noch, bis zum Schluß des Jahres halbe Hundert voll zu machen. Diesen Praktiken Aufrichtete kein einziges Unternehmen in Leipzig genießen, in ganz Sachsen nicht. Auf diesem Gebiete hat die Leidige Wach- und Schleißgesellschaft in der Tat den Nerv erreicht.

Das Allerschlimmste für die Klagen ist, daß das Gewerbebericht nicht imstande ist, ihnen zu ihrem Anspruch zu verhelfen. Denn in allen Fällen ist die Gesellschaft durch die famosen Dienstinstanzen für Angestellten, die jeder vor seinem Dienstinstanzial zu unterstellen hat, gedopt. Das mußte auch in der Gestaltung des Gewerbeberichts, in der es sich wiederum in der Praktiken der Gesellschaft, die sie gegen ihre Angestellten im geringsten Versehen in Anwendung bringt, die einzigen Namen, wie bezeichneten sie als rigoros und von dieser Bezeichnung geben wie auch heute nicht eine Schildpreis. Es fehlt nicht mehr allzu viel einem halben Hundert Klagen, die von Angestellten der Gesellschaft in diesem Jahre gegen diese vor dem hiesigen Gewerbebericht anhängig gemacht worden sind. Vielleicht gelingt es ihr noch, bis zum Schluß des Jahres halbe Hundert voll zu machen. Diesen Praktiken Aufrichtete kein einziges Unternehmen in Leipzig genießen, in ganz Sachsen nicht. Auf diesem Gebiete hat die Leidige Wach- und Schleißgesellschaft in der Tat den Nerv erreicht.

dern, wo die Gesellschaft doch nur 20 M. davon in Abzug bringen durfte, wenn er die ihm zur Last gelegten Verbrechen wörtlich begangen hatte? Es ist daselbe Maßnahm, wie schon bei früheren Klagen, man behält ohne jedes Recht die ganze Kavitation zurück und erklärt sich dann in der Verhandlung "bereit, die 30 M. herauszuzahlen". Gehört es im bestimmten Falle die Gesellschaft nach den uns vorliegenden Dienstinstanzionen berechtigt, die ganze Kavitation zurückzuhalten, so z. B. bei der ungeheuren Dreistigkeit eines Angestellten, seinen Dienst "ohne die vereinbarte Entlohnungsfest zu verlassen", oder "ohne Urlaub zu haben, oder ohne durch plötzliche Erkrankung genügend entlastigt zu sein, von Diensten fernzubleiben". Wie oft von dieser Bestimmung Gebrauch gemacht werden mußte, das können wir momentan nicht sagen, vielleicht kommt in diesen Fällen die Gesellschaft unserm Gedächtnis zu Hilfe.

Genug, auch in dem gestrigen Falle erklärte der Herr Inspektor sich mit nur 20 M. "zufrieden". Nun noch die Kosten. Wie bemerkt, verlangt dafür der Kläger 8 M. Wie waren nun genug anzunehmen, der Kläger erhält wenigstens diesen Betrag anstandslos ausgezahlt, da ja dafür die Gesellschaft ihm seine Kosten halte zu liefern braucht. Aber auch damit war es nichts. Denn auch der Dienstinstanzion hat sein Wächter ein Urteil auf vollständige Ausrüstung und nur die momentane Notwendigkeit ist entschuldigend für die Auskündigung der Uniformstücke. Besitztelsweise erhält ein während der Wintermonate angemommener Wächter erst zum Sommer Nach und Holz. Auf die Frage des Vorlesenden, warum der Kläger seine Kosten nicht von der Gesellschaft erhalten habe, erwiderte der Herr Inspektor, bei der Unzuverlässigkeit des Mannes sei das nicht am Platze gewesen. Warum trug der Mann aber dann den Nach der Gesellschaft?

Der Vorlesende appellierte nun, wie schon seither, auch jetzt an das Mitgesetz des Herrn Inspektors und bat, dem Kläger doch die 8 M. auszubütteln. Vergebens. Mit Ach und Arach verstand er sich schließlich zur Zahlung von — 2 M.!! Von diesem Angebot wollte der Kläger indessen nichts wissen und wünschte eine Entscheidung. Der Vorlesende belehrte ihn darüber, daß durch ein Urteil auch noch die 2 M. für ihn verloren gehen würden. Er hätte die Dienstinstanzion nicht unterschreiben sollen. Der Kläger entgegnete: Es sei das sein schöner Zug von der Gesellschaft. Seine Kavitation habe er sich erst geborgt. Und die Gesellschaft erfüllte ihre Verpflichtungen den Angestellten gegenüber lebenslang. Er sei 14 Tage kaum gewesen und habe dafür keinen Penny erhalten, wiewohl es heilig, man werde in Krankheitsfällen aus der Wacht-Unterstützungskasse, die aus den beschlagnahmten Kavitationen bestehen solle, unterstützt. Ferner werde gesagt, es erhalte jeder Wächter nach vier Wochen einen freien Tag, er aber habe während der ganzen Zeit keine Stunde frei gehabt. Der Herr Inspektor schwieg. Der Kläger war schließlich mit den 32 M. statt der von ihm geforderten 58 M. zufrieden. Dieser Betrag muß sich der Mann auf dem Bureau der Gesellschaft auch noch selbst abholen.

Die Verhandlung war geschlossen und sowohl der Herr Inspektor als der Kläger entfernten sich. Auch wir gingen Draußen auf den Vorridor aber stand schon wieder ein anderer Angestellter der Wach- und Schlechtfesthalt, um eine neue Klage gegen diese anhängig zu machen, und zwar ebenfalls wegen Innebehaltung der Kavitation!!

Das ist ein standöder Zustand. Um die Leute vor Schaden zu bewahren, hatten wir es für eine Pflicht der Aufsichtsbehörde, daß einmal die Dienstinstanzionen daranzuheben, ob sie nicht etwa gegen die guten Sitten verstoßen. Man spricht davon, daß seit der kurzen Zeit des Bestehens der Gesellschaft einige Hundert Männer den Dienst bei derselben wieder verlassen hätten, bzw. wieder hinzugekehrt müssen. Und keinen soll seine Kavitation wieder voll zurückgezahlt worden sein. Wir wissen das nicht; es wird nur von den Geschäftsführern behauptet, aber erlaubt wurden wir darüber nicht sein, denn es dürfte wohl seinem Sichtbaren aus die Dauer gelingen, ohne Verlehung aus den zahlreichen Wach- und Schlechtfesthaltungen der Dienstinstanzionen der Leipzigischen Wach- und Schlechtfesthalt herauszukommen.

Deutscher Holzhandel im Jahre 1904.

Jetzt schon der Holzhandel des vorigen Jahres einfreudliches Bild reicher Tätigkeit und großer Warenumfänge, so übertrifft das jetzt zu Ende gegangene Jahr, abgesehen von dem durch Transportschwierigkeiten herbeigeführten vermindernden Import russischer und galatischer Holzer, noch das vorige im Verkehr der Händler mit den Kunden. Wollte man den geschäftlichen Erfolg eines Jahres allein nach dem Einfuhrquantum streben, holzlos abstimmen, so stände allerdings 1904 nicht unbedenklich hinter 1903 zurück, denn die Hauptartikel, steinerne Rundholzer, diverse Kautbhölzer erflüssige Sleepers und Eisenbahnschwellen, sind gegen das Vorjahr um ungefähr 117.000, 220.000, 311.000, 424.000 Stück weitestgehend weniger nach Deutschland eingegangen. Dieses Einfuhrmaß ist aber lediglich der Untere dieses Sommers zu zuschreiben, welches die Rüste ausströmte und ganz besonders das russische und österreichische Weichholzsystem zum Tragen und Fortbewegen der ihm aufgestellten Flöze unfähig machte. Der Wässermangel, welcher fast vier Monate, die beste Zeit des Höhrebewerbs anhielt, zwang einen großen Teil der von jenseits Preßt. Ustekost im Frühjahr abgegangenen Transporte, schon Ende Juni ihre Fahrt einzustellen, ohne die Möglichkeit zu haben, das im Spätherbst wieder eingesetzte Schwimmbaum zu benutzen und mit ihm vielleicht noch Thoren zu erreichen; war doch die Gefahr, von einem sehr eintretenden Eisgang aus offener Weichsel betroffen zu werden, zu groß. Diese Transporte, deren Inhalt nach lebenslangen Verbindlichkeiten Schädigung das Manövren gegen die vorjährige Einfuhr bedient und die zum großen Teile auch bereits verlaufen und einträchtig worden, sind aber trotzdem in seiner Qual-

bevorsichtigt sind, werden zu Anfang des Frühjahrs in Schillino erscheinen.

Nachstehend geben wir unter Zusammenstellung der Wochenergebnisse und mit teilweise Benutzung der Imperative der Firma Julius Brüll Jr. in Berlin eine tabellarische Übersicht der statthaften austro-österreichisch-galatischen Einfuhr mit Vergleich der im vorherigen Jahr eingeschafften Mengen, zugleich mit den nach Gleisen-Liepe z. Z. abgestöckten Quantitäten: (Gesamtzahl der angelieferten Weichholzstränen in 1904: 1488 gegen 1887 in 1903, also in 1904 weniger 399 Weichholzstränen.)

Sortiment	Einfuhr		+ oder —		Hieron nach		+ oder —	
	1904	1903	1903	1904	1903	1903	1904	1903
Steinerne Rund-								
holzer	669934	786814	-118880	260945	543782	-32837		
Steinerne Rund-								
Balken,								
Querlatzen								
u. Timberecks	441681	661412	-210881	130872	109175	+11097		
Steinerne Steuer-								
balken	193883	604800	-310807					
Ste. Schnellen	200202	710718	-420889	14810	69290	-54971		
Ste. Nagelholzer	22112	24895	-2883	13730	17621	-3882		
Zamme Rund-								
holzer	38047	40850	-2013	14225	14552	-329		
Zamme Rant-								
holzer	27511	20867	-4724	51	8757	-3706		
Gleisene Rundholzer	7283	9881	-2608	1468	2777	-1809		
u. Planzen u.								
Kanten	27765	27512	-1	253	—	7	—	7
Mundholze	67710	109825	-42110					
Schwellen	84658	194787	-100679	2038	661	+1372		
Stäbe	6407	16614	-10207					
Blätter	238590	32555	-8975					
Spelzen	67540	118815	-61270					
Gleise Rundholzer	116584	186800	-70956	4702	20190	-20190		
Gleise Rundholzer	1721	1890	-175	147	32	+125		
Wiedeholze Rund-	497	605	8					
holzer	62	730	678					

Die zeitig im Frühjahr in Thorn-Schulz eingegangenen Transporte sonden einen willigen Markt vor, da die ostdeutschen Märkte bestreit waren, ihren Bedarf an Rohholz zu decken und speziell der Berliner Bedarf bei der sich gegen das Vorjahr noch leichter gestalteten Baumtätigkeit große Ansprüche zu stellen versprach. Nun stand allerdings die strenge Ostkunst überwiegend aus schwachen Rundstämmen untergeordneter Qualität, für welche die Gesellschaft die von den Importeuren geforderten Preise von 75-78 Pf. (pro Kub.) als Schulz verdonkt nicht anlegen wollte und in der Tat hier und da eine Ermäßigung um einige Pfennige durchsetzte. Gut bezahlt und begütigt waren das ganze Jahr hindurch einzelne Partien mit 70-80 Pf. Scheltholz von seiner Qualität in Durchmessertümern von 48 bis 55 Zhl., die aber nur wenig am Markt waren und sich von 1-10 Pf. pro Kub. pro Zhl. fast Gleichen kultivierten. Als die Wassernot eintrat und man überleben konnte, daß ein nicht unbedeutlicher Teil der russisch-galatischen Ostkunst die brechende Weichholz nicht erreichen würde, erwachte auch die Kauflust für die bisher restlosen Partien, man bestellte annähernd die Forderungen, und der Markt räumte sich bis auf wenige Transporte. Alles in allem kam man von guten Verdiensten der mit ihren Höhern bis Mitte Mai in Thorn angelieferten Importeure trennen, stark gesättelt war der Nutzen an den zwar noch eingetroffenen, aber durch das Steinwasser in Russland aufgezehrten Schätzungen, und erheblichen Schaden erlitten diejenigen Eigentümer, welche ihre Transporte im Bug und seinen Nebenflüssen bis zum nächsten Frühjahr aufstellten und ihr Kapital nicht realisieren konnten.

Kleinerer Mauerlaten, für welche die Meinung fortgesetzt glaubt ist, waren in Berliner Läden erheblich weniger als im Vorjahr eingeführt und erzielten zuletzt 1,25 bis 1,28 M. pro Kub. pro Zhl. Kleinerer Mauerlaten fanden Tonnen sowie der hohen Rundholzpreise Preiserhöhung durchsetzen und notierten 46-48 M. pro Kub. pro Zhl. pro Berlin. Der Käffel hätte angeblich des starken Baubedarfs seine Bewertung wohl erhöhen müssen, wären nicht galatisch lannige Balken in großen Quantitäten angeboten gewesen und mit 38-40 M. pro Kub. hier prompt gefixt worden. Berlin verbaut diese Holzart jetzt viel mehr als früher, nicht zum Vorteile seiner Baulichkeiten. Von Laubholzern standen an der Spree Rundholze, für deren speziellen Einschätzungen sich immer mehr Weichholzmarken interessieren. Man zählte sie nach Qualität und Zapfung 75-86 Pf. pro Kub. cbm, wobei die wohlsinnige Abkunft bevorzugt war. Der Verleih in einzelnen, scheinigen, direkten und anderen Laubbaumholzern war unbedeutend und wurde überwiegend aus dem Innlande gedeckt.

Das Berliner Platzgeschäft verließ, was die Umfrage anbelangt, sehr bestredig, denn es hatte eine Bauaktivität zu bedecken, wie sie in gleicher Lebhaftigkeit seitens hervorgebrachten ist. Nicht nur die noch im vorigen Jahr allein bestreitigen westlichen Stadtgegenden, sondern auch die Arbeiterviertel des Nordens, Osteins und Südostens führten ganze Straßenzüge auf und verschlangen gewaltige Mengen von Baubalken, Balken, Sparren, Schal- und Fußbodenbrettern. Der hierdurch hervorgerufene enorme Holzbedarf hat wohlstädtig auf die Platzgeschäfte eingewirkt, indem er ihnen ermöglichte, die aus früheren Jahren vorhandenen Verstände geringer Ware und fehlender Belebtheit abzuholzen und zu Geld zu machen. So erklärt es sich, daß die Holzplätze mit ungemein vielen Warenbeständen ins neue Jahr übergehen und an gewissen Sortimenten, wie Mauerlaten, Feinholz, Fußbodenbrettern und gesäumter Schalware sogar Mangel leiden. Weniger bestredig waren die Umstände in kleinen Breitern zu Türen und Fenstern, weil die Baustoffereien durch die Baubedarfshäfen in den Preisen sehr gedrückt sind und nicht in der Lage waren, die hohen Forderungen für das Rohmaterial zu bewältigen. Ropstrelle, deren Absatz im Sommer recht beträchtlich war, sind im letzten durch den nun schon Monat andauernden Ausland der Holzbarter stark bestellt und die zum großen Teile auch bereits verlaufen und einträchtig worden, sind aber trotzdem in seiner Qual-

ität gefügt, da man nach Beendigung des Auslands eine steigende Arbeitsfähigkeit in der Möbelindustrie vorauseht.

Die nunmehr in Angriff genommene Erweiterung des Bromberger Hafens wird dem Handel endlich die lang ersehnte Erleichterung in Lagerung und Abfuhr nach den westlichen Gewässern bringen.

Kinderschutz in kaufmännischen Betrieben des Staates New-York.

Als vor einer kurzen Spanne Zeit endlich ein deutsches Kinderarbeitsgesetz in Kraft trat, da wußten sich unsere Ostländer nicht genug damit zu beschäftigen, wie wohl Deutschland aus dem Gebiete der Arbeitschutzgesetzgebung vorgeholt sei und wie vorbildlich es für die anderen Staatengebiete der zivilisierten Welt in dieser Beziehung wäre. Und doch ist Deutschland weit hinter dem gesetzlichen Schutz bisher gerückt, der im freien Amerika den Frauen und Kindern der Proletarien gebührt wird. Lange, lang noch wird in unserem Vaterland ein ruhiger Nahme bleiben, was wir dort bereits seit vorigem Jahre zum Gesetze verholt sehen. Das betreffende Gesetz ist für unsere Kollegenschaft so interessant und von so hohem agitatorischen Werth, daß wir es hier vollständig zum Abruck zu bringen uns veranlaßt sehen. Hier ist es:

Gesetz vom 24. April 1903 zur Änderung des Arbeitsgesetzes, betr. die Verhüttung von Frauen und Kindern in kaufmännischen und anderen Betrieben:

§ 1. §§ 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 172 und 173 des Kapitels 415 der Gesetze von 1897, bestellt: "Ein Arbeitsgesetz, Kapitel 32 des allgemeinen Gesetzes darstellend" ("An act in relation to labor, constituting chapter thirty-two of the general laws") werden hier abgedruckt und lauten wie folgt:

§ 161. Arbeitsstunden Minderjähriger:

Kein Kind unter 16 Jahren soll mehr als 51 Stunden pro Woche oder mehr als 9 Stunden pro Tag oder vor 7 Uhr morgens oder nach 10 Uhr abends an einem Tage in oder in Verbindung mit einem kaufmännischen Betrieb, Geschäftsbureau oder Telegraphenbüro, Restaurant, Hotel oder zur Verteilung oder Übermittlung von Ware oder Postkosten verhendet werden, noch soll gesetzlich oder gebüldet werden, daß es länger als diese Zeit arbeitet.

(Von seinem männlichen Angestellten unter 16 Jahren.) Von seinem weiblichen Angestellten zwischen 16 und Unter 12 Jahren soll verlangt, bei seinem soll gestaltet oder gebüldet werden, daß er in oder in Verbindung mit einem kaufmännischen Betrieb mehr als 60 Stunden per Woche arbeite (noch) oder mehr als 10 Stunden pro Tag, außer zum Zwecke, aus irgend einem Tag oder Woche einen längeren Arbeitstag zu machen; noch soll von einem solchen Angestellten verlangt oder ihm gestaltet werden, daß er entweder vor 7 Uhr morgens oder nach 10 Uhr abends an einem Tage (arbeitete). Dieser Paragraph bezieht sich nicht auf die Verwendung von (solchen) Personen, die 16 Jahre oder älter sind, an Samstagen, falls die Gesamtzahl der höchstmöglichen Arbeitsstunden einer solchen Person 60 Stunden nicht überschreitet, auch nicht auf die Verwendung solcher Personen zwischen dem 15. Dezember und dem nachfolgenden 1. Januar. Für das Mittagsmahl der Angestellten eines solchen Betriebes sollen mindestens 45 Minuten gegeben werden.

§ 162. Verwendung von Kindern. (Ein) Kein Kind unter 14 Jahren soll (nicht) in oder in Verbindung mit (in) einem kaufmännischen oder anderen, im vorhergehenden Paragraphen besonders aufgezählten Betrieb verhendet werden, noch soll gestaltet oder gebüldet werden, daß es darin arbeite. Jedoch kann in Dörfern und Städten der 3. Klasse ein Kind, das über 12 Jahre alt ist, während der Sommerferien der öffentlichen Schulen der Stadt oder des Distriktes, wo der betreffende Betrieb liegt, in solchen Betrieben verhendet werden. Kein Kind unter 16 Jahren soll in einem solchen (kaufmännischen) Betrieb verhendet werden, wenn nicht (das) bei einem nach den Bestimmungen dieses Artikels ausgestelltes Zeugnis im Bureau des Betriebes zur Deposition vorlegt; ein nach den Bestimmungen dieses Artikels ausgestelltes Verwendungzeugnis zuvor im Bureau des Arbeitgebers am Ort der Verwendung des bet. Kindes depontiert worden ist.

§ 163. Verwendungzeugnis (der Verwendbarkeit); Art seiner Anstellung.

Das betreffende Zeugnis soll auf Ansuchen des Vaters resp. der Mutter, nach dem Vormundes oder des Pflegers des Kindes, welches die bet. Verwendung wünscht, vom Gesundheitskommissar (Commissioner of health) oder dem Gesundheitsbeamten des Sanitätskomitees oder -departements (offiziell) des Waisen- resp. der Mutter oder des Vormundes des bet. Kindes oder der Person, die zu ihm in verbindungsrechtlicher Beziehung steht und über Geburtsort und -zeit des bet. Kindes Auskunft gibt, depontiert werden. Das bet. Zeugnis soll nicht ausgestellt werden, wenn der daselbst ausstellende Beamte nicht überzeugt ist, daß das betreffende Kind 14 Jahre alt oder älter und förmlichfähig ist, die Arbeit, die es vor hat, zu verrichten. Für die Abnahme eines Eides, wie er in diesem Paragraphen gefordert wird, soll keine Gebühr verlangt oder angenommen werden. Der bet. Beamte soll das Berichtsblatt nicht aussstellen, bis er folgende Schrif-

Kind rechtsgültig ausgeführt erhalten, geprüft, genehmigt und deponiert hat:

1. Das Schulzeugnis des betr. Kindes, gehörig ausgestellt und nach den Bestimmungen dieses Artikels unterzeichnet.

2. Einen Paß oder eine rechtsgültig beglaubigte Abschrift des Geburts- oder Taufzeugnisses oder sonst eines dörflichen Dokuments, welches über Geburtszeit und -ort des betr. Kindes Auskunft gibt.

Eine rechtsgültig beglaubigte Abschrift eines Geburtszeugnisses, welches gelehnt ist, bei einem Amtmann (register or vital statistics) oder sonst einem mit der Protokollierung von Geburten betrauten Beamten deponiert ist, soll abschließende Beweisstraf für das Alter des betr. Kindes haben.

3. Die ehrliche Erklärung (affidavit) des Vaters resp. der Mutter, Vormundes oder Pflegers des Kindes, welche jedoch nur verlangt werden soll, falls die soeben erwähnte Abschrift des Geburtszeugnisses, welche über Geburtszeit und -ort des betr. Kindes Auskunft geben soll, nicht beigebracht und deponiert wird. Diese ehrliche Erklärung muß vor dem Beamten, der das Verwendungszertifikat aussieht, abgegeben werden; derselbe wird hiermit ermächtigt und angewiesen, den betr. Eid abzunehmen; er soll dafür keine Gebühr verlangen oder abnehmen. Das betr. Verwendungszertifikat soll nicht ausgestellt werden, bis ferner das betr. Kind berücksichtigt vor dem das Zertifikat ausstellenden Beamten erscheinen und von ihm geprüft worden ist, und bis nach dieser Prüfung der betr. Beamte eine Bescheinigung unterschrieben und in seinem Bureau deponiert hat, daß das Kind einschreibe Sähe in der englischen Sprache lesen und leserlich schreiben kann und daß, seiner Meinung nach, das Kind 14 Jahre alt oder älter ist und die normale Entwicklungslinie eines Kindes seines Alters erreicht hat und in guter Gesundheit und körperlich sähle ist, die Arbeit, die es vor hat, zu verrichten. Zu Zweckstellen soll die körperliche Fähigkeit durch einen Medizinalbeamten des Sanitätskomitees oder -departements festgestellt werden.

Jedes dieser Verwendungszertifikate soll in Gegenwart des dasselbe ausstellenden Beamten von dem Kind, auf dessen Namen es ausgestellt ist, unterzeichnet werden.

§ 161. Inhalt des Zertifikats.

Das betr. Zertifikat soll Geburtszeit und -ort des Kindes (falls sie bekannt sind) und die Farbe des Haars und der Augen und Größe und Gewicht und alle besondere Kennzeichen im Gesicht des betr. Kindes angeben und konstatieren, daß (nach der Meinung des das betr. Zertifikat ausstellenden Beamten) das betr. Kind älter als 11 Jahre und körperlich sähle ist, die Arbeit, die es vor hat, zu verrichten; die nach dem vorausgehenden Paragraphen erforderlichen Schriftstücke in aller Form redigiert geprüft und deponiert worden sind und daß das in dem betr. Zertifikat genannte Kind vor dem Beamten erschien ist, das Zertifikat unterzeichnet und geprüft worden ist.

§ 165. Erforderlicher Schulbesuch.

Kein solches Zertifikat soll ausgestellt werden, wenn es dem betr. Komitee, Departement, Kommissar oder Beamten nicht genügend erscheint, daß das Kind, welches darum nachsucht, regelmäßig eine Schule besucht hat, in der Lesen, Orthographie, Schreiben, Rechnen, englischer Grammatik und Geographie gelehrt werden, oder gleichwertigen Unterricht bei einem kompetenten Lehrer anderwohl als in einer Schule während eines Zeitraumes, der einem Schuljahr so lange entspricht, gehabt hat. Über den Inhalt des Schulzeugnisses.

Das durch diesen Artikel erforderliche Schulzeugnis soll vom Vorsteher oder Hauptverwaltungsbemant der Schule, welche das Kind besucht hat, unterzeichnet und auf Verlangen einem dazu berechtigten Amt oder dem Sanitätskomitee, -departement oder -kommission gegeben werden. Es soll eine Erklärung enthalten, welche bestimmt, daß das Kind in den Schuljahr, bevor es sein 14. Altersjahr erreicht, oder in dem Jahr, bevor es um das betr. (Zertifikat) Schulzeugnis nachsuchte, mindestens 31 Tage lang regelmäßig die öffentlichen oder damit gleichberechtigte oder Parochialschulen besucht hat und sähle ist, einschreibe Sähe in der englischen Sprache zu lesen und zu schreiben, daß es während des betr. Zeitraumes Unterricht in Lesen, Orthographie, Schreiben, englischer Grammatik erhalten hat und mit den fundamentalen mathematischen Operationen bis zu und mit den Brüchen vertraut ist. Das betr. Schulzeugnis soll auch, nach Maßgabe der Dokumente der Schule, Alter und Wohnort des Kindes und den Namen seiner Eltern oder seines Vormundes oder Pflegers angeben. (Der Vorsteher oder sonstige Geschäftsbemant einer Schule, welche das Kind besucht hat, oder der Lehrer, welcher das betr. Kind anderswo als in einer Schule unterrichtet hat, soll dem betr. Kind oder dem Sanitätskomitee oder -departement oder dem Sanitätsbeamten oder Kommissar auf Eruchen einen Ausweis über den Schulbesuch des betr. Kindes geben.)

§ 166. (Verwendung von Kindern während der Ferien öffentlicher Schulen)

Kinder von 12 oder mehr Jahren, welche einfache Sähe in der englischen Sprache lesen und schreiben können, dürfen in Dörfern und Städten der 3. Klasse während der Sommerferien der öffentlichen Schulen in der Stadt oder dem Schuldistrikt, wo die betr. Kinder wohnen, in laufmännischen und anderen im § 161 einzeln aufgezählten Betrieben (unter Beobachtung aller Bestimmungen dieses Paragraphen mit Ausnahme der Bestimmung, welche Schulbesuch erforderlich beschäftigt werden) den betr. Kindern durch Zertifikate, die als Ferienzertifikate bezeichnet werden sollen, in derselben Form, mit denselben Angaben und von denselben Beamten wie die anderen durch diesen Gesetzesbeschluß erforderlichen Zertifikate ausgestellt werden. Das betr. Ferienzertifikat soll die Zeit, in der das Kind in einem laufmännischen Betrieb verwendet werden darf, spezifizieren. Das betr. Zertifikat soll auf dieselbe Weise, unter denselben Bedingungen und ebenfalls auf den Beweis hin,

dass das betr. Kind 12 oder mehr Jahre alt und in guter Gesundheit ist, ausgestellt werden, wie das für die Ausstellung eines Verwendungszertifikates in diesem Artikel erforderlich wird; nur soll ein Schulzeugnis des betr. Kindes nicht erforderlich sein. Die in diesem Paragraphen vorgesehenen Zertifikate sollen als Sommerzertifikate bezeichnet werden und in Form und Inhalt so nahe, als es angeht, dem betr. Verwendungszertifikat entsprechen, und sollen außerdem noch die Zeit, während deren sie in Kraft sein sollen, klarieren. Diese Zeit soll unter keinen Umständen eine andere sein, als die, in der die öffentlichen Schulen des Ortes, wo die betr. Kinder wohnen, wegen Sommer-Ferien geschlossen sind.

§ 167. Registrierung der verwendeten Kinder.

Der Eigentümer, Vetter oder Agent einer Kaufmännischen oder sonst eines in § 161 einzeln aufgezählten Betriebes, wo Kinder verwendet werden, soll im Bureau des betr. Betriebes ein Register führen resp. führen lassen, in welchem Name, Geburtsort, Alter und Wohnort aller derart verwendeten Kinder unter 16 Jahren aufgeführt werden sollen. Das betr. Register und die in dem betr. Bureau deponierten Zertifikate sollen auf Verlangen eines Beamten des Sanitätskomitees, -departements oder -amtsausses der Stadt oder des Dorfes (town, village or city), wo der betr. Betrieb liegt, zur Inspektion vorgelegt werden. Wenn die Verwendung des Kindes, das derart eingetragen und dessen Zertifikat derart deponiert werden ist, beendigt ist, dann soll das betr. Zertifikat wieder in, beendet ist, dann soll das betr. Zertifikat, gleichlich vom Arbeitgeber dem Kind oder dessen Vater resp. Mutter oder Vormund oder Pfleger ausgehändigt werden.

§ 168. Durchführung des Artikels.

Das Sanitätskomitee oder -departement oder die Sanitätskomitee einer Stadt oder eines Dorfes (town, village or city), welche von diesem Artikel getroffen werden, sollen denselben durchführen und alle Überleitungen derselben gerichtlich verfolgen. Schritte zur gerichtlichen Verfolgung müssen binnen 30 Tagen, nachdem das angeklagte Vergehen begangen worden ist, unternommen werden.

Alle Beamten und Mitglieder des Komitees oder des betr. Departements, alle Sanitätskomitee, Justizielle und andere durch die betr. Komitees, Departemente oder Kommissare bestimmten Personen dürfen zu vernünftigen Stunden und wenn es angängig und nötig ist, alle laufmännischen oder sonstigen in diesem Gesetz einzeln aufgezählten Betriebe in der Stadt oder dem Dorf (town, village or city), für welches sie bestimmt sind, besuchen und inspizieren. Niemand soll sich stören, seine Beside und Inspektionen vorzunehmen; derselbe soll während der Ausübung seiner Pflichten auch nicht gewalttätig oder sonstwie aufgehalten oder belästigt werden.

Alle Personen, die mit einem solchen laufmännischen oder sonst einem in diesem Gesetz einzeln aufgezählten Betrieb in Verbindung stehen, sollen alle Fragen, die von dem betr. Beamten oder Inspektor mit Bezug auf die Bestimmungen dieses Artikels an sie gerichtet werden, gehörig beantworten.

§ 169. Antrag von Exemplaren des Gesetzes.

An jedem (laufmännischen) Betrieb, welcher von den Bestimmungen dieses Artikels betroffen wird, soll ein Exemplar derselben an gut sichtbaren Stellen angeschlagen werden.

Dieses Gesetz ist am 1. Oktober 1903 in Kraft getreten.

Die hiesigen Amerikaner sind wohl alleseitig doch noch besser Menschen, sie nehmen auf Frauen und Kinder noch immer mehr Rücksicht, als die brave deutsche Reichsregierung. Es ist wieder einmal festgestellt, auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung marschiert nicht Deutschland in der Welt voran.

Gesetzliche und Mitglieder-Versammlungen.

Cannstatt. Eine stark besuchte öffentliche Versammlung der hiesigen Cannstatter und Umgangsgenossen fand am Sonntag, den 11. Dezember, statt. Das Referat über: Die Bedeutung von Fahr- und Fachschule hatte ein Kollege aus Stuttgart übernommen. Er über dieses Thema bereits ausführlich im "Courier" veröffentlicht wurde, beschränkt wir uns darauf, mit das wichtigste hervorzuheben. Redner gibt der Überzeugung Ausdruck, daß es eine der vornehmsten Aufgaben des Verbandes sei, Wissen und Aufklärung unter die Berufsgenossen zu tragen. Bildung und Wissen sei die Voraussetzung, um in wirtschaftlichen Kampfen erfolgreich bestehen zu können. Die Genügsamkeit des St. Polizeiamtes, der Errichtung einer Fahr- und Fachschule näherzu treten, sei außerordentlich wert. Die Kollegen haben alle Urtheile, diesen Projekt ihre ganze Zustimmung zuwenden.

In der Diskussion, welche sich sehr lebhaft gestaltete, erklärten sich sämtliche Redner mit dem Referenten einverstanden.

Nachdem die Versammlung erklärt hatte, die Fortsetzung der Stuttgarter Kollegen zu den ihrigen zu machen, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der sich die Versammlung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärt und es freuds begrüßt, daß auf Anregung der Verwaltungsstelle Stuttgart des Verbandes der Handels-, Transport- und Verlehrarbeiter das Stuttgarter Stadtpolizeiamt sich bereit erklärt hat, der Errichtung einer Fahr- und Fachschule näher zu treten. In der Resolution, die sich im übrigen an die bereits in Stuttgart gesetzte anlehnt, wird ferner der Erwartung Ausdruck gegeben, daß sich in Cannstatt die an dieser Sache interessierten genug möglichst bald damit beschäftigen und angefangen der bevorstehenden Einigung Cannstatts mit Stuttgart die Verhandlung beauftragt, doch zu wünschen, daß bei der Errichtung einer Fahr- und Fachschule Cannstatt mit einbezogen wird.

Nachdem sich noch 5 Kollegen bereit erklärt hatten, dem Verbande beizutreten, konnte die gut verlaufene Versammlung geschlossen werden.

Gera. Die lebte Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit der Straßenordnung in bisheriger Stadt. Nach dem Reichsgesetz haben die Bundesstaaten den Verkehr auf den Straßen zu regeln und nach deren Gesetzen richten die Städte ihre polizeilichen Straßenordnungen ein. Die Bestimmungen der Straßenordnung der Stadt Gera sehen darin, daß die hier auf den Straßen beschäftigten Arbeiter wegen jedes einzelnen der 90 Paragraphen bestraft werden können. Und neben den Leibern der Geschirre haben auch noch deren Eigentümer zu fasten. Dabei sind Dinge vorgeschrieben, die die Geschirrläufer beim besten Willen nicht immer erfüllen können. So ist das Sitzen auf der Deichsel verboten, es wird aber nicht gefragt, wieviel der Geschirrläufer in den engen Straßen durchschlägt soll. Auch ist es verboten, mit mehreren, aneinander gehängten Wagen oder Schlitten zu fahren, gleich viel ob beladen oder unbeladen sind. Für den Stadtrat selbst scheinen aber diese Bestimmungen nicht zu bestehen, sonst würde er nicht auslassen, daß seine eigenen Geschirre, 2, mitunter auch 3 Wagen aneinanderhängend, durch die Stadt fahren. Der Referent betonte, daß es notwendig ist, daß alle Kutschier, Geschirrläufer usw. das Bürgerrecht erwerben, um leicht in den Gemeinderäten wählen zu lassen, die ihre Wünsche dort vertreten. — Für die Weihnachtsfeier des Kartells wurden 5 M. bewilligt und als Delegierte Pfeifer, Heringe und 2 Erbsalate gewählt. Unter "Verdächtnis" wurde angezeigt, daß die Arbeitsverhältnisse im Dehnischen Geschäft immer schlechter würden. Zahlreiche sämtliche Personal Sonntags vormittags an die Arbeit, ohne einenணien Entschädigung zu erhalten. Wie beim Militär müsse Sonntags jeder zum Appell erscheinen. Das Personal dieser Firma kümmert sich allerdings wenig um die Organisation, sonst wären diese Uebstände längst aus der Welt geschafft.

Hamburg. Kombinierte Mitgliederversammlung am 1. Dezember in der "Festhalle". Zunächst wird das Andenken der verstorbenen Kollegen Gerlach, Witt und Bösch in der wohlsigen Weise geehrt. Die Mitglieder Brandt und Langbehn werden wegen Nichtbeachtung einer von den Bauarbeitern in Altona verhängten Sperrung ausgeschlossen. Den Kartellbericht erstellt Wagner. Er schlägt kurz die Entstehung und den Verlauf des Bierbottolls sowie das Auftreten Umlands (Klüper), gegen die am Streit beteiligten Organisationen nach Beendigung des Bottolls. Da die jetzige Festsitzung der kombinierten Versammlung zu Unzuträglichkeiten geführt hat, beispielsweise die Abrechnungen nicht rechtzeitig gegeben werden konnten, wird beschlossen, im Jahre 1905 an jedem dritten Dienstag im Monat die Versammlungen abzuhalten. Der Bericht über die Aktionen für das Jahr "Echo" konnte noch nicht gegeben werden, da die Arbeiten noch nicht fertiggestellt sind. Im nächsten "Courier" wird das Resultat bekannt gegeben. Die Neuwahl der Sitzungsleitungen muß vor dem dritten Dienstag im Januar 1905 stattfinden haben, damit die Ortsverwaltung ergründet werden kann. Die Abrechnung über das Sommerfest im "Schützenhof" gibt Dörnchen. Dieselbe ergab: Einnahme 843 M., Ausgabe 516,97 M. Da der 4., 5. und 8. Distrikt noch nicht abgerechnet haben, wird die Ortsverwaltung beauftragt, Maßregeln zu ergreifen, um für die Zukunft bessere Abrechnungen zu ermöglichen. Ferner weiß Dörnchen darauf hin, daß der Gastwirt Tamke, Helkenampsweg, einen Ehrenpreis zu diesem Sommerfest gestiftet hat. Mölt bemängelt das späte Annoncieren in Sterbenfallen.

Nach der sich hieran knüpfenden Debatte, aus welcher besonders hervorgeht, daß nicht immer die Sterbefälle rechtzeitig gemeldet werden, wird beschlossen, in den Annoncen den Distrikt, welchen das betreffende Mitglied angehört, und den Ort, sowie die Zeit des Abgangs der Veredlung bekannt zu geben. Die Belanlage, welche Sektion der Verstorbenen angehört, wird abgelehnt.

Heidelberg. In der letzten, von der hiesigen Zahlstellen einberufenen öffentlichen Versammlung referierte ein Kollege aus Mainz über: "Die wirtschaftliche Entwicklung". Die Versammlung war von ca. 50 Personen besucht. Der Redner, welcher es verstand, in gemeindlicher Weise die Produktion mit ihren maschinellen Hilfsmitteln im vorigen Jahrhundert in ihrem verdeckten Phasen zu veranschaulichen, erinnerte lärmischen Beifall. Redner ließ es dabei nicht fehlen, den Anteil der Hilfsarbeiter in Handel und Gewerbe gebührend herauzauberen. In den vorliegenden Bericht folgte eine schwere Diskussion, der besonders die Firmen Horch u. Wohlgenuss (W. Händler) einer nicht missverstehenden Kritik in punto Arbeiter- und Mischbehandlung unterzogen wurden.

Auch die Firmen J. Krämer, Henk u. Niedereiser und Kubis u. Hummel erhielten für ihre Behandlung der Arbeiter, was sie gesetzt haben.

Der Aufruf der Vorsitzenden an die anwesenden Nichtmitglieder, sich dem Verbande anzuschließen und sich an Seite mit den organisierten Kollegen sich eine bessere Existenz zu erkämpfen, leisteten selber nur 2 Kollegen Folge. Auch hier sind die Indifferenter noch in erheblicher Zahl anzutreffen, und ist es Pflicht jedes Heidelberger Kollegen, insbesondere auch der sämtlichen Mitglieder, die öffentlichen wie auch die Mitgliederversammlungen besser zu besuchen.

Mit einem nochmaligen Appell an die Anwesenden, sich der Organisation anzuschließen, schloß nach einem feierlichen Schlussswort des Referenten der Vorsitzende um 11 Uhr die schön verlaufene Versammlung.

Also, Kollegen, her zu den Versammlungen! Hierin in die Organisation! Einer für alle und alle für einen!

Berl. Neballeter u. Verleger: A. Bräsch, Rummelsburg. Druck: Maurer u. Dümmler, Berlin, Luisen-Ufer 11.